

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 3,50 M. monatlich, 1,10 M. vierteljährlich, 3,50 M. halbjährlich, 7,00 M. jährlich. Einmalige Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnementspreis: 1,10 M. pro Monat. Eintrag in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsheftige Kolonelle oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 30 Pf. (schlüssig 2 heftgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 7. April 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Ein nationales Werk.

Als der Nationalheros im Jahre 1885 sich von einem der Galatisten, dem Herrn Tiedemann, aufputschen ließ für den Plan, die polnischen Gutsbesitzer in Posen auszulassen, da glaubte er mit 100 Millionen Mark auszukommen. Bismarck stellte sich das ungefähr in der Weise vor, wie die Junker Viehhandel treiben: man kauft für 1000 Taler magere Ochsen, mästet sie, verkauft sie dann und kauft abermals. Es sollten nämlich für 100 Millionen Mark Güter gekauft und an deutsche Bauern verkauft werden, mit dem Erlös kauft man wieder usw. Die polnischen Schlachzigen, so stellte sich Bismarck das vor, würden dann das Geld in Monte Carlo in rouge et noir anlegen. Die Sache kam anders. Bisher hat man aus den Taschen der Bevölkerung Preußens nicht weniger als 476 Millionen verschleudert.

Man hat die wirtschaftlichen Zustände in Posen und Westpreußen geschädigt, indem man die Bodenpreise künstlich in die Höhe trieb, hat die Bevölkerung korrumpiert, hat den Nationalitätenkampf geschürt und vergiftet, den insamen Zweck der Erdrosselung des polnischen Volkes indessen nicht erreicht. Die Regierung Hilow's hat dann, als das Werk der Ansiedlungskommission in eine Sackgasse geriet, ein neues völkerrechtliches Verbrechen begehen müssen, indem sie zwangsweise Enteignung der Polen beschloß. Allerdings ist dieser haarsträubende Plan bisher nicht zur Ausführung gekommen, einfach weil die Maßregel absolut überflüssig und zwecklos wäre.

Die Denkschrift über die Tätigkeit der Ansiedlungskommission liegt für das Jahr 1910 vor. Diese Kommission ist durch das Gesetz vom 26. April 1888 geschaffen, besteht also bereits seit einem Vierteljahrhundert. Sehen wir zu, was sie vollbracht hat.

Es wurde ein immenser Landbesitz aufgekauft in den Provinzen Posen und Westpreußen. Insgesamt 385 460 Hektar, gleich 67 $\frac{1}{10}$ Quadratkilometern, über 7 Proz. des gesamten Areal's dieser Provinzen. Von diesem Lande waren früher im Besitze von Deutschen 492 Güter und 314 Bauernwirtschaften mit einem Areal von 274 546 Hektar, im Besitze von Polen 191 Güter und 223 Bauernwirtschaften mit einem Areal von 110 914 Hektar. Gezahlt hat die Ansiedlungskommission für dieses Land rund 366,8 Millionen Mark, und zwar an die früheren deutschen Besitzer rund 278,1 Millionen, an die polnischen 88,7 Millionen. Es stammen also 71,2 Prozent des gekauften Landes aus deutscher Hand und nur 23,8 Prozent aus polnischer, von dem gezahlten Gelde sind 75,8 Prozent in die Hände der deutschen Besitzer gelangt, 24,2 Prozent in die Hände der polnischen!

Da der Hauptzweck des Gesetzes für Bismarck die Auslösung des polnischen Adels war, den er für die gefährlichsten Staatsfeinde hielt, überrascht dieses Resultat einigermaßen. Nicht die Polen, sondern die deutschen Besitzer kauft die Kommission aus! Dieser Widerspruch löst sich höchst einfach: das Geld der Steuerzahler wird vergeudet, der Verkauf von Gütern an die Ansiedlungskommission ist zu dem profitabelsten Geschäft geworden, das ein Gutsbesitzer in den genannten Provinzen machen kann. Deshalb haben die Junker teutscher Nationalität schon in den ersten Jahren ihren polnischen Nachbarn dieses Geschäft nicht gegönnt und es durchgesetzt, daß auch sie aus „nationalen Gründen“ sich des „heimatlichen Bodens“ auf Staatskosten entäußern durften.

Wer ein wenig in der Geschichte der ehemals zu Polen gehörigen Provinzen bewandert ist, für den hat dieser Vorgang noch einen besonderen Reiz. Als nämlich bei dem an Polen verübten Völkermorde diese Provinzen Preußen zufielen, da befanden sich hier bedeutende Güterkomplexe, die dem Staate gehörten (die sogenannten Starosten, deren Ertrag zur Erhaltung des Heeres, und die „Faselsgüter“, deren Ertrag zur Bestreitung der königlichen Hofhaltung dienen sollte). Diese Güter wurden Eigentum des preussischen Staates, und die Regierung Friedrich Wilhelms III. hatte nichts Besseres zu tun, als einen gewaltigen Teil davon an allerhand habgieriges Pöbel zu veräußern oder zu Spottpreisen zu verkaufen. Verschont wurden Militärs, Beamte, aber auch die Zuhälter seiner Majestät, wie der berühmte Kammerdiener Nieß, der Abenteuerer und Zuhälter Lütjahn, der Oberkuppler Bischofswerder u. a. m.) Auf diese unsaubere Art sind also die Vorfahren der heute in jenen Provinzen ansässigen deutschen Agrarier vor hundert Jahren in den Besitz der Güter gelangt. Das war der primitive Raub, wie er der Luderwirtschaft des damaligen Regiments entsprach. Heute verkaufen die Erben der Kuppler und Staatsdiebe die von ihren Vorfahren ergrateten Güter zu enormen Preisen an den Staat. Das ist der raffinierte Raub, den die Ausübung der politischen Macht durch die Junker im heutigen Preußen ermöglicht. Wie gesagt haben die Ankäufe der Ansiedlungs-

kommission die Preise ganz unheimlich in die Höhe getrieben. Hier einige Zahlen: Im Jahre 1886 bezahlte sie den Hektar mit durchschnittlich 568 Mark, 1890 mit 656 Mark, 1895 mit 571 Mark, 1900 mit 818 Mark, 1905 1149 Mark, 1910 mit 1034 Mark. Kein Wunder daher, wenn der Andrang ganz enorm ist. Im Jahre 1910 kaufte die Kommission 20 Güter und 33 Bauernwirtschaften, angeboten wurden ihr aber zum Kauf 342 Güter und 525 Bauernwirtschaften. Dabei sind die polnischen Schlachzigen auch nicht blöde. Zwar erklärt die polnische Presse jeden Polen, der bereit ist, sein Gut an die Ansiedlungskommission zu verkaufen, als einen Verräter an der Sache des polnischen Volkes, aber das hindert durchaus nicht, daß diese Herren verkaufen. Im vergangenen Jahre hat ja die Kommission abermals 3 große Güter und 13 Bauernwirtschaften von Polen gekauft, darunter nur eine Bauernwirtschaft bei Zwangsversteigerung, den Rest freihändig. Geschäft ist Geschäft, und der Patriotismus geht in die Dinsen, wenn der Profit winkt.

Auf dem gekauften Boden siedelt die Kommission deutsche Bauern an. Bis Ende des Jahres 1910 hat sie insgesamt 18 127 Ansiedlerstellen vergeben. Es ist also das „deutsche Element“ angeblich um diese Zahl von Bauernfamilien vermehrt worden. Das stimmt indessen nicht ganz. Von diesen Ansiedlern waren nämlich schon vorher 4938 in den Provinzen Westpreußen und Posen ansässig. Es sind also Bauern, die ihre Besitzungen verkauft haben (zum Teil an die Ansiedlungskommission selbst) und dann von ihr Boden in Pacht oder als Rentengut erwarben. Faktisch neu in die Provinzen gebracht wurden also 13 189 deutsche Bauern in 24 Jahren. Daß dadurch das Verhältnis der Nationalitäten nicht verschoben wird, ist klar. Selbst vom Standpunkte der Chauvinisten, die die Germanisierung der Polen auf ihre Fahne schreiben, ist das ein absolutes Nichts.

Freilich verfolgt die Regierung einen anderen Zweck; sie hofft in diesen Ansiedlern, die sie in möglichst wirtschaftlicher Abhängigkeit hält, sich eine Prätorianerkohorte heranzuzüchten, die mit dem Landrat und dem Gendarm durch dick und dünn geht. Aber auch dieser gemeingefährliche Zweck dürfte kaum erreicht werden. Die Bauern aus Westfalen, dem Rheinland, Pommern und Sachsen dünken sich denn doch schließlich zu gut, um sich von den Behörden als Hurrafanaille mißbrauchen zu lassen und geraten mehr und mehr in Opposition. Zum Teil treibt sie dazu das bäuerliche Unabhängigkeitsgefühl, zum Teil freilich möchten sie noch mehr aus dem Staatsfädel herausfinden, weil man sie daran gewöhnt hat, sich als Staatspensionäre zu fühlen.

Man macht man zuweilen großes Aufheben von den angeblich erzielten wirtschaftlichen und sozialen Resultaten. Es heißt, die Ansiedlungskommission habe inmitten der slawischen Misere blühende deutsche Bauerndörfer geschaffen. Damit ist es aber auch ein eigen Ding. Nach langem Experimentieren ist die Kommission dahinter gekommen, daß Kleinbäuerliche Betriebe unter den wirtschaftlichen Verhältnissen jener Provinzen nicht lebensfähig sind. Sie gründet daher jetzt vorwiegend große Bauerngüter. Von den begebenen Ansiedlerstellen sind 5238 unter 10 Hektar, 5515 von 10 bis 15 Hektar, 7374 über 15 Hektar. Also reiche Bauern siedelt man an und diese reichen Bauern werden vom Staate ausgehalten. Sie erhalten die Bauerngüter zu Rentenrecht. Die jährliche Rente, die sie zahlen, beträgt 3 Proz. des Kaufpreises des Bodens, da aber der Staat diesen Boden melioriert, bestimmte Flächen für Wege hergibt, Kirchen und Schulen erbaut und alle diese Kosten nicht von den Ansiedlern zurückerstattet werden, so ergibt sich für den Staat eine Rente nicht von 3, sondern von 2,76 Proz. Für die Steuerzahler ergibt sich also folgende Rechnung: Der Staat pumpt das Geld gegen 4 Proz. Zinsen und ver-einnahmt von den Ansiedlern 2,76 Proz., zahlt also 1,24 Proz. zu. Bei den 476 Millionen, die bisher aus Staatsmitteln verausgabt sind, macht das 4 906 400 M. im Jahre aus. Jeder von diesen Musterbauern kostet also die preussischen Steuerzahler im Jahre über 2700 M., und je größer der Besitz, desto größer der Staatszuschuß! Unter diesen Umständen ist es wahrhaftig kein Wunder, wenn diese Ansiedlungen, rein äußerlich genommen, gedeihen.

Das Wunder aber ist, daß trotzdem ein großer Teil dieser Ansiedlerwirtschaften schlecht fundiert ist, daß die Besitzer sehr häufig um Stundung der fälligen Renten bitten müssen, daß Kenner der Verhältnisse behaupten: in der Stunde, wo der Staat diese Ansiedler nicht mehr alimentiert, muß ein großer Teil von ihnen wirtschaftlich zusammenbrechen. Dieses Wunder erklärt sich indessen sehr einfach: man lockt die Ansiedler herbei, verpflanzt Bauern in ein Land, das gänzlich andere wirtschaftliche Bedingungen aufweist, als ihre Heimat; deshalb können sie sich nur halten, so lange der Staat sie unterstützt. Dazu kommt, daß ein ansehnlicher Teil dieser Bauern ebenfalls das Spekulieren gelernt hat: sie rechnen nicht darauf, ihre Wirtschaften zu behalten, sondern suchen sie möglichst bald wieder mit Gewinn loszuschlagen.

So wird die Ansiedlung zu einem Mittel, den polnischen Schlachzigen und den preussischen Junkern in Westpreußen und Posen Niefenprofite beim Verkauf ihrer Güter zu sichern und eine Handvoll Großbauern zu alimentieren auf Kosten der Gesamtheit.

In der Tat — ein nationales Werk!

Wenn nationale Abgeordnete aus der Schule plaudern.

Die Durchpeitschung der Reichsversicherungsordnung.

Seit einiger Zeit schon gehen Nachrichten durch die Presse, die von der Absicht des schwarz-blauen Blocks, dem sich diesmal auch die Nationalliberalen anschließen wollen, zu erzählen wissen, die Reichsversicherungsordnung im Reichstage durchzupeitschen. Die Herren möchten jede eingehende Beratung verhindern und wollen selbst unter Bruch der Geschäftsordnung die Verabschiedung des Gesetzes in kürzester Zeit erzwingen. Nun erfahren diese Gerüchte eine Bestätigung durch eine Zuschrift, die uns von absolut zuverlässiger Seite zugeht und für deren Richtigkeit, falls sie bezweifelt werden sollte, der Verfasser jederzeit mit seinem Namen einsteht. Die Zuschrift lautet:

Sie ich da am 5. April mittags in einem sehr bekannten Berliner Restaurant, wo die „honnete Gesellschaft“ glaubt „unter sich“ zu sein, als der nationalliberale Abgeordnete Landrat Horn aus Gera und sein Kollege Fintel aus Einbeck auf der Bildfläche erscheinen und an meinem Tische Platz nehmen. Herr Horn, dessen Abgeordnetenlaufbahn sich ihrem Ende zuneigt, ist mir als Mitglied der Reichsversicherungsordnungskommission bekannt; er selbst scheint aber ein schlechtes Gedächtnis zu haben, sonst hätte er mich wohl erkannt. Wie es nun so ist — was das Herz voll ist, des geht der Mund über. — Herr Horn kam anscheinend direkt vom politischen Kuhhandel, der zwischen den konservativ-nationalliberal-gentrückten Mitgliedern der Kommission stattgefunden hatte.

Er hatte das Bedürfnis, seinem Fraktionsgenossen mitzuteilen, was abgekartet worden und hub also an:

„Wir haben beschlossen, die Reichsversicherungsordnung nicht paragraphenweise, sondern kapitelbeziehungsweise abschnittsweise zur Beratung zu bringen. Dann lassen wir immer zwei Mann reden und dann wird die Debatte geschlossen.“

Wenn die Sozialdemokraten beantragen, die Beamtenfrage vorweg zu nehmen, so stimmen wir dem natürlich gern zu und behandeln dabei gleich das Einführungs-gesetz mit; dann geht es schneller, denn dann werden die Debatten ruhiger.“

Die Sozialdemokraten wollen — so glaubte er zu wissen — die dritte Lesung bis zum Herbst hinausschieben, um im Sommer gegen das Gesetz „losgehen“ zu können. Da machen wir natürlich nicht mit; wir sitzen so lange bis die Sache fertig ist. Man weiß also wie es gemacht werden soll.

Ich war Herrn Horn für seine freundliche Mitteilungen natürlich sehr dankbar, was ich hiermit öffentlich zum Ausdruck bringe.

Sollte Herr Horn die Richtigkeit des Vorstehenden bestreiten, so bin ich gern bereit, meine Mitteilungen mit meinem Namen zu deden. Dann würde ich dem Herrn Landrat noch andere Aeußerungen, z. B. über seine amtliche Tätigkeit, in Erinnerung bringen.

Wahlreform in Italien.

Donnerstag stellte sich das neu gebildete Ministerium Giolitti der Kammer vor. Man erwartete mit großer Spannung die Darlegung des Programms der neuen Regierung, um zu erfahren, ob trotz des Verzichts Bissolatis Giolitti an der Wahlreform festhalten werde. Ueber diesen wichtigsten Punkt seiner Erklärung führte der Ministerpräsident aus:

Die grundlegende Frage, die heute dem Parlament vorgelegt wird, ist die Reform des Wahlgesetzes. Das Problem ist so schwierig, daß man an dasselbe nur in großen Zwischenräumen herantreten kann. Aber wenn es einmal zur Erwägung gelangt, so muß es in einer Weise gelöst werden, daß man die Sicherheit erhält, daß die nationale Vertretung der erreichten Stufe der Zivilisation, der Bildung und der politischen Reife des Landes vollständig entspricht. Angesichts der Fortschritte, die das italienische Volk in 20 Jahren der Freiheit gemacht hat, kann sich die Reform nicht auf einige wenige Änderungen beschränken, sondern muß in grundsätzlicher Weise dem politischen Leben und der großen Strömung der öffentlichen Meinung Rechnung tragen. Ich werde daher beantragen, daß auch diejenigen wahlberechtigt sein sollen, die der Militärpflicht genügt haben, und die, welche das 30. Lebensjahr erreicht haben. Ich werde ferner Maßregeln vorschlagen, die den wahren Willen der Wähler gegenüber Fälschung, Bestechung und Gewalttätigkeit sicherstellen, und ebenso gesetzliche Bestimmungen für Entschädigungen an die Deputierten, damit das Land seine Vertreter auch aus den weniger Bemittelten wählen kann. Das Parlament wird so der vollkommene Ausdruck des Willens des Landes sein und allen sozialen Klassen offen stehen.

*) Wer darüber Näheres erfahren will, schlage die 1807 erschienenen Schrift des preussischen Patrioten Hans Ludwig v. Feld auf, betitelt: „Das schwarze Register oder General-tabelle sämtlicher in Siedpreußen, während der Minister v. Heym diese Provinz verwaltet hat, in den Jahren 1794 bis 1798 als Gratiafgüter beschlagnahmten ehemaligen polnischen Kron- und Kirchengüter.“

Es wird ein weiser Faktor der Zivilisation und des Fortschritts sein und ein Wail für unsere öffentlichen Einrichtungen und Freiheiten.

So sehr das vorgeschlagene Wahlrecht vom Standpunkt der Demokratie Anwendungen herausfordert, so würde seine Durchführung für Italien einen bedeutenden Schritt nach vorwärts bedeuten. Und welcher Unterschied ist erst zwischen der Wahlreform des italienischen Ministers und dem Schandwerk, das die Regierung des Herrn Bethmann und dem Schandwerk der preussischen Wölfe anzubieten wagte! Wie so anders lauten die Worte Giolittis, der das Parlament zum Ausdruck des Willens des Landes machen, es allen sozialen Klassen öffnen will, als die höflichen Hohnworte gegen die Demokratie, die Bethmann Hollweg als Segensspruch seiner Spottgeburt mit auf den Weg gab.

Italien ist also reif für ein fast gleiches und allgemeines Wahlrecht, das preussische Volk aber bleibt unreif und die Schande des Dreiklassenwahlrechts besteht fort. Soll es denn ewig so bleiben?

Ueber den weiteren Verlauf der Sitzung berichtet uns ein Privattelegramm unseres römischen Korrespondenten:

Außer der Wahlreform kündigte Giolitti noch die Verstaatlichung der Lebensversicherung an derart, daß alle aus der Lebensversicherung rührenden Einnahmen der Klasse für die Alters- und Invaliditätsversorgung der Arbeiter überwiesen werden. Während demnach die sichere Garantie des Staates den Anlaß geben werde, die Vorsorge für die Zukunft in Form der Lebensversicherung zu vergrößern, würden die Versicherungsbeiträge der besser gestellten Klassen die Leistungen der Arbeiterversicherung erhöhen.

Ueber die Kirchenpolitik sagte Giolitti: In den Beziehungen des Staates zur Kirche werden wir den Grundsatze weitester Freiheit befolgen und das religiöse Gefühl schonen. Wir werden bei jeder Regierungshandlung entschlossen die Rechte unverfehrt erhalten, die sich aus der Souveränität des Laienstaates und aus der Beobachtung der Gesetze ergeben.

Die Rede wurde von den Sozialisten und Republikanern föhrl ausgenommen, während die übrige Kammer ihrem Herrn in der üblichen Weise huldigte. Die phrasenhafte Behandlung der Kirchenpolitik und das Unterbleiben der Ankündigung, das so oft versprochene Ehegesetzwahlgesetz einzubringen, dürfte den Erfolg haben, die Merkmalen der ministeriellen Mehrheit zu erhalten.

Die sozialdemokratische Fraktion nahm in ihrer gestrigen Nachtstimmung mit schwacher relativer Majorität eine von Turati beantragte Resolution an, die sich gegen die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung erklärt und jeden systematischen Ministerialismus verwirft, so lange die Massen schwach und ungeführt seien. Eine Resolution Musatti, die eine prinzipielle Begründung der Regierungsabnahme und -unterstützung enthielt, erhielt nur 2 Stimmen.

Nach der Rede Giolittis trat die Fraktion neuerlich zu einer Sitzung zusammen und beschloß gegen 4 Stimmen die Unterstützung des Kabinetts. Daraufhin erklärten die Genossen Musatti und Agnini ihren Austritt aus der Fraktion, um nicht vor dem Proletariat die Verantwortlichkeit für die Regierungsunterstützung mit übernehmen zu müssen. So beginnt denn der Ministerialismus der sozialistischen Parlamentarier in Italien wie bisher überall mit der Zerspaltung der Arbeiterpartei.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. April 1911.

Staatsberatung im Herrenhaus.

Sie reden und reden und finden kein Ende. Es wird Abend, ehe sie auseinandergehen, nachdem sie lange genug den Worten der Weisheit von Sorquitten gelauscht, die ihr Generalsekretär, Graf Mirbach, der Nicht-Altersschwache, freigebig vor seine Kollegen wies. Und heute traten sie gar schon zu fast nachschlafender Zeit, um eifrig des Morgens, zusammen zu löblichem Tun. Nur wenige fehlten aus dem höheren Hause: Bernhard mit dem Größchen des Glücklichsten geht im Garten der Villa Malta zu Rom spazieren. Des Fürsten zu Eulenburg-Gerlesdorf Durchlaucht aber hat im Mitgliederverzeichnis nicht einmal eine Berliner Wohnung angegeben, die- weil sie nach Lage der Dinge zunächst nur das königliche Untersuchungsgefängnis zu Noadit sein könnte. . . .

Gestern hat man im Herrenhause den den Herrschaften vertrauten Landwirtschaftssekretär erledigt, also Mirbach nicht unterließ, hochheben Abneigung gegen das dicken Reichswertzuwachssteuer Ausdruck zu geben, die denn auch nicht die Zustimmung „unserer besten Wirtschaftsdirektoren“, der Grafen Schwerin-Uwies und v. Kanitz, gefunden habe. Auch er, Graf Mirbach-Sorquitten, wäre, läge er im Reichstag, nicht dafür zu haben gewesen. Schade, wahrlich, daß solche Männer dem Parlament der verschärfenden und vererbenden Demokratie fehlen müssen. Aber es ist doch Nachwahl in Berlin IV — und bald sind 897 Wahlkreise aller Größen zwischen Schleifstadt und Staupönen erledigt. Will der Herr Graf ein Längchen wagen?

Weim Eisenbahnetat sprach einer der Großen des deutschen Kapitals. Mit gebührender Andacht hörte man Herrn v. Swinner, dem Direktor der Deutschen Bank, zu. Seine Mitgliederkategorie ist laut amtlichen Verzeichnis: „Höchstes Vertrauen“. Der Kapitalmann tadelt die Staatsbahnverwaltung ganz lässig: Bei 271 Millionen Einnahmestärkung haben sich die Ausgaben für Bahnbetriebsmittel und Bahnerhaltung stetig vermindert, hieran spare man und errichte monumentale Wohnhöfe aus Racmor und Granit, wo es doch bedürftig für die höchstens 50 Jahre Verwendbarkeit auch läte. Die Dienstwohnungspaläste der Eisenbahndirektionspräsidenten belasteten nicht nur den Staat, sondern nötigten auch die Beamten selbst zu ruhmreichem Aufwand. Der Minister von Swittenbach, der aus dem gleichen Ziel Minister ist, wie Herr v. Swinner Herrenhausmitglied, erwiderte, daß der Bankgewaltige durchaus und in allem unrecht hätte. Beim Finanzetat will Swinner Herrn Lenze mal nach anderen Dingen fragen, als nach der — Ausbeutung der Arbeiter durch die Gewerkschaften, womit bekanntlich der Finanzminister die Guld und die Schluchträge der Dreiklassenmänner gewinnt.

Auf die Klagen des Essener Oberbürgermeisters über die Nichtgenehmigung des Projekts einer rheinisch-westfälischen Städtebahn, antwortete Herr v. Breltenbach offenerherzig, daß diese Bahn doch eine Konkurrenz für die Staatsbahn geworden wäre. Wenn die Geschäfte des Staates angetippt werden könnten, schreitet seine Verwaltung ein. Ganz einfach. Wie unpatriotisch, da noch eine Städtebahn zu verlangen!

Nach vierstündiger Sitzung kam man zum Auktusetat. Gleich der erste Redner, Graf von Hatzfeld-Warzenburg ging auf die Vorromant-Engländer und den Antimodernisteneid ein. Selbstammutete seine Rede an. Welch ungeheurer Fleiß nur darin steht,

solch betäubende Blut von festesten Fremdwörtern und hochgelahrten lateinischen Redensarten, Formeln und Floskeln aufzustauen, daß sie endlich durch das hochgezogene Wehr rauschend hereinströmt. Und der Sinn: Rom arbeitet langsam, aber sicher auf die Trennung von Staat und Kirche hin. Aber, so lehrreich der Graf auch sonst ist oder sich nennt — der Kern des Protestantismus sind ihm die Sekten! — die Trennung von Staat und Kirche wünscht er für Deutschland doch nicht. Deutschland, die fromme Kinderstube — ist seine romanische Wiegenruhe. In der deutschen Volkseele liegt die Religion die Dominante und darum gebe es keine Notwendigkeit für die Trennung von Staat und Kirche.

Ah, Herr Graf, wenn Sie so fleißig Philosophie, Kirchenrecht und leider auch Theologie durcheinander studieren — warum verwenden Sie nicht ein bißchen heißes Gemüthe darauf, die wirklichen „Dominanten“ der deutschen Volkseele zu ergründen?

Heute wird zunächst Kardinal-Bischof Kopp antworten. Noch manche Rede wird man hören.

Wird auch jemand sich dazu aufschwingen, die famose Verleumdung des Bethmann-Trott zu Solzchen Eifers zum Schutze der Oberlehrer, die den Antimodernisteneid verweigern, zu besprechen, der sich in der Verfehlung jenes Lehres vom Rhein nach der Polendei herrlich bewährt hat?

Die Armen an Geist.

Die Unterhaltungsbeilage zum „Arbeiter“, dem Blatt des Verbandes katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin), bringt in ihrer letzten Nummer einen Artikel über „Kindliche Gelehrigkeit gegen den Heiligen Vater“. Diese „kindliche Gelehrigkeit“ wird definiert als die Fähigkeit und Neigung, die Wahrheit nicht nur dann anzunehmen, wenn wir sie selber erkennen, sondern auch wenn sie uns von andern verkündet wird, und unser Leben nach den Grundsätzen und Erfahrungen anderer, die wir für weise und wohlgestimmt halten einzurichten. Ein solches Verhältnis finde statt zwischen Kindern und Eltern und ebenso zwischen gläubigen Katholiken und dem Papste. Und als Beispiel dieser „echt kindlichen Denkweise“ wird angeführt die 18. Regel aus dem Egerzitiendüchlein des heil. Ignatius von Loyola:

„Damit wir mit der katholischen Kirche in allen Sätzen vollkommen in Einklang stehen, müssen wir, falls die Kirche etwas für schwarz erklärt, es als solches bezeichnen, auch wenn es unseren Augen weiß zu sein scheint.“

Und päpstlicher als der Papst verkündet das Organ derer, die arm an Geiste sind, daß auf des Papstes Wort zu hören und zu gehorchen ist, auch wenn er nicht kraft seines Lehres und Hirtenamtes spricht; das Oberhaupt der katholischen Kirche ist unschuldig in allen Dingen, denn, wie das Blatt und lehrt unterlegt es seinem Zweifel, daß der hl. Geist der Kirche nicht nur im äußersten Notfalle beisteht, sondern in allem, was irgendwie mit dem Seelenheil der Gläubigen zusammenhängt. Darum, wenn der Papst sagt, daß etwas schwarz sei, was dem gewöhnlichen Sterblichen als weiß erscheint, so hat auch dieser vor der höheren Weisheit des Papstes zu kapitulieren und zu bekennen: Ja, es ist schwarz!

Einer und nur einer ist kraft göttlicher Ordnung im Besitz der ewigen Wahrheit — der Papst. Wir gewöhnlichen Menschenkinder — so hören wir weiter — gleichen dem Wanderer, der im Nebel dahinjagt; er sieht kaum drei Schritte weit und kann die Gegenstände in seiner Nähe nicht deutlich unterscheiden. Der hl. Vater gleicht einem Menschen, der hoch über allem Nebel auf der Spitze eines Berges steht, wo die Sonne am wolkenlosen Himmel strahlt; er überschaut alle Not der Zeit im Lichte der göttlichen Wahrheit!

Wenn das noch als „Religion“ bezeichnet werden kann, dann darf man wohl fragen, wo in der ganzen Welt es noch eine Religion gibt, die ein gleiches Maß von Selbstentwürdigung des Menschen vor dem Menschen verlangt?

Gewäftete Agitatoren.

Wir lesen in einem Parteiblatt: „Die Korrespondenz des Bauernbundes“ brachte dieser Tage einige Angaben über die Gehälter, die die Angestellten der Agrarier beziehen. Die Herren, die mit schmalzdem Behagen jede Lage über die Mäßigung sozialdemokratischer Agitatoren, Vergütung von Arbeitergrößen und Verlastung der Arbeiter weitergeben, verstehen sich sehr gut an's Rechnen und die „Korrespondenz“ zahlen den publizistischen und anderen Vertretern ihrer Interessen Gehälter, gegen die jene der Angestellten der Arbeiterbewegung völlig verschwinden und deren Höhe die Landarbeiter und Kleinbauern, die auch zum Heben der Landwirtschaft in den Beuten des Bauernbundes steuern müssen, schwindeln lassen müssen — wenn sie davon erfahren. Die „Korrespondenz“ des Bauernbundes“ teilt mit, daß der „Hauptkassierer“ der „Deutschen Tageszeitung“, Dr. Dertel, 25 000 Mark Gehalt bezieht. Was ungefähr auf die Bezüge schließen läßt, die die Direktoren und Geschäftsführer des Bundes, die Hahn, Roskele usw. einstecken. Der neue Landesdirektor, Oberpräsident v. Winterfeldt, der auf diesen Posten der „Selbstverwaltung“ wesentlich im Interesse der Großgrundbesitzer zu wirken hat und von ihrer Klasse gewählt wird, bezieht 28 000 Mark, und sein abtretender Vorgänger geht mit seinem vollen Gehalt von 18 000 Mark in Pension. Besonders noble Gehälter aber werden den Leitern der Spirituszentrale gezahlt, was der Wichtigkeit der Spiritusverwaltung für die Junker entspricht. Der erste Direktor, der Reichstagsabgeordnete Kreth, bekommt 50 000 Mark und seine beiden Mitdirektoren dürften kaum weniger erhalten.“

Landtagswahlkampf im Herzogtum Gotha.

Außerordentlich große Hoffnungen hatten unsere Gegner diesmal auf den Landtagswahlkampf von Waltershausen-Ilmenau gesetzt. Das Mandat war dadurch frei geworden, das Bennoe Demmer wegen Unterschlagung usw. zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt wurde und darauf sein Mandat niederlegte. Unserem Kandidaten, einem einfachen Arbeiter, stellen die Gegner mit kluger Berechnung den Schuldirektor von Waltershausen als Sammelkandidaten entgegen. Der Versuch scheiterte kläglich. Unsere Wahlmännerliste — das Wahlverfahren ist indirekt — erhielt 568 Stimmen, der Herr Schuldirektor 887. Trotzdem die Gegner in acht reichsverbandlicherer Kammer die Verhörungen Demmers gegen die Partei ausgenutzt hatten, erhielt die sozialdemokratische Liste gegen die Hauptwahl ein Mehr von 32 Stimmen, während die Gegner 88 Stimmen einbüßten.

Die Wahl gilt als gutes Vorzeichen für die kommenden Reichstagswahlkämpfe.

Die Monopolgeschäfte des Herrn Abgeordneten.

Eine Papierfirma im Kreise Wipperfurth hatte in einem Verleumdungsprozeß den Beweis geführt, daß der Zentrumsgewählte Herr in seiner amtlichen Eigenschaft als Kreisbauinspektor des Kreises Wipperfurth einen Monopolvertrag auf Lieferung von Schulheften an die ihm unterstellten Schulen und Lehrer geschlossen und dadurch alle anderen Heftlieferanten vorzüglich geschädigt hatte. Die Firma hat jetzt vor dem Kölner Landgericht ein zweites Urteil erstritten, das ihren Schadenersuchsanspruch an Dr. Heß festsetzt. In der Urteilsbegründung wird als festgestellte Tatsache erachtet, daß der Vertrag vom 29. September 1908 ein Monopolvertrag sei, daß Dr. Heß das Bewußtsein eines Monopolvertrages gehabt und somit der Klagen der Firma vorzüglich Schaden zugefügt habe, daß er weiter gegen eine ganze Reihe ministerieller Verfügungen verstoßen und endlich gegen die guten Sitten gehandelt habe.

Der geschäftstüchtige Zentrumsmann vertritt im preussischen Dreiklassenhause den Wahlkreis Köln-Land-Bergheim-Eusirchen und wirkt seit 1906 als Kreisbauinspektor in Wipperfurth.

Der deutsch-schwedische Handelsvertrag.

Genie wurde der Entwurf eines neuen deutsch-schwedischen Handelsvertrages von den beiderseitigen Delegierten unter Vorbehalt einiger noch unerledigter Punkte paraphiert, über welche die beiden Regierungen sich die Regelung im Korrespondenzwege vorbehalten haben.

Gegen die Arbeiter und die Arbeiterversicherung.

Bringt die „Zeitschrift für Politik“ aus der Feder des Weh. Reg. Rat Dr. Ferd. Friedensburg einen gütigen Artikel. Dr. Friedensburg, der bis vor kurzer Zeit Senatsvorsitzender im Reichsversicherungsamt war, wird als besonderer Sachkenner betrachtet, und die kapitalistische Presse druckt den Artikel mit viel Behagen nach. Er sammelt über die Rentenfrage und über die starke Verleumdung der Versicherungsträger, die in unbeschuldigter Weise ausgenutzt werden. Es ist das ein Gesammter, welches auch die Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften anstimmen, die von jedem Verletzten, dem nicht beide Arme oder beide Beine abgerissen sind, behalten, daß er an Rentenmangel leidet. Ob es eine solche Krankheit gibt, wissen wir nicht. Sicher ist aber, daß es unter den Klassenbeamten und auch wohl unter den Berufsgenossenschaftsbeamten und Richtern eine ganze Anzahl von Personen gibt, die an einer krankhaften Simulantenthrast leiden. In diesen Leuten scheint Dr. Friedensburg auch zu gehören. Was soll man z. B. von einem Manne sagen, der das genaue statistische Material kennt, wenn er schreibt:

„Es mögen Eltern noch so viele Kinder gehabt haben, immer ist gerade das durch Unfall gestorbene der einzige Ernährer gewesen, und war es noch ein Knabe, ein Lehrling. Sollte man alle unwahren Angaben in Rentenakten vor Gericht stellen, die Zahl der Staatsanwälte und Richter müßte vervielfacht werden, und man erreichte doch nichts, da das Schuldbewußtsein, selten zu erweilen ist.“

Worte und Behauptungen da, wo man Zahlen als Beweise bringen kann. Dr. Friedensburg kennt die Zahlen. Aber warum führt er sie nicht an? Er hätte zum Beispiel anführen können, daß 1909 9863 Personen durch Unfall getötet sind, und da hauptsächlich 807 Personen, daß ein Verdächtigter ihr Ernährer war. Jeder Kenner der Verhältnisse, jeder Armenpfleger weiß, daß unter 9863 arbeitenden Personen mehr als 307 sind, die ihre Eltern unterstützen. Das Jahr 1909 bildet aber keine Ausnahme. Von den 197 934 Hinterbliebenen durch Unfall getöteter Personen, die 1909 Rente erhielten, waren 4208 Verwandte aufsteigender Linie. Warum nennt Dr. Friedensburg diese Zahlen, die ihm doch genau bekannt sind, nicht? Nun, er wird sie sich wohl ansehen haben, und er hat dabei die Ueberzeugung gewonnen, daß sie all seine Argumente über den Haufen rennen und das Gegenteil von dem beweisen, was er behauptet.

Rekrutenhänderei.

Das sächsische Infanterieregiment Nr. 17 in Oshahz senkt seit zirka zwei Jahren durch umfangreiche und furchtbare Soldatenmißhandlungen die Aufmerksamkeit auf sich. Die fast ungläublichen Vorkommnisse bei diesem Regiment sind auch vor kurzem bei Beratung des Reichstages im Reichstage von unserem Genossen Schöpfkin eingehend besprochen worden. Es war in der Tat auch an der Zeit, daß an dieser Stelle ein ernstes Wort über die Zustände bei genanntem Regiment gesprochen wurde. Bei genügender Beachtung sollten derartige umfangreiche Schändereien unmöglich sein. Die Mißhandlungen scheinen beim Oshahz Regiment zum System geworden zu sein. Erst jetzt wurde ein düsteres Bild aus dieser Kavalleriekaserne vor dem Oberkriegsgericht in Dresden aufgetrollt. Der Sachverhalt dieses neuen Aufsehen erregenden Prozesses sei hier kurz wiedergegeben.

Am 15. Dezember v. J. wurde der Rekrut Müller von der 3. Esk. des Oshahz Regiments bewußlos auf dem Kasernenhofe aufgefunden und mit Klugheit auf seinen Zustand in das Lazarett eingeliefert. Hier gab er an, daß er unter dem Schreckenregiment der Befreiten und „alten Leute“ furchtbar gelitten habe; insbesondere sei er kurz vorher furchtbar geschlagen worden. Wenn die Schändereien wieder — wie in früheren Fällen — lange Zeit ungehindert betrieben worden, so sollte durch diesen Vorfall der Stein endlich ins Rollen kommen.

„Wenn du etwas meldest, dann schlagen wir dich zum Krüppel oder ganz.“

Durch diese Verurteilung ließen sich die Rekruten von einer Beschwerde abhalten. Die Untersuchung förderte eine Unmenge Mißhandlungen, Schläge und Uebergriffe zu Tage. Die Rekruten wurden von „alten Leuten“ zu allerlei Arbeiten herangezogen. Ein Rekrut mußte auf den Schrankklettern und das Lied singen „Vom Himmel hoch da komm ich her“. Ein anderer Rekrut mußte unter Abhängen des Bleides „Im tiefen Keller sitz ich hier“ längere Zeit unterm Tisch fauern! Am schlechtesten erging es den oben erwähnten Man Müller. Er wurde mal Nachts aus dem Bett gejagt und mußte dann Gänge besorgen und Stuben der „alten Leute“ leeren; wenn es nicht schnell genug ging, bekam er Prügel und Stöße! Eines Abends kamen zwei Besetzte in die Stube, löschten das Licht aus, fielen über Müller her und mißhandelten ihn unmenslich. Die Warte blieb nicht ohne Folgen; er litt diese Zeit unter Schwindelanfällen und Erbrechen, er schleppte sich nur noch und

brach dann ohnmächtig zusammen.

Eine ganze Reihe weiterer Schändereien könnte man vorführen. Zwei Unteroffiziere haben dem Treiben der Befreiten und „alten Leute“ insofern Vorstoß geleistet, als sie die Quälereien — obgleich sie davon wußten — nicht meldeten. Das Kriegsgericht verurteilte die Quäler und zwar erkrankte: Man Froberg 3 Monate 2 Wochen, Man Quaiser 2 Monate 1 Woche, die Befreiten Weiland und Krauer je 45 Tage Gefängnis, die Befreiten Jähne 5 Wochen, Knäs 6 Tage und Dehmichen 3 Tage mittleren Arrest. Der Sergeant Krüger erhielt wegen Nichtmeldung strafbarer Handlungen Untergebener 3 Tage Arrest! Unteroffizier Schäfer wurde freigesprochen.

Gegen das Urteil haben die Angeklagten Froberg, Quaiser, Weiland und Krauer Berufung eingelegt; der Gerichtsherr hat, obgleich viel höhere Strafen beantragt waren, auf das Rechtsmittel verzichtet! Nur gegen das freisprechende Urteil hat der Gerichtsherr Berufung eingelegt. Vom Oberkriegsgericht wurde ungewisheit ausgeprochen, daß die Rekruten zweifellos aus Furcht vor den „alten Leuten“ nicht recht mit der Sprache herausrücken. Nach siebenstündiger Verhandlung wurden die Verurteilungen der Angeklagten als unbegründet verworfen und den Klagen Froberg und Quaiser die sechsmonatige Untersuchungshaft nicht angeschlossen. Der Berufung des Gerichtsherrn wurde stattgegeben und der Unteroffizier Schäfer wegen Nichtmeldung strafbarer Handlungen zu einer Woche Arrest verurteilt. — Wie bestimmt verlautet, wird nun auch gegen den Militärmeister ein gerichtliches Verfahren eingeleitet.

Oesterreich.

Ein sozialdemokratischer Erfolg.

Bei den Landtagswahlen in der Bukowina erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten, von denen einer, der rutenische Oberlehrer (d. i. Rektor) Hawrytschid gewählt wurde, insgesamt 10 000 Stimmen, davon ein Drittel in der Landeshauptstadt Czernowiw. Die Wählerchaft ist nicht nur nach der Größe des Geldsacks, sondern auch nach dem nationalen Bekenntnis in verschiedenem Maß-

Körper eingereicht. Es gibt da deutsch-jüdische, rumänische und armenisch-polnische Kurien. Ein Klein-Österreich, kombiniert mit den magyarisch-rumänischen Wahlen des Halb-Asiens. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in den Provinzstädten noch Genosse Dr. Schaffer durchdringt.

Eine kirchliche Demonstration des Thronfolgers.

Wien, 6. April. Erzherzog Franz Ferdinand ließ dem katholischen Schulverein, einer ausgesprochen kirchlichen Parteivereinigung, im Hinblick auf die großen Verdienste um die kirchliche Jugendbildung, die der Verein sich durch seine 20jährige rastlose, hervorragende Tätigkeit erworben hat, seine wärmsten und innigsten Glückwünsche übermitteln. Die erzielten glänzenden Erfolge, auf die der Verein mit Recht stolz sein könne, böten auch für das fernere Aufblühen des katholischen Schulvereins volle Gewähr.

Frankreich.

Pataud neuerer III.

Paris, 4. April. (Eig. Ber.) Pataud als Vorsitzender einer antisemitischen Versammlung. Das ist die neueste Sensation, die der Schalksnarr des Syndikalismus den Pariserern zum April beschert hat. Psychologen mag sie allerdings keine Lebererkrankung bereiten. Pataud fällt sich ja als „Literat“ und so war er sich die Geistes schuldig, womit sich die anarchisierenden Snobs in reaktionäre Romantiker verwandelt haben. Von der „action directe“ zur „Action Française“ — der Weg ist gar nicht so weit, als es scheint möchte. Der „jüdische Einfluß“ auf dem Theater, das ist jetzt ein Lieblingsbegriff der unangeführten Dichter und auch Pataud hat ein Theaterstück im Gewande —

Über die Frage, ob die edlen Dichtungen des Herrn Bernstein und des Barons Rothschild oder die des munteren Pataud auf die Bühne kommen, liegt vom Gegenstand des Klassenkampfes einigermaßen entfernt. So muß denn Pataud seinen Vorgesetzten sozial färben. In der Versammlung, der er gestern vortrug und zu der der Herrmann der monarchistischen goldenen Jugend zusammengetrommelt worden war, referierte der verdächtige „Anarchist“ Jandion über die freimaurerischen Treiberelien in der Gewerkschaftsbewegung. Es hätte keinen Sinn, zu leugnen, daß sich die Einflüsse der freimaurerischen Organisation, die ja in Frankreich ihre Wurzeln im Volke weit tiefer getrieben hat als anderwärts, in den Aktionen der Arbeiterklasse bisweilen stärker geltend machen, als es im Interesse der proletarischen Klassenbewegung liegt. Schuld daran ist vor allem die Vernachlässigung der prinzipiellen Aufklärung, der Kultus des „Klubs“, ohne den ja ein Pataud selbst nie aus einem mundstinken „gamin“ zu einem populären Volksmann hätte werden können. Pataud ist freilich längst zu einer Poffenfigur geworden, aber die Konfusion dauert fort und mit ihr die Möglichkeit, den revolutionären Eifer der Arbeiterklasse auf abendlichen Seitenwegen abzulenkten. Die neueste, antisemitische Demagogie, die selbst nur einen dieser Ablenkungsversuche darstellt, spekuliert auf die momentliche in den bestgeeigneten Arbeiterschichten von Paris noch fortbestehende Kleinbürgerliche Denkweise und die großartige Verdrummungsbewegung der „Informationspresse“. Es mag auch nicht ausgeschlossen sein, daß es den Reaktionen wie feinerzeit den Wiener Christlichsozialen gelingt, in dem noch nicht zum revolutionären Klassenbewußtsein erzogenen Teil der Arbeiterklasse eine Zeitlang ein aufmerksames Publikum zu finden. Auf die Dauer muß aber der Schwindel verfliegen. Die Reaktionen können viel Geld ersparen, wenn sie das Theater, auf dem der Jandion den Intriganten und der Pataud den Handwurst spielt, schnell wieder zusperren.

Italien.

Der Papst und die kirchliche Partei.

Das päpstliche Amtsblatt veröffentlicht die Statuten, die der Papst durch Vermittelung des Staatssekretärs dem Vorsitzenden des Wahlverbandes der italienischen Katholiken zur Weitergabe an die Ortsvereine zugehändigt hat. Sehr wichtig darin ist die Aufgabe der bisher als Zeichen des Protestes gegen die Vereinfachung des Kirchenstaats aufrecht erhaltenen, übrigens schon seit längerer Zeit namentlich bei Gemeindevahlen durchbrochenen Grundgesetzes der Nichtbeteiligung an den Wahlen. Vielmehr wird ausdrücklich die Organisation der Wähler für die politischen Wahlen und die Kontrolle der von den Katholiken gewählten Abgeordneten gefordert: alles natürlich nach den Weisungen des Heiligen Stuhles. Denn ausdrücklich wird bestimmt, daß die Partei sich dieser Leitung zu unterwerfen habe. Also nicht einmal der Schein der Selbstständigkeit, dessen das deutsche Zentrum sich erfreut, soll diesen armen Kirchenklaven gelassen werden. Was sie natürlich auch nicht hindern wird, aber die „Unterdrückung der persönlichen Freiheit“ innerhalb der sozialistischen Organisationen Skolodistöranten zu vergleichen. Wedrigens kann, bei der Rückständigkeit großer Teile des Landes, trotz der im allgemeinen antisemitischen Stimmung des Volkes, eine straff organisierte kirchliche Partei bei Wahlen und im Parlament zeitweilig eine erhebliche Bedeutung gewinnen.

Spanien.

Canalejas verteidigt den Justizmord.

Madrid, 6. April. Deputiertenkammer. Nachdem im zweiten Verlauf der Sitzung der Kriegsminister zugunsten des Militärstrafgesetzbuches gesprochen hatte, wandte sich Canalejas energisch gegen die Angriffe der Republikaner; er sehe darin eine Aufforderung zur Disziplinlosigkeit. Es sei nicht angängig, daß sich die Kammer zum Richter über den Prozeß Ferrer aufwerfe. Canalejas kündigte sodann an, daß nach Schluß der Debatte die Regierung das Wort ergreifen werde, um zu untersuchen, ob die Verhandlung nicht der Ausgangspunkt einer verwerflichen Kampagne außerhalb der Kammer sei.

England.

Die gegenseitigen Mitteilungen über das Wetztrauen.

London, 6. April. Unterhaus. Der Unionist William Deel fragte Sir Edward Grey, ob er die Absicht habe, angesichts der Erklärung des deutschen Reichskanzlers gegen die Politik der Einschränkung der Rüstungen über Schiffsbauten mit Deutschland auszuhandeln. Sir Edward Grey erwiderte: Der Reichskanzler hat in seiner Rede ausdrücklich den Gedanken eines Austausch von bezüglichen Mitteilungen angenommen, und seiner Vereinstwilligkeit Ausdruck gegeben, zu einer Vereinbarung darüber zu gelangen. Ich sehe in dem, was der Kanzler über die Beschränkung der Rüstungen gesagt hat, nichts, was den Austausch von Mitteilungen weniger ausführbar oder weniger wünschenswert macht.

Deel fragte dann weiter erstens, ob Sir Edward Grey irgendeinen Nutzen für Großbritannien in dem Austausch von Mitteilungen sehe, da doch der Kanzler gesagt habe, daß er einer Beschränkung der Rüstungen keine Zustimmung nicht geben werde, und zweitens, ob man mit dem Austausch irgendeinem allgemeinen Zwecke dienen wolle. Sir Edward Grey erwiderte: Wenn der Herr Deel meine Rede vom 18. März noch einmal nachsehen will, so wird er finden, daß ich den Ausdruck „Beschränkung der Rüstungen“ abgelehnt, aber ausdrücklich erklärt habe, daß „Verabredung der Ausgaben“ der bessere Ausdruck sei,

sofern ein Austausch von Mitteilungen das Mißtrauen zwischen irgendwelchen zwei Ländern vermindern könnte, würde er eine Wirkung auf die Ausgaben ausüben.

Aus der Partei.

Zur Waiseier.

In einer Parteiverammlung für den 12. und 13. sächsischen Reichstagswahlkreis (Leipzig Stadt und Land) erstattete das Parteikomitee Bericht über die geplante Durchführung der Waiseier. Es sollen wie alljährlich Vormittagsversammlungen stattfinden. Für den Nachmittag ist ein Spaziergang durch die Stadt nach Städtisch vorgesehen, wo eine Massenversammlung abgehalten wird. Im Einverständnis mit dem Gewerkschaftsausschuß wurde folgende Regelung der Unterstufungsfrage für Matausgesperrte vorgeschlagen: In Matausgesperrte kann aus den Mitteln des Bezirksfonds vom 4. Mai ab eine Unterstufung auf die Dauer der Ausperrung, doch auf höchstens vier Wochen, gewährt werden: für Verbeiratete 1,75 M., für Ledige 1 M. pro Tag. Für Sonntage wird keine Unterstufung gewährt, wohl aber ist die Unterstufung für Wochenfeiertage zu zahlen.

Die Auszahlung der Unterstufung an die Ausgesperrten sowie die Kontrolle der Ausgesperrten erfolgt nach dem gemeinsamen im April 1910 gefaßten Beschluß auf Verlangen der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften haben Anrecht auf Ersatz der Aufwendungen für Matausgesperrte aus Mitteln des Bezirksfonds nach Höhe der oben festgelegten Unterstufungssätze.

Um die Deckung der notwendigen Mittel zu erzielen, sollen gemäß dem Beschluß des Räteberger Parteitages die Parteiangestellten, die Angestellten der Gewerkschaften und anderer Arbeiterorganisationen sowie die Arbeiter und Angestellten in Privatbetrieben, die den 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, unbeschadet des erhobenen Beitrages für den Bezirksfonds, einen Tagesverdienst freiwillig abführen. Organisierte Arbeiter, die am 1. Mai arbeiten, und selbständige Gewerbetreibende, die der sozialdemokratischen Partei angehören, haben einen ihrem Einkommen angemessenen Beitrag zu leisten. Zu diesem Zwecke sind Marken im Werte von 1 Mark und 2 Mark von der Kommission für die Verwaltung des Bezirksfonds auszugeben.

Da der Beschluß des Räteberger Parteitages mehrfach zu Unzutrefflichkeiten geführt hat, soll beim nächsten Parteitag die Aufhebung des Beschlusses angestrebt werden.

Den vom Komitee gemachten Vorschlägen stimmten die Versammelten gegen eine geringe Minderheit zu.

Ein Schurkenreich der rumänischen Polizei.

Der rumänische Genosse Dr. Kalowski hat, wie wir vor einigen Tagen meldeten, vor den Verfolgungen der rumänischen Behörden ein Asyl in Konstantinopel gefunden. Aber auch von dort versucht die rumänische Reaktion, den ihr Verhassten zu vertreiben. Wie der „Sukursker „Abwehr“ berichtet, erschien am Dienstag, während Kalowski im Restaurant Lugenburg sein Nachtmaß einnahm, ein Polizeigent und forderte ihn auf, ihm zu folgen. Kalowski folgte dem Polizeigenten und auf dem Sicherheitsbureau wurde er für verhaftet erklärt und seine sämtlichen Papiere konfisziert. Als das im Restaurant anwesende Publikum erfuhr, daß der Verhaftete Dr. Kalowski sei, verständigte es sogleich mehrere Abgeordnete, die sich zur Sicherheitsbehörde begaben und durchsetzten, daß Dr. Kalowski nach dreistündiger Hast wieder auf freies Fuß gestellt wurde.

Tage darauf erschien nun der Chef des Sicherheitsbureaus bei unserem Genossen und bat ihn wegen des Vorfalles um Entschuldigung, es habe sich um einen Irrtum gehandelt. Das Ministerium des Äußern hatte der Sicherheitsbehörde bekanntgegeben, daß von „berufener Seite“ die Nachricht eingelaufen sei, daß der in Konstantinopel weilende Kalowski ein gefährlicher Anarchist sei. Auf diese Anweisung hin habe die Sicherheitsbehörde gehandelt. Da aber mehrere Abgeordnete für Kalowski einstanden und das Ministerium des Innern gegen ihn nichts einzuwenden hat, kann er ungehindert in Konstantinopel weiter verbleiben.

Diese Nachricht hat in Rumänien große Entrüstung hervorgerufen, da die Denunziation an das türkische Ministerium des Äußern seiner anderen Quelle entstammen kann als der rumänischen Polizei.

Soziales.

Gewerbegehilfen oder Aufsichtsbeamten?

Die Frage, ob die Angestellten der Wachs- und Schlichtgesellschaften, die als Wächter Verwendung finden, Arbeiter im Sinne der Gewerbeordnung seien, unterlag gestern der Entscheidung der Kammer 8 des Gewerbegerichts. Der Wächter H. Klage gegen die Berliner Wachs- und Schlichtgesellschaft m. b. H. auf Rückzahlung eines Restbetrages der gestellten Kaution. Die Klage erbob den Einwand der Unzuständigkeit des Gewerbegerichts, den sie wie folgt begründete: Ein anderer Wächter habe sie kürzlich aus gleichem Grunde vor dem Amtsgericht verklagt, welches sich trotz des Einwandes, daß für den Rechtsstreit nur das Gewerbegericht zuständig sei, für zuständig erklärte. Das Landgericht habe sich als Verurteilungsinstanz diesem Urteil angeschlossen. Es sah in einem Wächter keinen Arbeiter, sondern einen Aufsichtsbeamten. Weiter bezog sich die Klage auf das Verfahren der Eisenbahnbehörde, welche den Wächtern keine Wochenlohnarten verkaufe, weil sie dieselben eben nicht als Arbeiter ansehe.

Das Gewerbegericht erklärte sich mit Recht für zuständig. In den Gründen wurde ausgeführt, das Landgericht habe den Begriff „Aufsichtsbeamter“ verkannt. Da die Klage gegen Einzelne die Verwendung von Grundstücken und Wohnräumen übernimmt und auch zur Entrichtung der Gewerbesteuer herangezogen wird, handele es sich hier auch unzweifelhaft um ein gewerbliches Unternehmen, dessen Angestellte auch Arbeiter im Sinne der Gewerbeordnung seien.

Die Klage selbst wurde abgewiesen, da der Kläger der Beklagten Gewerbeverzicht gegeben hatte.

Gerichts-Zeitung.

Ungleichheit der Geschlechter — Ungleichheit des Wurzgewichts.

Eigenartige Geschäftsrundfälle deckte eine Gerichtsverhandlung gegen die Schlichterfrau Köpfe am Bahnhof Hermannstraße in Rixdorf auf. Die Angeklagte war beschuldigt, ihren Verkaufserlösen Anweisung gegeben zu haben, den Arbeitern, die morgens vor 8 Uhr, wenn sie zur Arbeit gingen, ¼ Pfund Wetztrauf zu kaufen, statt 125 Gramm nur 110 Gramm Gewicht zu geben, den Frauen aber, die ¼ Pfund Wurz verlangten, stets das volle Gewicht zu verabfolgen, denn „diese pasteten immer fürchtbar an“. Die Angeklagte bestritt, solche Anweisung je gegeben zu haben. Sie habe den Verkäuferinnen nur gesagt, daß bei den steigenden Lebensmittelpreisen hinfort nur 110 Gramm Wetztrauf für 20 Pf. gegeben werden könnten; wenn jemand ein volles Viertelpfund fordere, müsse er 25 Pf. zahlen. Das Rixdorfer Schlichtergericht hielt jedoch nach den eideschwur Befundungen der beiden Verkäuferinnen den Beitrag im Sinne der Klage für erwiesen und verurteilte, dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend, die Angeklagte zu 100 M. Geldstrafe. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß solche Manipulationen sehr behauerlich seien, da

gerade Arbeiter, die morgens auf Arbeit gingen, dadurch in ihrer Ernährung geschädigt würden.

Einige Verh.-Prozesse

Beschäftigten gestern wiederum die 140. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte. Ein weiteres öffentliches Interesse beanspruchte die zuerst verhandelte Privatklage des Abgeordneten Wilhelm Bruhn gegen den Redakteur des „Coburger Tageblatt“ Lorenz. Diese Zeitung brachte am ersten Tage des großen Verh.-Prozesses in einer Korrespondenz aus Berlin Verachtungen über die moralischen Qualitäten des Privatklägers, durch welche sich letzterer in besonderem Maße beleidigt fühlte. Es wurde darin ausgeführt, daß, wie auch der Prozeß ausfalle, ob nun Bruhn verurteilt oder freigesprochen werde, er doch in der Öffentlichkeit gerichtet sei; daß er nationale Gesinnung mit bedenklichen Angriffen auf das Privatleben einzelner Personen verquide; daß er nicht mehr würdig sei, Reichstagsabgeordneter zu sein usw. — Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Elm, stellte eine lange Reihe von Verweisanträgen, um zu beweisen, daß die in dem Artikel aufgestellten Behauptungen den wahren Tatsachen entsprächen. Ein solcher Wahrheitsbeweis könne nicht abgeschnitten werden, da die Anklage auf Grund des § 186 St.-G.-B. erhoben worden sei. Der Gerichtshof unter Vorsitz des Amtsrichters Voigt lehnte eine Verweisanzeige ab und kam ohne diese zu einem Urteil: Der Angeklagte wird zu 1000 M. Geldstrafe eventuell 100 Tagen Gefängnis verurteilt. Amtsrichter Voigt führte zur Begründung u. a. folgendes aus: Der Artikel sei schwer beleidigend; fast jeder Satz enthalte eine formale Beleidigung. Die Beleidigungen hängen sich in einer Weise, wie es wohl selten vorkomme, und die ganze Tendenz des Artikels ergebe die Absicht der Beleidigung. Die Persönlichkeit des Privatklägers und wie man über die moralischen Qualitäten desselben in weiteren Kreisen denke, müsse für das Gericht ausschließen, denn dieses habe nur darüber zu befinden, ob Beleidigungen vorliegen. Der § 183 St.-G.-B. sei nicht anwendbar. Es sei nicht Aufgabe der Presse, in ein schwebendes Gerichtsverfahren einzugreifen und über einen Angeklagten in so beleidigender Weise den Stab zu brechen, noch ehe das Gericht sein Urteil gesprochen hat. Hier sei sogar durch Gerichtsurteil der Angeklagte freigesprochen worden. Die Presse habe kein Recht, noch ehe ein Urteil in einem schwebenden Prozeß gefällt worden, in solcher Weise in einen Prozeß einzugreifen. Man solle hübsch den Ausgang abwarten. Der inkriminierte Artikel sei so schwer beleidigend, daß der Gerichtshof eine Geldstrafe von 1000 M. für angemessen gehalten habe.

Die zweite Privatklage richtete sich gegen den Redakteur der „Eisenacher Tagepost“, Niemeyer. Auch in diesem Prozeß wurde der Privatkläger in einer Weise charakterisiert, die dieser für schwer beleidigend erachtete. In diesem Prozeße wurde der Angeklagte durch Justizrat Wasse und Rechtsanwalt Gahn verteidigt, dem Privatkläger stand Rechtsanwalt Brederick zur Seite. Auch hier wurden von den Verteidigern zahlreiche Verweisanträge gestellt, um dem Gerichtshofe darzulegen, welchen Charakter die „Wahrheit“ habe und wie die ankündigende Presse in ihrer Gesamtheit Herrn Bruhn von ihren Rücksichten abgeschüttelt habe. Auch in diesem Falle lehnte der Gerichtshof eine Verweisanzeige ab: der einzige Passus, bei dem § 186 in Frage komme, behaupte, daß in dem Verh.-Prozesse dem Privatkläger direkte oder indirekte Erpressung nachgewiesen worden sei. Das Gegenteil dieser Behauptung sei in dem Urteil der Strafkammer festgelegt und es sei danach erwiesen worden, daß der Privatkläger sich einer direkten oder indirekten Erpressung nicht schuldig gemacht habe. — Danach bedürfe es keines weiteren Beweises. Das Urteil lautete auch in diesem Falle auf 1000 M. Geldstrafe eventuell 100 Tage Gefängnis.

Hieran schloß sich eine dritte Privatklage, die sich gegen den Redakteur Johannes Röter vom „Ragdeburger Zentralanzeiger“ richtete. Der Angeklagte wurde zu 150 M. Geldstrafe ev. 15 Tagen Gefängnis verurteilt.

Die Beurteilungen unter Abschneidung der Beweise und völliger Verkennung der Stellung der Presse charakterisieren den Kläger schlimmer als die Artikel selbst.

Die Auflösung einer Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes polnischer Handwerkervereine für Berlin und Umgegend betraf ein Verwaltungsereignis, den das Oberverwaltungsgericht dieser Tage erledigte. Diese Versammlung fand am 16. Januar 1910 in einem Saale in der Frankfurter Straße statt. Es nahmen daran 700 Personen teil. Sie wurde aufgelöst, weil der Redner in polnischer Sprache seinen Vortrag begann und trotz des Protestes der Polizei in dieser Sprache zu reden fortfuhr. Die Polizei betrachtete diese Versammlung als eine öffentliche, in der nur deutsch gesprochen werden dürfe nach den Vorschriften des Vereinsgesetzes. Auf die Klage des Einberufers Ghojnazki erkannte der Bezirksauschuß dahin, daß die Auflösung berechtigt sei. Die Versammlung sei als öffentliche anzusehen, obwohl nur Mitglieder der dem Bezirksverband angeschlossenen polnischen Handwerkervereine, die sich legitimieren mußten, daran teilnehmen durften und teilnahmen. Die Vereine der verschiedensten Gattungen polnischer Handwerker, so die der Kaler, der Barbierer, der Schlichter usw. hätten unter dem Namen „Bezirksverband“ sich eine lose gemeinsame Organisation geschaffen. Die einzelnen Mitglieder seien nicht Mitglied des Bezirksverbandes, sondern blieben lediglich Mitglied ihres speziellen Berufsvereins, der seinerseits Mitglied des Bezirksverbandes und des deutschen Gesamtverbandes polnischer Handwerkervereine sei. Die so aus allen Vereinen zusammengekommenen Personen stellten keine geschlossene Gesellschaft dar. Die Auflösung sei somit gerechtfertigt.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte die Entscheidung mit folgender Begründung: Es handele sich bei der Zusammenkunft um 11 Vereine, die an sich vollständig verschiedene Interessen vertritt und deren Mitglieder nur durch gewisse Beziehungen verbunden seien. Wenn etwa 700 Mitglieder aus diesen 11 Vereinen sich zu einer Versammlung vereinigen, dann sei das keine Privatversammlung, sondern eine öffentliche. Daraus ergebe sich die Entscheidung.

Wasserentziehung durch Trüchierungen.

Die Gemeinde Friedrichsrode bei Nordhausen hat gegen die Deutsche Tiefbohrtraktengesellschaft in Berlin Klage auf Herabsetzung einer kostfreien Wasserleitung eventuell Zahlung von 20 000 M. erhoben und diese Klage mit der Behauptung begründet, daß durch die Tiefbohrungen der Verklagten in Friedrichsrode seit dem Jahre 1906 und 1907 Wassermangel verursacht worden sei.

Das Landesgericht Nordhausen und das Oberlandesgericht Raumburg verurteilten die beklagte Gesellschaft, der Gemeinde Friedrichsrode Trinkwasser durch eine kostfreie Wasserleitung zuzuführen.

Das Oberlandesgericht stellt begründend fest, daß die Brunnen von Friedrichsrode vor dem Jahre 1906 stets reichlichen Wasservorrat gehabt haben und zwar soviel, daß sie sogar noch anderen Nachbargemeinden Wasser abgeben konnten. Friedrichsrode habe als Ort gegolten, wo nie Wassermangel herrschte. Seit den Bohrungen im Jahre 1906 aber habe sich der Wasservorrat von Friedrichsrode, wie das Oberlandesgericht weiter ausführt, in den einzelnen Brunnen der Reihe nach vermindert, bis er schließlich ganz entzogen worden sei. Zwar habe sich nach den Abdrückungen der Bohrungen der Wassermangel vorübergehend wieder gehoben, jedoch sei weder der frühere Wasserreichtum noch die frühere Stetigkeit des Wasserstandes wiederhergestellt worden. Im Gegensatz zu früher seien die Traktwasserhältnisse von Friedrichsrode jetzt zum größten Teil von der Witterung abhängig; so sei gerade in dem trockensten Sommer 1908 eine verminderte Wasserhaltung zu bemerken gewesen. Die Abdrückung des fraglichen Bohrlochs habe den früheren Zustand des Wasserreichtums und der Wasserstetigkeit nicht wieder herbeizuführen vermocht. Auch wüßte, wie das Oberlandesgericht zum Schluß seiner Ausführungen betont, es als unmöglich angesehen werden, daß der Schaden anders als durch Herstellung einer neuen Wasserleitung ausgeglichen werden könne. Auf Grund dieser Feststellungen und Ausführungen kommt das Oberlandesgericht zu der Verurteilung der beklagten Tiefbohrtraktengesellschaft zur Herstellung einer kostfreien Trinkwasserleitung.

Die von der beklagten Gesellschaft gegen dieses Urteil des Oberlandesgerichts Raumburg eingelegte Revision ist am Mittwoch vom 6. Zivilsenat des Reichsgerichts zurückgewiesen worden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Hamburger Tischlermeister suchen Streikbrecher in Berlin!

Am Donnerstagvormittag ist ein Streikbrechertransport von 40 Mann aus Berlin in Hamburg eingetroffen und im Betriebe von Marcus u. Frank untergebracht. Die Lagerräume sind mit Strohsäcken und Betten versehen, damit die Leute mit der Außenwelt nicht in Berührung kommen. Als Vermittlungsstelle soll das Bureau des gelben Handwerker-Schutzverbandes in der Invalidenstrasse gedient haben. Die Hamburger Holzarbeiter bitten ihre Berliner Kollegen dringend, die Augen offen zu halten und dafür zu sorgen, daß weitere Arbeitswillige nicht nach Hamburg gehen.

Die Sonntagsarbeit der Bierfahrer.

Der Brauereiarbeiterverband bemüht sich seit langem, eine Beschränkung des Bierausfahrens an Sonntagen durchzusetzen. Die Polizeibehörde schien diesen Wünschen Sympathie entgegenzubringen, und der Verband stellte dementsprechend einen Antrag, daß die bestehende Polizeiverordnung, nach der im Sommerhalbjahr Sonntags nach 12 Uhr kein Bier mehr ausgefahren werden darf, scharfer und bestimmter gefaßt werde. Die Antwort auf diesen Antrag ließ sehr lange auf sich warten, bis endlich der Verband erfuhr, daß die Behörde nicht im Sinne des Antrages verfügen könne, da der Vorstand des Vereins der Brauereien Einspruch dagegen erhoben habe. Von dieser Seite wurde im Polizeipräsidium erklärt, daß die gewünschte Beschränkung gar nicht möglich sei, das verbiete schon die Rücksicht auf die Gastwirte. Und die Gastwirte erhoben in ihrer Presse Lärm über neue Beeinträchtigung ihrer Interessen.

Diesen Stand der Dinge schilderte Schuldt vom Brauereiarbeiterverband in einer Versammlung des Jahrespersonals der Brauereien sowie der Hofarbeiter und Stalleute, die am Mittwochabend im „Gewerkschaftshaus“ stattfand. Schuldt erklärte, daß die Faltung der Unternehmern in dieser Frage sich geändert habe. Bei den letzten Tarifverhandlungen habe man noch die Ansprüche der Bierfahrer auf mehr Sonntagsruhe mit Wohlwollen behandelt und den Gläubigen erwidert, daß man darin leicht zu einer Verständigung kommen könnte. Jetzt aber verhalten sich die Unternehmer streng ablehnend. Der Verband hat nun diese Sache vor das Einigungsamt gebracht. Das Resultat der Verhandlungen bestand aber nur in einem Versprechen der Unternehmer, die Angelegenheit im Verein der Brauereien noch einmal zu beraten, was bis jetzt aber noch nicht geschehen ist. Schuldt machte darauf aufmerksam, daß man schließlich versuchen würde, mit der jetzigen Polizeiverordnung auszukommen und rücksichtslos jede Uebertretung zur Anzeige bringen würde.

Die Diskussion über Schmidts Referat zeigte, daß die Bierfahrer mancherlei Material haben, das sie zur Anzeige bringen könnten. Eine Brauerei ließ Bier in Säcken verfrachten ausfahren. Noch an späten Nachmittagen wurde Sonntags Bier ausgefahren, und nicht nur Bier, sondern auch Wirtschaftseinrichtungen wurden Sonntags weggeführt. Die Bierfahrer würden nicht gern dazu schreiten, die verschiedenen Anzeigen bei der Polizei zu machen, aber wenn sie bei den Brauereien keinerlei Entgegenkommen finden, sind sie entschlossen, ebenfalls rücksichtslos vorzugehen und den Brauereien alle Verantwortung für die Uebertretungen der Polizeiverordnung aufzubürden.

In einer Resolution erklärten die Versammelten ihre Bedauern über die Stellungnahme des Vorstandes des Vereins der Brauereien; sie verpflichteten sich, für die Einführung der Beschränkung des Bierausfahrens an Sonntagen einzutreten und beauftragten die Verwaltung, weitere Schritte nach dieser Richtung zu unternehmen.

Der Streik der Holzplasterer und Zoluskeineiser bei der Firma Heiarids Freese dauert ununterbrochen fort. Eine Anzahl Arbeiter, welche Herr Freese kurz vor Ausbruch des Streiks nach anderen Städten Deutschlands zu Reparaturarbeiten geschickt hatte, sind sofort, nachdem sie von dem Ausbruch des Streiks Kenntnis erhalten hatten, nach Berlin zurückgekehrt und haben sich mit ihren Kameraden solidarisch erklärt. Herr Freese hat jedoch die streikenden Arbeiter schriftlich aufgefordert, sich am Freitag ihre Papiere abzuholen. Als die Arbeiter zu diesem Zwecke im Betriebe erschienen, wurden sie nach dem Fabrikssaal beschieden, wo nunmehr Herr Freese die Streikenden zu überreden suchte, daß sie die Arbeit am Sonnabend wieder aufnehmen möchten. Sie könnten sich auch organisieren, aber nicht in einer freien Gewerkschaft! Diese Zumutung lehnten die Arbeiter strikte ab; sie erklärten Herrn Freese, daß sie sich in dieser Beziehung keine Vorschriften machen ließen. Herr Freese versuchte nunmehr, durch Heranziehung von Arbeitskräften aus den Hirsch-Dunderschen und christlichen Verbandsarbeitern aus den Kesseln zu kommen, in welche er sich durch seine terroristischen Handlungen selbst gesetzt hat.

Jedoch haben auch von diesen Arbeitern verschiedene eine andere Meinung, als anscheinend die Führer der Hirsche; sie haben, nachdem sie über die Sachlage der Differenzen aufgeklärt wurden, den Fleischtöpfen des Herrn Freese den Rücken gekehrt. Nur einige dieser Leute geben sich noch als Arbeitswillige her. Diese erklärten, daß ihnen von den Beamten des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts gefaßt wurde: „Es bestehe kein Streik, Lohnforderungen seien nicht gestellt worden. Die alten Arbeiter seien kontraktbrüchig (!) geworden nur deshalb, weil sie nicht mit den Hirschen zusammenarbeiten wollten.“

Nach alledem, was man schon von den Führern der Hirsche bei anderen Lohnkämpfen erfahren hat, darf man sich auch in diesem Falle nicht wundern, daß sich dieselben wieder als Handlanger des Unternehmertums zeigen und dazu beitragen, daß ihre Mitglieder Streikbruch begehen. Es muß daher nochmals ausdrücklich betont werden, daß der Streik der freien Verbände in dem Betriebe von Freese vollkommen zu Recht besteht. Es blieb den Arbeitern kein anderes Mittel übrig, um sich vor dem Terrorismus, der in diesem Betriebe zugunsten der Hirsche geübt wurde, zu schützen, als zur Arbeitsniederlegung zu greifen.

Die jetzigen Arbeitswilligen sind nicht im entferntesten in der Lage, die erforderlichen Arbeiten leisten zu können. Das Regen von Holzplasterer erfordert in Arbeitssachkenntnis und verlangt exakte Ausführung, weil es sich um städtische und sonstige behördliche Arbeiten handelt. Herr Freese wird bald sehen, daß er mit den jetzigen Leuten bei seinen Arbeiten in Verzug kommen wird, was er ja im übrigen auch den streikenden Arbeitern bei der Unternehmung gegenüber zugegeben hat. Es ist noch weiter zu berichten, daß sich die streikenden Arbeiter an den Vorständen des Berliner Gewerbegerichts, Herrn Magistratsrat v. Schulz, gewandt und um dessen Vermittlung in dieser Streitsache ersucht haben, wozu sich auch dieser Herr bereit erklärte. Herr Freese hat aber auch dieses Anerbieten abgelehnt. Er will sich also weiter als Agitator für die Hirsch-Dunderschen bezw. die christlichen Verbände betätigen, weil diese Verbände, wie er sich ausdrücken beliebt, „weniger feindlich gegen die Unternehmung gefinnt sind“.

Herr Freese hat sich als „Sozialpolitiker“ durch sein jetziges Verhalten selbst gekennzeichnet.

Der Kampf im Tapezierergewerbe sollte nach dem Abbruch der Verhandlungen eine neue Verschärfung erfahren, wie die Unternehmer ankündigen ließen. Sie versuchten es nochmals mit einer Aufforderung, die organisierten Gehilfen auszusperren. Die neue Aufforderung hat überhaupt keine Wirkung erzielt; der Stand der Aussperrung blieb auch in dieser Woche unverändert. Während aber die Zahl der Aussperrten sich nicht vermehrte, sondern bei etwa 100 stehen blieb, verringerte sich die Zahl der Streikenden.

denn es gelang wieder in einigen Fällen, Verfallstreiks mit einem Erfolg zu beenden. Die Gehilfen verfolgen mit Ruhe und Beharrlichkeit die Taktik, in den einzelnen Werkstätten die Zugeständnisse zu gewinnen, die sie durch einen Tarifvertrag mit den vereinigten Unternehmern sich nicht sichern konnten. Sie sind zufrieden, wenn sie auch ohne einen solchen Tarifvertrag die gewünschten Erfolge zu verzeichnen haben.

Richtung, Schuhmacher! Infolge der in der Lederwarenbranche eingeleiteten Lohnbewegung ist in folgenden Betrieben die Arbeit eingestellt worden: Lipshay, Schillingstr. 12. Walich, Grüner Weg 109. Pistol, Prenzlauer Allee 36. Martwich, Heinersdorfer Str. 15. und Sauer, Zionskirchstr. 88. Diese Firmen sind deshalb gesperrt.

Bei der Firma Braun, Gr. Frankfurter Str. 84, ist die Arbeit wieder aufgenommen worden, da die Forderungen bewilligt wurden.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin.

Die Handelsgärtnergehilfen Berlins

stehen in einer Lohnbewegung und haben zum 8. April ihre Kündigung eingereicht. Am 2. April kam es bereits bei der größten Firma (Hd. Roschel in Lichtenberg) zu Differenzen, und — da hier Kündigung ausgeschrieben — zu sofortiger Arbeitsniederlegung, da der Firmeninhaber behauptet, „an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt zu sein“ und darum nichts bewilligen zu können. Die Firma beschäftigt in dem betreffenden Betriebe etwa 80 Mann, darunter nicht weniger als 25 Lehrlinge. Sämtliche Gehilfen und einige Obergeliffen stellen die Arbeit ein.

Deutsches Reich.

Lohnbewegungen im Speditionsgewerbe.

Die Speditionsarbeiter und Möbeltransporteur-Katzen in Plauen, Reichenbach i. S. und Weimar befinden sich seit dem 27. resp. 28. März im Streik. Den berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter wurde kein Entgegenkommen gezeigt. Es wird nun versucht, Streikbrecher aus den sachsenweirischen Orten zu werden — was auch zum Teil schon geschehen ist.

In Plauen und Reichenbach greifen auch schon die Behörden zugunsten der Unternehmer ein. Die Bahnverwaltung beider Städte mietet von den bestreikten Speditoren Gehilfen ab und läßt durch Eisenbahner nicht nur Stückgut, sondern ganze Wagenladungen den Empfänger zurollen. Die Polizei verbietet das gesetzlich erlaubte Streikpostenstellen und die Bahnverwaltung will jeden Streikenden, der das Gelände des Eisenbahnstaßes betritt, zur Anzeige bringen. Auch die Stadtbehörde greift den bedrängten Speditoren unter die Arme. Sie mietet Gehilfen, und städtische Arbeiter müssen die Arbeit der Streikenden verrichten. Das ist einseitiges Eingreifen böses Blut unter den Streikenden hervorzurufen muß, ist nur zu erklärlich. Als im Vorjahre die Bauunternehmer sämtliche Arbeiter aussperrten, lagen in Plauen auch städtische Bauten, die von Stadtverordneten ausgeführt wurden, still. Das Verlangen der Aussperrten, der Stadtrat soll vermittelnd eingreifen, beantwortete dieser mit der Erklärung, daß er sich in Differenzen zwischen Unternehmer und Arbeiter prinzipiell nicht einmische.

Die Stadtverwaltung, die sich mit Stolz „liberal“ nennt, kann also nicht einmal unparteiisch in den Kämpfen zwischen Arbeitern und Unternehmern sein.

In Bosen ist nach dreitägigem Streik der im Speditionsgewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiter durch Annahme eines Schiedsspruchs des Gewerbegerichts eine Einigung erzielt worden. Es wurde mit dem Transportarbeiterbande ein Tarif mit Gültigkeit bis zum 1. April 1914 abgeschlossen, der zunächst allen Arbeitern eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 1 M. pro Woche bringt, die in den folgenden Jahren noch um 75 resp. 50 Pf. erhöht wird. Ausfallsarbeiter erhalten 40 Pf. Mindestlohn, der an drei Tagen vor und nach dem Quartalsersten um 10 Pf. erhöht wird. Der Lohn für jugendliche Arbeiter unterliegt besonderen Vereinbarungen, ebenso die Regelung der Arbeitszeit und die Bezahlung der Ueberstunden und Sonntagsarbeit. Von Bedeutung an dem Ausgange des Streiks ist, daß die Unternehmer zum ersten Male mit der Arbeiterorganisation verhandelt haben, obwohl sie sich mit Händen und Füßen dagegen sträubten. Durch den Abschluß des Tarifs mit der Organisation ist diese zum ersten Male von den Unternehmern anerkannt worden.

In Augsburg vertiefen die Verhandlungen zwischen Unternehmern und den Vertretern der organisierten Speditionsarbeiter, Möbeltransporteure und Fuhrleute zunächst ergebnislos, weil die Futurwerkbesitzer die Organisation der Arbeiter nicht anerkennen wollten. Daraufhin legten am Sonnabend früh die Arbeiter einmütig die Arbeit nieder. Nun bequemen sich die Futurwerkbesitzer mit der Organisationsleitung zu verhandeln. Noch am gleichen Tage wurde ein Tarifvertrag vereinbart mit zweitägiger Gültigkeitsdauer, der für die Arbeiter eine ganz bedeutende Verbesserung der Arbeitsverhältnisse mit sich bringt. Sie erhalten eine Lohnerhöhung von 4—9 M. pro Woche, ferner eine Verkürzung und Regelung der bisher unbeschränkten Arbeitszeit und anderes mehr. Nach fünfständigem Streik konnte somit die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Die Arbeiter der Schiffsanwerter in Danzig sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Arbeitsverhältnisse bei Schiffsanwertern sind erheblich schlechter als auf allen übrigen Werften. Die Forderungen der Arbeiter sind denjenigen angepaßt, die 1910 von den anderen Werften bewilligt sind. Sie betreffen: 1. Verkürzung der Arbeitszeit, 2. Einstellung und Mindestlöhne, 3. Regelung der Altkorarbeit, 4. Höherbezahlung der Ueberarbeit, 5. Lohnzahlung am Freitag und Nebenforderungen. Beteiligt an der Bewegung sind vier Gruppen von Organisationen: Freie Gewerkschaften, Hirsch-Dundersche Gewerkschaften, christliche Gewerkschaften und Polnische Berufsvereinigungen. Nachdem sämtliche Organisationsvertreter ihre Zustimmung zu den Forderungen gegeben hatten, beschloß eine Versammlung der Arbeiter einstimmig, die Forderungen am Donnerstag, den 6. April einzureichen.

Die Tapezierer haben wegen Entlassung ihres Vorsitzenden bei Beiram Schrot in Allendorf a. B. die Arbeit niedergelegt. Herr Schrot stellt sich auf den Standpunkt: „Erst wieder anfangen, dann kann verhandelt werden.“ Streikbrecher werden in Allendorf nichts erleben können, da die Stücklöhne eine außerordentliche Einarbeitung erfordern.

Ausland.

Die Fleischhangergehilfen Wiens haben Lohnforderungen gestellt und drohen, falls diese nicht bewilligt werden, nach den Osterfeiertagen in den Streik zu treten.

Die polnische Bergarbeiterorganisation.

Die steigende Selbständigkeit der nationalpolnischen Arbeiter kommt wieder so recht in dem Jahresbericht der Polnischen Berufsvereinigungen, der Organisation der polnischen Grubenarbeiter, zum Ausdruck. Die Bergarbeiterabteilung wurde am 1. Oktober 1909 abgesondert. Sie zählte damals im Ruhrrevier 143 Filialen und 1722 Mitglieder, in Oberschlesien 57 Filialen mit 3768 Mitgliedern; insgesamt zählte die Bergarbeiterorganisation 213 Filialen und 2243 Mitglieder. Im Jahre 1910 sollen 1614 Mitglieder neu gewonnen sein, davon im Ruhrrevier 9080. Die Gesamtzahl der Organisierten wird auf 42 008 (?) angegeben. Bei den Anknappungswahlen errangen sie 23 447 Stimmen und 22 Anknappungsmandate. — Seit dem Jahre 1909 ist die polnische Bergarbeiterorganisation der Internationale der Bergarbeiter angeschlossen. An Stelle der bisherigen Staffelleistungen von 35, 45 und 55 Pf. wurden solche von 10, 20, 30, 40, 50, 60 und 70 Pf. gesetzt. Einen Klassenbericht, wodurch doch nur allein die Stärke der Mitglieder sich feststellen ließ, beliebt man nicht herauszugeben, was allerdings tief blicken läßt.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Kommunales.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die sozialdemokratische Fraktion ist gestern wieder vollständig geworden durch die Einführung der neu gewählten Stadtverordneten Genosse Boehm und Genosse Mann, die im 11. und im 13. Wahlbezirk für die verstorbenen Stadtverordneten Genosse Voigt und Genosse Singer gewählt sind.

Zur Frage der Neueinteilung der Gemeindewahlbezirke hat der Ausschuss, dem die Vorlage des Magistrats überwiesen war, sich auf den Standpunkt gestellt, daß der Plan für die dritte Abteilung noch in diesem Jahre auszuführen, für die zweite und erste Abteilung die Ausführung noch zu verschieben sei. Dieser Stellungnahme stimmte gestern die Versammlung ohne Debatte zu. Zu beschließen hatte sie nichts, nur eine Meinungsäußerung hatte der Magistrat von ihr hören wollen, bevor er für seinen Meinungsplan die Genehmigung der Regierung nachsuchte.

Die Verhandlungen über das aus dem Ausschuss zurückgekommene Projekt einer Lustbarkeitssteuer, die zum dritten Male auf der Tagesordnung stand, hatten wieder die Tribüne bis auf den letzten Platz gefüllt. Ueber diese Frage, die so große Erregung in der Bevölkerung hervorgerufen hat, wurde diesmal endlich verhandelt, aber zu einer Entscheidung kam es noch nicht. Für den Castellischen Verschleppungsantrag fand sich leider eine Mehrheit zusammen, und die Sache geht nun nochmal an den Ausschuss zurück. Die Debatte, die diesem Beschluß vorausging, nahm nahezu vier Stunden in Anspruch und war zeitweise sehr erregt. Sie wurde eröffnet durch unseren Genossen Heimann, der die sofortige Ablehnung des ganzen Steuerprojekts forderte, weil durch die vom Ausschuss vorgeschlagenen Milderungen selbstverständlich die grundsätzlichen Bedenken nicht beseitigt waren. Gegen die wirkungsvollen Ausführungen unseres Redners wandten sich in gereiztem Tone der Oberbürgermeister Kirchner und mit einem aufgeregten Gerede der Stadt. Sonnenfeld, dessen Rabulistereien wiederholt die Tribüne zu lebhaften Kundgebungen des Mißfallens anreizten. Nicht übel antwortete ihm Stadt. Max Schulz und im weiteren Verlauf der Debatte der Stadtverordnete Ladewig. Nach einer kurzen Bemerkung des Kammerers Steiniger ergriff etwa spät auch Stadtverordneter Cassel das Wort, um Gift und Galle gegen die sozialdemokratische Fraktion zu speien. Beachtenswert, wenn auch längst nicht mehr neu, war seine Erklärung, daß dem Freisinn keine politische Ueberzeugung nicht alle indirekte Steuern verbietet. Mit heftigem Biss quitierte die Tribüne, als Herr Cassel geendet hatte. Ein kräftig Wortlein redete schließlich mit dem Freisinn noch unser Genosse Wille. In persönlicher Bemerkung führte Genosse Manasse Herrn Cassel gebührend ab. Herr Cassel und die Seinen hatten aber nach dieser für sie so wenig glücklichen Redeschlacht wenigstens den Trost, daß ihre Verschleppungstaktik sich durchsetzte. Sie hoffen, daß bis zur Entscheidung der Entrüstungsturm in der Bevölkerung sich gelegt haben wird.

Aus Industrie und Handel.

Der Handelsvertrag zwischen England und Japan setzt Ermäßigungen des neuen japanischen Tarifs zugunsten wichtiger Klassen von Textilfabrikaten fest, die für die britische Industrie von besonderem Interesse sind. Die Zollsätze werden um ein Drittel bis ein Fünftel für die verschiedenen Klassen herabgesetzt. Die Sätze des neuen Zolltarifs für Eisen und Stahlblechplatten werden um zwei Reuntel bis zwei Fünftel, die für Rohseisen um ungefähr ein Sechstel und die für Farben um ungefähr ein Drittel ermäßigt. Der Wert der britischen Einfuhr der genannten Artikel nach Japan beläuft sich auf ungefähr 3 1/2 Millionen Pfund jährlich; die britische Einfuhr beträgt mehr als 80 Proz. der Gesamteinfuhr dieser Artikel. Der Vertrag setzt ferner fest, daß zehn Klassen japanischer Erzeugnisse, wie bisher, zollfrei in Großbritannien zugelassen werden. Die Einfuhr dieser Erzeugnisse hat gegenwärtig einen Wert von 2 150 000 Pfund pro Jahr. Der Vertrag gewährt endlich beiden Ländern gegenseitig das Meistbegünstigungsrecht.

Versammlungen.

Deutscher Buchbinderverband. Eine außerordentliche Generalversammlung der Zahlstelle Berlin beschäftigte sich am Dienstag von neuem mit der Frage der Bezeichnung des ersten Bedienstigtenpostens. Die Ortsverwaltung war dem Beschluß der Generalversammlung vom 16. Februar, Urwahl vorzunehmen, nicht nachgekommen, und zwar, wie G. E. B. namens der Ortsverwaltung erklärte, deswegen nicht, weil schließlich nur ein Kandidat zur Wahl stand. Ein großer Teil der Mitglieder erklarte in dem ganzen Verfahren eine Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts. Der Verbandsvorsitzende Kloth sowie der Verbandssekretär Harder betonten demgegenüber, daß der Verbandsvorstand genau dem Verbandsstatut gemäß gehandelt habe, wonach die Verteilung der Funktionen der Angestellten, die aus der Verbandskasse besoldet werden, vom Verbandsvorstand in Gemeinschaft mit der Ortsverwaltung zu geschehen habe. Das Verbandsstatut habe selbstverständlich über dem Ortsstatut. Gegen diese Ausführungen machte sich eine starke Gegenströmung geltend, was dann schließlich auch in einer Resolution zum Ausdruck kam. — Sodann nahm die Versammlung Stellung zur Kaiserfeier und erklärte sich mit dem in Nr. 81 des „Vorwärts“ veröffentlichten Beschluß der Gewerkschaftskommission und Partei über die Waimarken einverstanden.

Letzte Nachrichten.

Spionageprozess Koch.

Leipzig, 6. April. (B. Z. V.) In dem Spionageprozess vor dem Reichsgericht wurde der Angeklagte Koch zu 2 Jahren 9 Monaten Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Drei Monate Untersuchungshaft wurden angerechnet.

Ländlich — fittlich.

Straubing, 6. April. (B. Z. V.) In Hagen hat der Waldausscher Kämmerer nach kurzem Wortwechsel den Gastwirt Kaschinger erstochen. — In Oberlauterbach wurde der Bauer Scholtmeier bei einer großen Mausei ereschlagen.

Der russische Reichsrat gegen die Juden.

Petersburg, 6. April. (B. Z. V.) Der Reichsrat hat nach Prüfung einzelner Artikel des Gesetzesentwurfes über Gemeindeverwaltung den Artikel, nach dem Juden weder an Gemeindefammlungen teilnehmen noch zu Gemeindevorständen gewählt werden können, angenommen.

gehoben, weil ihr Ertrag im Verhältnis zur Arbeit, die sie machen, zu gering war und sie eine Befreiung des gesamten Substanzums darstellte. Im Augenblick werden sehr ernsthafte Verhandlungen geführt zu dem Zweck, einen Teil der musthafischen Veranlagungen, welche Berlin seinen Ruf als erste musthafische Weltstadt verschafft haben, nach Charlottenburg zu verlegen. (Hört! hört!) Dazu kommt noch die Klippe der königlichen Theater, an der allein schon die Vorlage scheitern muß. Im Ausschuss ist von allen Seiten die Möglichkeit der Besteuerung dieser Theater als Voraussetzung der Steuer erklärt worden. Die königlichen Theater werden ja nominell aus der Kronschatulle in Wirklichkeit aus Mitteln der Allgemeinheit erhalten; sie bedeuten, wenigstens soweit das Schauspielhaus in Betracht kommt, für das Kunstleben Berlins wenig oder gar nichts (Widerpruch). Niemand konnte daran zweifeln, daß die königlichen Theater sich freiwillig der Steuer nicht unterwerfen würden. Ich erinnere nur an die Verhandlungen über die kommunale Wertzuwachssteuer und über die Reichsvermögenswertzuwachssteuer; beide Steuern sind erst zustande gekommen, nachdem die Steuerfreiheit des Fiskus zugestanden war. In den letzten vierzehn Tagen sind zwei Veröffentlichungen erfolgt, die auch dem Mindesten die Augen öffnen müssen, die Briefe des Herrn von Hülsen und des Grafen Kanitz an den Vorsitzenden des Bühnenausschusses Herrn Dr. Wahn; beide Herren sprachen sich aufs schroffste gegen die Steuer aus. Wer jetzt noch behaupten wollte, er sehe noch nicht klar, der hat nicht nur Scheuklappen um, sondern er hat Waite in den Ohren. (Lebhafter sehr wahr!) Es ist eine geradezu ungläubliche Tatsache, daß diese Klärung nicht schon vom Magistrat, sondern durch einen Privatmann herbeigeführt ist. Rein von verschiedenen Seiten unterdrücktes Verlangen an den Magistrat ist im Ausschuss immer wieder abgelehnt worden: es müsse zunächst ein positiver Beschlussesbescheid vorliegen. Jetzt hat ein Brief für 5 Pf. genügt, um die Klärung zu erhalten. Die königlichen Theater in Hannover und Wiesbaden zahlen die Lustbarkeitssteuer auch nicht. Nicht auf dem Wege der Beschwerde, noch auf dem Wege der Klage gegen die für die königlichen Theater maßgebenden Instanzen wird etwas zu erreichen sein.

Wir beantragen bei § 1
namentliche Abstimmung;
Ich bitte Sie, das einzig Richtige zu tun, was in dieser verfahrenen Situation überhaupt noch getan werden kann, nämlich die Vorlage mit möglichst großer Mehrheit abzulehnen (Beifall und Lachen). Der Antrag Cassel ist lediglich ein Verlegenheitsantrag, der auf eine Verschleppung hinausläuft. Man muß jetzt endlich den Mut haben, ja oder nein zu sagen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Oberbürgermeister Kirchner: Sollen oder nie hat es eine Agitation gegeben, die fast in keinem Verhältnis zur Sache stand, wie bei dieser Gelegenheit; es sind selten oder nie so viele und so festgehaltene Irrtümer vorgekommen als hier. (Zustimmung und Widerspruch.) Soll wirklich das Verlangen völlig unterjocht werden? Glauben Sie wirklich, daß es den Unternehmern nicht möglich sein sollte, die Steuern abzumägen auf die für die sie gemeint ist, die die Lustbarkeit genießen? (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wer 1 R. für sein Vergnügen zahlen will, wird auch 1,10 R. bezahlen. (Widerpruch.) Sehen Sie sich doch an, was die Leute, die dort verkehren, neben dem Entree ausgeben. (Widerpruch und Zustimmung.) Allerdings soll man die Steuer nicht ohne Grund einführen. Ich gehöre zu den Personen, die in bezug der königlichen Theater Scheuklappen tragen und noch immer nicht eine bestimmte Stellungnahme aus dem erwähnten Schreiben heraus erkennen. Es handelt sich nicht um Vorrechte der Krone, es handelt sich um eine Steuer, die nicht von den Unternehmern, sondern von den Besuchern erhoben wird, und es fragt sich nur, ob der Unternehmer dazu beifällig sein will oder nicht. Für die Ehre, für das Interesse der Stadt" erjudierte der Vorredner die Verammlung, seine weitere Blamage auf sich zu nehmen. Für die Ehre und das Interesse der Stadt treten wir alle ein; durch Ausdrücke wie „Blamage" wird sich niemand abhalten lassen, das zu tun, was er für richtig hält. (Beifall.)

Stadtv. Sonnenfeld (R. L.): „Wer schimpft, hat Unrecht" — diese Erfahrung müssen wir fogar mit dem sonst so konzilianten Kollegen Heimann machen. Mit unserem Antrag geben wir ja gerade seinem Wunsch um Klarstellung der Frage der königlichen Theater nach. Warum also seine Erregung? (Rufe: Ja spall!) Der Brief des Grafen Kanitz läßt sehr wohl eine andere Auslegung zu. Mit der Steuer soll ja nicht der Unternehmer, sondern der Besucher getroffen werden. Wissenschaftliche und belehrende Veranstaltungen wollen auch wir nicht besteuern, wenn sie sich nicht als Lustbarkeiten qualifizieren. Eine Abwanderung aus den teureren Blöden der Theater auf die billigeren wird nicht stattfinden. Von einer Abwanderung der Musikveranstaltungen nach Charlottenburg ist doch nichts zu besorgen. Auch die Gastwirte, deren Ruin Herr Heimann voraussetzt, trifft die Steuer nicht, denn die Platz- und Raumsteuer haben wir ja befreit. Wir wollen ja auch die Kinos erst von 40, die Konzerte erst von 75 Pf. ab besteuern; es sind das die Anträge des Herrn Heimann und seiner Freunde im Ausschuss, von denen sie jetzt plötzlich nicht mehr wissen wollen! Das beweist, daß es ihnen bloß um Agitation zu tun ist. (Stürmischer Widerspruch; Beifall und Rufen.)

Stadtv. Max Schulz (R. L.): Ich möchte den Vorwurf der Verschleppung denen zurückgeben, die jetzt diese Amendements stellen, weil sie nicht wissen, wie sie aus der verfahrenen Situation herauskommen sollen. Der Brief des Grafen Kanitz ist rite eine Abgabe. Mit der Subsidiarsteuer für Platz und Raum wirkt die Vorlage eben viel schlimmer als die ursprüngliche; der „Clou" hätte 41 000 R. Steuer zu zahlen. Der Gastwirt hat die Tabak-, Bier- und Branntweinsteuer-Erhöhung bei der Reichsfinanzreform nicht abwählen können; so wird es ihm auch mit der Lustbarkeitssteuer gehen. Die Presse hat einmütig gegen diese

Kulturfeindliche, rassistische, ungeredete, inhumane Steuer protestiert. Mit der Besteuerung wissenschaftlicher Vorträge hat Herr Heimann durchaus recht; sie ist in § 1 ausdrücklich vorgeschrieben. Man wolle wohl auch hinter den Kulissen treiben, die Steuer vielleicht als Kompensation bei dem uns

aufzuhaltenden Anlauf des Opernhauses benutzen. (Hört! hört!) Die Besteuerung der Kinos, die immer mehr Bildungszwecken dienen, wäre eine Erdbebensteuer; und durch Steuern hat man noch nie die Stillstände gehoben.

Oberbürgermeister Kirchner: Die Bedeutung des Vorredners von Gegenleistungen einbezieht jeder tatfähigen Grundlage.

Stadtv. Adre (R. L.): Der Vorgang der Debatte rechtfertigt durchaus auch sachlich die Zurückverweisung an den Ausschuss.

Stadtv. Ladewig (R. L.): Ich bitte Sie den Ausführungen Heimanns an und tritt dem Oberbürgermeister entgegen. Der Ausschuss habe längst Kenntnis von der Stellung der königlichen Theater. Man solle, wenn diese verhängnisvolle Steuer durchgehe, Sommerfeld und Södeland, diesen Förderern der Idee, ein Denkmal errichten, denn sie hätten es redlich verdient, öffentlich ausgedehnt zu werden. (Heiterkeit und Gelächter.)

Stadtv. Deutsch (soz. fortschr.) tritt namens der Mehrheit seiner Freunde für glatte Ablehnung ein.
Räumlicher Dr. Steiniger: Wir haben nichts zu verschonen. Die Situation ist durchaus ernst. Das Ergebnis der staatlichen Einkommensteuer für 1910 rechtfertigt unsere Voraussetzungen bei der Staatsfestsetzung nicht. Bei den 100 Proz. wollen Sie doch stehen bleiben. Wir wäre erwünscht, wenn schon heute oder doch möglichst bald die Steuer glatt angenommen würde.
Stadtv. Cassel (R. L.): Herr Deutsch lehrt sich heute in direktem Widerspruch mit seinem früheren Fraktionskollegen Preuß. Ich unterschreibe völlig, was mein Freund Sonnenfeld ausgeführt hat. In der Presse und in der Öffentlichkeit hat man die Vorlage als Ver Cassel bezeichnet. Ich muß das ablehnen. Herrn Manasse hat es gefallen, mich als den ungekrönten König von Berlin zu bezeichnen; gegen einen solchen Versuch der Diskreditierung meiner Fraktion protestiere ich energisch als gegen eine Verleumdung meiner Kollegen. Unserem politischen Programm widerspricht die

Annahme einer Lustbarkeitssteuer insofern, daß Wiederholte ausdrücklich: wir wollen die Steuer nicht erheben, bevor die Erklärung der königlichen Theater vorliegt, daß sie sich der Steuer unterwerfen. In der nochmaligen Ausschussberatung sollen die aufgetauchten Rechtsbedenken und die Frage weiterer Ermäßigungen geprüft werden. Lehnen Sie heute die Steuer ab, so wird alsbald eine noch viel lebhaftere Agitation für die Steuer einleiten (Gelächter und Zustimmung). Wir weichen keinem Einschüchterungsversuch und werden stimmen, wie wir es im Interesse Berlins für nötig halten. (Beifall und Rufen.)

Stadtv. Rosenow (R. L.) lehnt auch seinerseits die Zurückverweisung ab. Der Magistrat habe Zeit genug gehabt, die Stellungnahme der königlichen Theater zu erkunden. Die Sache sei spruchreif.

Stadtv. Wille (Soz.): Auf die Frage des Herrn Oberbürgermeisters, ob wohl eine solche Agitation entfallen worden ist um nichts, weil doch die größten Gärten ausgemergelt worden seien, muß ich antworten, daß ganz besonders die interessierten Kreise durch die Junkergesellschaft, den schwarzen-blauen Bloß, derartig geschrippt worden sind, daß schon die Andeutung einer neuen Schröpfung ohne jede Agitation ganz von selbst die Empörung aus dem Boden herauswachsen ließ. Den Kollegen Sonnenfeld habe ich heute laum wiedererkannt. Im Ausschuss war er durchwegs gegen ein Zugeständnis an die freie Volkshöhne bei eigenem Theaterbau. Wenn Sie in Zukunft den Namen „Stiefväter" erben wollen, dann nehmen Sie die Vorlage an. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Sonnenfeld bestrittet, daß der Vorredner richtig referiert hat. Es sei auch nicht richtig, daß die Grundbesitzervereine gegen die Steuer seien.

Damit schließt die Diskussion.
Persönlich verwehrt sich Stadtv. Manasse (Soz.) dagegen, daß Stadtv. Cassel gegen ihn so schweres Geschick aufgeführt hat. Herr Cassel mache von den Königen eine Ausnahme, er sei so bescheiden, daß er von seinem Königstum gar nichts wisse. (Heiterkeit.) Die 68 Mann hinter Cassel seien eine Macht — (Vorsteher Michellet lacht wiederholt und erklärt schließlich, daß der Stadtv. Manasse nicht mehr das Wort hat.)

Stadtv. Cassel behält sich das Recht vor, zu kritisieren, was Manasse außerhalb des Saales sage.

Stadtv. Södeland protestiert, wie schon vorher Sonnenfeld, gegen die Prostitution Ladewigs.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Cassel auf

Zurückverweisung mit 63 gegen 57 Stimmen angenommen.

Am 1. Juli 1911 läuft der Vertrag mit dem Verlagsbuchhändler Cronbach über die Pachtung der Reklameflächen der Kranien ab. Der Magistrat wird den gemeinschaftlichen Bieter Kaufmann Rosenbaum in Varnem und Architekt Rosenwald in Wilmerdorf für das Gebot von 45 000 R. jährlich auf 5 Jahre den Zuschlag erteilen. Etwas größere Veränderungen im Uhr- und Meteorographenbetriebe haben die Bieter auf ihre Kosten vorzunehmen, sie dürfen auch keine Automaten in den Säulen anbringen; ferner wird ihnen eine Kaution von 20 000 R. anverlegt.

Auf Antrag des Stadtv. Hoffmann (Soz.), dem sich Stadtv. Rosenow (R. L.) anschließt, wird der Antrag an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern verwiesen, der noch heute gewählt wird. Schluß gegen 10 Uhr.

Jugendbewegung.

Ein Schlag ins Wasser.

In Oberschöneweide bei Berlin besteht seit längerer Zeit ein Verein „Jugendheim", dessen Bestreben dahin geht, die heranwachsende Jugend durch geeignete Ausflugsräume vor den Gefahren des Anstrebens zu schützen und die in ihrem Wissen vorhandenen Lücken durch belehrende Vorträge auszufüllen. Also eminent politische Dinge, die den Amtsvorsteher veranlassen, schleunigst die Auflösung des Vereins zu dekretieren. Dem Genossen Ruch ist als angeblichem Leiter des Vereins eine Verfügung des Amtsvorstehers zugegangen, wonach der Verein als aufgelöst zu betrachten ist. Als Grund zu dieser Maßnahme wird angegeben, daß nach dem Verlaufe der letzten vom Verein veranstalteten Versammlung der politische Charakter desselben erwiesen sei; der Vortrag des Referenten Eichhorn über: „Bürgerliche und proletarische Jugendbewegung" sowie ein in der Versammlung verbreitetes Flugblatt ließen dies unzweifelhaft erkennen. Da nun jugendliche Personen unter 18 Jahren nicht Mitglieder solcher Vereine sein dürfen, dieser Verein aber in der Hauptsache aus Personen unter 18 Jahren bestehe, müsse seine Auflösung erfolgen.

In dem üblichen Eifer, die Jugend vor der drohenden Gefahr zu schützen, sind dem Herrn Amtsvorsteher leider einige Unrichtigkeiten unterlaufen. Denn einmal ist Genosse Ruch nicht Leiter des Vereins und zum andern gehört dem Verein „Jugendheim" nicht ein einziges Mitglied unter 18 Jahren an. Man sollte ja eigentlich annehmen, daß eine königlich preussische Behörde vor einer solchen Aktion sich über den Arbeitsstand vergewissert, damit nicht zur Blamage noch der Spott kommt. Der Verein „Jugendheim" wird also auch nach der ungeschicklichen Verfügung seine segensreiche Tätigkeit im Interesse der heranwachsenden Jugend ausüben. Möge das behördliche Vorgehen dazu dienen, ihm neue Mitglieder in großer Zahl zuzuführen, damit mehr wie bisher der Sache der Arbeiterjugend gedient werden kann.

Aus aller Welt.

Geflickte Panzerplatten.

Aus New York wird uns geschrieben: Aus der Landeshauptstadt Washington kommt eine Enthüllung, die ein würdiges Gegenstück zu den berühmten „geflickten Schienen" bildet und zu der Ueberdortstellung Deutschlands durch das Panzerplattenmonopol. Seit Jahren wurde die amerikanische Marineverwaltung vom Stahltrust bei Lieferungen übers Ohr gehauen und seit Jahren von der Weichlechem Steel Co. mit geflickten Panzerplatten, mit schlechten Geschossen und mangelhaften Geschützteilen betrogen.

An die Öffentlichkeit gebracht wurden diese sensationellen Dinge durch das Kongressmitglied Stausley aus Kentucky, und Stanley legte zur Bekräftigung seiner Angaben eine solche Fülle Material vor, daß alle eventuellen Ablehnungs- oder Vertuschungsversuche der schuldbehafteten Regierungskreise bedeutungslos bleiben müssen. Unter anderem lieferte Stanley den Nachweis, daß der Stahltrust und seine Vorgänger ihr Panzerplattenmonopol in der schamlossten Weise ausgenutzt haben und an Rußland Panzerplatten für 249 Dollar per Tonne lieferten, von der amerikanischen Regierung sich aber 540 Dollar per Tonne zahlen ließen. Auch jetzt noch müssen die Vereinigten Staaten den Patrioten 420 Dollar per Tonne bezahlen, während das Ausland Panzerplatten zu weit niedrigeren Preisen bezieht. Aber so kennzeichnend diese Dinge für die selbstlose vaterländische Gesinnung unserer Kapitalisten auch sind, so reichen sie doch noch nicht entfernt an die Schwindereien heran, die durch den Abgeordneten Stanley ans Tageslicht gezogen worden sind.

Panzerplatten, Gussstücke für Lafetten, Panzertürme usw. wurden, wenn Gussfehler entdeckt wurden, nachgeschliffen, durch Hämmern bearbeitet oder auf andere Weise „behandelt", bis die Fehler nicht mehr sichtbar waren. Sonderbarerweise haben die staat-

lichen Inspektoren von den betrügerischen Manipulationen bei der Abnahme der Lieferungen nie etwas gemerkt. Es ist keineswegs das erste Mal, daß sich solche Dinge ereignen. Die geflickten Panzerplatten reifen sich den verdorbenen Konservern, mit denen während des spanisch-amerikanischen Krieges mehr Soldaten getötet wurden, als die spanischen Geschosse dahinkraffen, würdig an.

„Frühling wird es wieder."

Der Wettersturz, der in den letzten Tagen die schon vielfach zur Schau getragenen Frühjahrsstilleiten wieder von der Wüßflache legte, hat nicht nur den rauheren Norden betroffen, sondern bis weit in den sonnigen Süden hinein Unheil und Verheerung angerichtet. Aus Turin wird gemeldet, daß in Norditalien starkes Schneegestöber und strenge Kälte herrscht. — Weite Teile Ungarns wurden von einem fürchterlichen Schneesturm heimgesucht. Von vielen Häusern wurden die Dächer abgerissen. Ein Bauer wurde auf der Landstraße vom Schneesturm überrollt und später erfroren aufgefunden. In ganz Frankreich herrscht starke Kälte und lebhaftes Schneetreiben. In Paris sind letzte Nacht zwei Personen erfroren. In Marseille ist die Schifffahrt infolge Schneetreibens gefährdet. Aus den französischen Provinzen laufen sorgfältig Meldungen über die strenge Kälte ein. Im Jura und in den Sebnenn haben die Obstbäume starken Schaden gelitten. In vielen Ortshäfen ist die Bevölkerung durch die niedergegangenen Schneemassen vollständig von der Außenwelt abgeschnitten. In Boulogne sind zwei Personen der Kälte erlegen. — Auch in England herrscht starkes Schneegestöber. Die Temperatur ist sehr erheblich gesunken. In der Grafschaft Kent beträgt die Höhe der Schneedecke 40 Zentimeter.

Kleine Notizen.

Bergmannstod. Auf dem Schacht „Wendel" in der Nähe von Saarbrücken wurden drei Bergleute von niedergehenden Gesteinsmassen verschüttet. Die Verunglückten wurden als Leichen geborgen.

Amerikanische Wahlen. Nach einer Meldung aus New York soll ein hochgeachteter Beamter des Fleischtrustes in einem Wahllokale arg kompromittiert sein. Er soll 100 000 Dollar für die Bekämpfung von Mitgliedern der Legislatur von Illinois aufgebracht haben.

Die Pest auf Java. Nach amtlicher Meldung sind am Mittwoch auf Java vier Erkrankungen und drei Todesfälle an Pest, sowie zahlreiche Fälle von Fiebererkrankungen vorgekommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Dienstage 69, von vier bis sechs Uhr abends, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Suchzettel und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

J. 2. 45. Sie sind Ritterin, wenn dem nicht testamentarische Bestimmungen entgegenstehen. — G. R. 29. 1. und 2. Sie sind nach dem vorstehenden Stiefvater nicht erbberichtig. — W. 2. 62. Die Gebühren werden nicht nach Prozentsätzen berechnet. Die Rechtsgebühren, die der Notar vorgenommen hat, sind für die Gebührenberechnung maßgebend. — W. 100. Dazu ist Erlaubnis der Ortspolizeibehörde erforderlich. — Gebührensachen 666. Dagegen können Sie nichts tun. — W. 2. 67. Rein. — G. R. 100. Rein. — Rief-Vorstadt. Rein. — W. 52. Die Gemeinde. — W. G. Oberschöneweide. Die Klage erscheint nach der neueren Rechtsprechung durchführbar. Zuständig ist das Amtsgericht. — R. 2. 1711. Ja. — Einbürger. 1. Nur dann, wenn ein Dispens seitens des Reichsministers erfolgt. 2. Bei Ihrer etwaigen Vernehmung können Sie sich dagegen erklären. — St. 85. Dienstboten unterliegen nicht der Krankenversicherungspflicht. — D. 100. 1. Auch für Konfessionslose und Dissidenten gilt die gesetzlich vorgeschriebene Eheschließung. 2. Rein. — A. D. 39. 1. Ja, ausschließlich Eherecht. 2. Nur dann, wenn versprochen. — W. R. 15. Mit Ihrer Beurteilung erfolgt, so sind Sie zur Tragung der Kosten verpflichtet. — G. R. 295. Sie sind an die Verurteilung gebunden. — R. G. 4120. Reklamieren Sie, falls das Reineinkommen aus dem Geschäft nicht mehr als 1500 R. jährlich beträgt. — G. G. 39. 1. Die Verurteilung kann auch später erfolgen. 2. Versuchen Sie es. — Konfirm.: Unter. Rein. — 29 G. Eine dahingehende Bestimmung ist nicht zu befechten. — Traude 1911. Ja. Wenden Sie sich an das Konsulat.

Marktpreise von Berlin am 5. April 1911, nach Ermittlung des königlichen Polizeipräsidiums. Marktpreise (Rheinland). 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Sojabohnen, weiße 30,00—50,00. Vindeln 20,00—60,00. Kartoffeln 5,00—9,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,30. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20—1,90. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,40—2,30. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 3,00—4,40. 1 Kilogramm Rindfleisch 1,20—2,40. Kalb 1,60—3,00. Lamm 1,40—3,60. Hühner 1,30 bis 2,50. Barische 0,80—2,00. Schale 1,40—3,40. Mehl 0,80—1,60. 60 Stück Stroh 4,00—28,00.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am	let	Wasserstand	am	let
Hemel, Mühl	514	+2	Saale, Prochla	153	+3
Bregel, Zuhöring	131	-14	Gabel, Spandau	126	-3
Beichel, Thoen	340	+30	Saale, Rathenow	173	-4
Oder, Rathor	337	-14	Edes, Spremberg	123	-4
Krofen	238	+7	Bestom	181	-3
Frankfurt	255	+8	Weser, Minden	-3	-4
Weser, Minden	148	-6	Rhein, Maximiliansau	423	+20
Landberg	206	-4	Rhein, Bonn	239	0
Rega, Verbaum	93	-9	Rhein, Köln	278	-4
Elbe, Leinmetz	162	-6	Rhein, Wehrheim	130	-10
Preßden	58	-6	Rhein, Wehrheim	135	-
Harbo	326	+6			
Wagdeburg	270	+8			

+) + bedeutet Hoch, — Fall, — ?) Unterbreit.

Unsere Bekleidungs-
Albert Sczillinski nebst Frau
zur Silberhochzeit die
besten Glückwünsche.
Die Genossen des 67. Bezirks,
2. Kreis.

Unsere Kollegen
Albert Sczillinski nebst Frau
zur Silberhochzeit die
besten Glückwünsche.
Die Ortsverwaltung
des Verbandes der Tapezierer.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
unvergesslichen lieben Vaters
Gustav Simund
sage ich allen Bekannten und Kollegen
meinen herzlichsten Dank.
Klara Simund geb. Schmitt.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die Kranzsenden bei
der Beerdigung meines lieben, un-
vergesslichen Vaters, des Sattlers
Robert Rautenberg
sagen mir allen, welche ihm die letzte
Ehre erwiesen haben, unseren herz-
lichsten Dank.
1888
Edw. Rautenberg nebst Sünden.

Reste
Damenmode, schwarz und
farbig, Kostüm-Stoffe, neueste
Muster, Trikots, Stoffe, Weiden-
rücken, Wammes, Seide etc.

Konfektion
Paletots, Jackets, Regen-
mäntel, Kostüme und Kostüm-
stücke in grosser Auswahl.

C. PELZ
Kottbuserstr. 5.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.

Sonntag, den 9. April 1911, vormittags 10¹/₂ Uhr:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

in Dräsel's Festsälen, Neue Friedrichstr. 35.

Tages-Ordnung:

1. Situationsbericht über den jetzigen Stand der Arbeitsgelegenheit nach der Bautenkontrolle vom 21. März d. J. und Beschlussfassung über die Regelung des Abschlagslohnes. 2. Verschiedenes.

Es ist unbedingte Pflicht jedes einzelnen Mitgliedes, pünktlich zu dieser Versammlung zu erscheinen. Die örtliche Verwaltung.

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 9. April, abends 7 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27 a:

Vortrag des Schriftstellers Kurt Feinig: „Die Entwicklung Deutschlands in den letzten 40 Jahren“. Nachdem: Gemütliches Beisammeln und Tanz. Eintritt 20 Pf., Garderobe frei.

Donnerstag, den 13. April, abends 7¹/₂ Uhr, im Schuffstol, Grenadierstr. 37:

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, der Revision und des Bezugslegitimus. 2. Wahl zweier Revisionen. 3. Anträge. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. — Beiträge müssen bezahlt werden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Col L. Amt 3, 1239. Charitestraße 3. Col III. Amt 3, 1997

Sonntag, den 9. April, vormittags 9¹/₂ Uhr, in den Borussia-Sälen, Alterstr. 6/7:

Branchen-Versammlung der Fahrstuhl-Monteur und Helfer.

Tages-Ordnung:

1. Bericht. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Wegen der außerordentlichen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher in diesen Betrieben Beschäftigter unbedingt erforderlich.

Sonntag, den 9. April, vormittags 10 Uhr, im Lokal von A. Hoffmann, Dragonerstr. 15:

Branchen-Versammlung der Schmiede, Kesselschmiede und autogenischen Schweißer.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht der Kommission. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Kommission. 4. Verschiedenes. — Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Sonntag, den 9. April, vorm. 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c, großer Saal:

Branchen-Versammlung aller in der Metallindustrie besch. Maschinenarbeiter u. Arbeiterinnen.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht der Branchenleitung. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Branchenleitung. 4. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Da diese Versammlung die wichtigste des Jahres ist, sind alle in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen, ferner die in den Betrieben der Metallindustrie beschäftigten Schmiedearbeiter, an Hochpressen und Stokmerken Beschäftigte, ferner alle an Maschinen tätigen Arbeiterinnen freundlichst eingeladen.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8¹/₂ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel- ufer 14/15, Saal 4 (Arbeitslokal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung!

Lehrlinge u. jugendliche Arbeiter der Holzindustrie!

Sonntagvormittag von 3-8 Uhr abends ist der Arbeitslokal im Gewerkschaftshause, Engel- ufer 14/15, als Vereinslokal für die Beleglinge und jugendlichen Arbeiter geöffnet. Sämtliche Bücher und Zeitschriften der Jugendbibliothek liegen zur freien Benutzung aus.

Die Berufungsvertrauensleute werden gebeten, die Lehrlinge auf den Besuch des Besessenen aufmerksam zu machen.

Der Hausfrau Stolz!



Idealster Fensterputz ges. gesch. Spart Zeit, Geld und Arbeit. Kein Putzleder, Eimer und Schwamm mehr nötig. Kein Fasern und Schmierens. Fenster und Spiegel werden, unabhängig von jeder Witterung, blitzschnell sauber. Preis 10 Pfennig

Idealster Metallputz ges. gesch. Sauber, sparsam. Macht Putzlappen nicht schmierig. Reinigt, ohne anzugreifen, alle Metalle blitzblank und schnell. Preis 20 Pfennig

„MA-KE-HE“ darf in keinem Haushalt fehlen. Allein-Fabrikanten: MA-KE-HE Ges. m. b. H., Leipzig, Tel. 707. Erhältlich in den einschlägigen Geschäften.



Generalvertreter: Franz Ansin, Schäferstr. 2. Grossolager b. Theodor Teichgräber, Camphausenstr. 26. Grossolager bei M. Neumann, Stallschreiberstr. 63.

„Frisch auf“ Fahrräder

mit dem Patent-Rapscigelebe D. R. P. 100 508

Nähmaschinen, Wasch- und Wringmaschinen

sowie sämtliche Radfahrer-Bedarfsartikel empfiehlt die

Einkaufsgenossenschaft d. Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität“

Verkauf an jedermann.

Fahrrad-Haus „Frisch auf“

Sitz Offenbach a. M.

Geschäftsstelle für den Gau 9 (Provinz Brandenburg): Berlin, Brunnenstr. 35.

Filiale: Kottbuser Str. 9.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse der Lederzurichter Berlins (E. H. No. 50).

Sonntag, den 16. April (Ostersonntag), vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel- ufer 15, Saal II:

Generalversammlung.

T.-O.: 1. Rechnungslegung vom ersten Quartal 1911. 2. Geschäftliches. Der Vorstand. 11089

J. H.: Gustav Basse, Bork cher.



Touren

zum Sonntag, den 9. April:

1. Abt.: 8 Uhr: Saarumund 1 Uhr: Kowamek. Start: Sülzstr. 58.
2. Abt.: 10 und 1 Uhr: Papenberg (Dona). Start: Schönleinstr. 6.
3. Abt.: 1 Uhr: Eichwalde (Sons- such). Start: Lausitzer Platz 12.
4. Abt.: Fahren die Touren der Versammlungen wegen aus.
5. Abt.: 1¹/₂ Uhr: Rüggeheim. Start: Elbfium.
6. Abt.: 8 Uhr: Berliner Schweiz (Wärner). 1¹/₂ Uhr: Adlershof (Wald- feld). Start: Oberberger Str. 28.
7. Abt.: 8 Uhr: Ranke. 1¹/₂ Uhr: Schönwalde. Start: Ködliner Str. 8.
8. Abt.: 7 Uhr: Velten. 1¹/₂ Uhr: Birkenwerder (Paradiesgarten). Start: Waldstr. 8.
9. Abt.: 1¹/₂ Uhr: Tobammisthal (Schulz). Start: Schillingstr. 22.
11. Abt. (Sektion der Gewerkschaften): Am 12. 8 Uhr: Sielensee. Start: Verbandshaus.

Am 13. Samariterstiftung 9 Uhr bei Lehmann, Stralauer Straße 3.

Dichtenberg und Umgegend.

Abteilung Dichtenberg und Jugend- abteilung: 9 Uhr: Birkenwerder (Pa- radiesgarten). Start: Wackerstr. 74. Abt. Friedrichshagen: 1 Uhr: Küber- dorf (Weselschaltshaus). Start: Ber- liner Straße 98. Abteil. Himmelsburg-Vorhagen: 8 Uhr: Preienwalde. Start: Gürtner- platz. 10/14

Kranken- u. Sterbekasse Nr. 6.

General-Versammlung

im Kassenlokal, Landbergerstr. 89. Tagesordnung: 1. Statutenänderung. 2. Verschiedenes. 200/12

Tischlerverein, E. H. 89.

Sonntag, den 9. April, abends 8¹/₂ Uhr, Melchiorstr. 15:

General-Versammlung.

Tagesordnung: Bericht vom ersten Quartal 1911. — Kassenangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreichen Besuch erwartet. 198/3 Der Vorstand.

Für Ausflügler

empfehlen wir:

Kiehlings Wanderbuch für die Mark Brandenburg

3 Teile, mit 58 Karten. Erster Teil: Nähere Umgebung Berlins. Preis 1,50 M. Zweiter Teil: Weitere Umgebung Berlins, westliche Hälfte Preis 2 M. Dritter Teil: Weitere Umgebung Berlins, östliche Hälfte Preis 2,50 M.

Kiehlings Taschenatlas der Um- gebung Berlins, mit 100 Aus- sichten geb. 2.— M.

Straubes Märkisches Wanderbuch, 4 Teile, mit 76 Karten je 1.— M.

Silva, Märkischer Wander- Atlas, mit 16 Karten, kart. 1.— M. mit 22 Karten geb. 1,50 M.

Lüders Wanderbücher durch die Mark Brandenburg

I. Teil: Stettiner, Wrlzener, Oßbahn. II. Teil: Schleißig, Gölitz, Dres- dener Bahn. 6 farbig, je 1.— M.

Spezialkarten in reicher Auswahl und in allen Preislagen vorrätig.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Millionen Umsätze

macht in Berlin nur Deutschlands allergrößtes Kredit-Institut

B-FEDER

Brunnen-Strasse 1
Frankfurter Allee 89
Kottbuser Damm 103

KREDIT

mit jeder nur annehmbaren Anzahlung

Drei Man muss

meine Auswahl gesehen haben, um sich ein Urteil von der Größe meines Unternehmens bilden zu können.

Damen - Konfektion

Eigene Ateliers für Massanfertigung

Kostüme, engl. u. schwarze Paletots, Mäntel, Ulster Kimonos, Staub-Mäntel, Jackots, Gelf-Jacken Kostümröcke, Blusen in Batist, Tüll, Spitze u. Seide Kleider in Wolle, Voile, Fouaird, Batist und Leinen Gummi-Mäntel, Lodenpelzinnen, Bozener Mäntel usw.

Jackenkleider in Basteide

Neu! Neu! Damen-Hüte Neu!

Runde und eleg. Frauen-Toques, mod. Glocken-Formen Aufgeschl. Rund-u. Blumenhüte, Backflsch u. Kinderhüte Eleg. Federhüte, einzelne Pleureusen Englische Hüte vom einfachsten bis zum eleg. Genre

Schuhwaren

Herren - Konfektion

in den neuesten Farben und Dessins

Jackett-Anzüge, ein- und zweireihig, Glocken-Fasern Rock-, Gehrock-Anzüge in streng modernen Fassons Paletots und Ulster ein- und zwei- reihiges Fasson Gummi-Mäntel, Wetter-Mäntel, (sogen. Bozer-Mäntel) Loden-Pelzinnen, Hosen, einzelne Westen, Joppen etc.

Burschen- u. Knaben-Garderobe

Backfisch- u. Mädchen-Garderobe

10% der-einstet Anzahlung erhält ein Jeder sofort gutgeschrieben der sich nach geschlossnem Einkauf auf dies. Invoicet bezieht. 10%

Ohne jede Anzahlung

Pianos

erstklassiges Fabrikat (Ormal prämiert Staats- medaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle. (Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisanschlag. Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie. Berlin, Ansbacher Str. 1. Ecke Karlsruherstr. Tel. Charl. 10410. Auch Sonntags geöffnet.



Herstellung zu haben in Tolen & 10 und 20 Pf. Fabrik: Lubaszanski & Co., Berlin-Nichtenberg.

„Silesia-Bad“

Schlesische Str. 31 Alle Arten medizinische Bäder. Lieferant aller Kassen.



A. WERTHEIM

G. M. B. H.

LEIPZIGER STR. 132-37 am Leipziger Platz

ROSENTHALER STR.

ORANIEN-STRASSE



Freitag u. Sonnabend
soweit vorhanden

Konserven

Freitag u. Sonnabend
soweit vorhanden

Stangenspargel ^{extrastark} 1.55, ^{1/2 Dose} 83 Pf.
 Stangenspargel I ^{1/2 D.} 1.45, ^{1/2 D.} 78 Pf.
 Stangenspargel III ^{1/2 D.} 1.15, ^{1/2 D.} 63 Pf.
 Riesenbruchspargel ^{1/2 Dose} 1.45
 Bruchspargel I ^{1/2 Dose} 1.15, ^{ohne Köpfe} 55 Pf.
 Kaiserschoten ^{1/2 Dose} 58 Pf.
 Junge Schoten ^{extrafein} 88, ^{1/2 D.} 50 Pf.
 Junge Schoten I ^{1/2 Dose} 75, ^{1/2 D.} 43 Pf.
 Junge Schoten III ^{1/2 Dose} 45 Pf.
 Schoten u. Karotten ^{1/2 Dose} 58 Pf.
 Karotten geschnitten ^{1/2 Dose} 24 Pf.

Schnittbohnen ^{1/2 Dose} 24 Pf.
 Wirsingkohl ^{1/2 Dose} 28 Pf.
 Kohlrabi in Scheiben ^{1/2 Dose} 27 Pf.
 Teltower Rüben ^{1/2 Dose} 55 Pf.
 Stangen-, Schnitt- u. Brechbohnen la ^{1/2 Dose} 42 Pf.
 Wachsbohnen ^{1/2 Dose} 38 Pf.
 Gemischtes Gemüse ^{(frz. Mischung) 1/2 Dose} 1.35
 Gemischtes Gemüse ^{1/2 Dose} 48, 60 Pf.
 Grünkohl ^{1/2 Dose} 32 Pf.
 Spinat ^{1/2 Dose} 38 Pf.

Pfefferlinge ^{1/2 Dose} 48 Pf.
 Morcheln ^{1/2 Dose} 1.10, ^{1/2 Dose} 60 Pf.
 Champignons ^{1/2 Dose} 1.45
 Saure Kirschen mit Steinen ^{1/2 Dose} 35 Pf.
 Erdbeeren ^{1/2 Dose} 88 Pf., ^{1/2 Dose} 50 Pf.
 Himbeeren ^{1/2 Dose} 1.10
 Melange Früchte ^{1/2 Dose} 85 Pf.
 Apfelmus ^{1/2 Dose} 55 Pf.
 Stachelbeeren ^{1/2 Dose} 55 Pf.
 Pflaumen ^{1/2 Dose} 40 Pf.
 Rhein. Kraut ^{1 Pfund Dose} 42, ^{2 Pfund Dose} 78 Pf.

Gem. Marmelade ^{Dose ca. 2 Pfd., ca. 5 1/2 Pfd., ca. 10 Pfd.} 55 Pf., 1.25, 2.30
 Hagebutten-Marmelade ^{1 Pfd. Glas 2 Pfd. Dose} 75 Pf., 1.40
 Bratheringe ^{Dose} 40 Pf.
 Forellenheringe ^{Dose} 48 Pf.
 Delikatess-Heringe ^{Dose} 48, 72 Pf.
 Neunaugen ^{Dose, 6 Stück Inhalt} 88 Pf.
 Hummer ^{Dose} 2.35
 Oelsardinen ^{Dose} 38, 48, 62 Pf.
 Oelsardinen ^{Spezialmarke 1/2 Dose 1/4 Dose 1/2 Dose} 75 Pf., 1.30, 2.50

Pfirsiche halbe Frucht, geschält ^{1/2 Dose} 58 Pf.
 Preisselbeeren ^{1/2 Dose} 65 Pf., ^{2/3 Dose} 1.15, ^{3/4 Dose} 2.90

Marmelade verschiedene Fruchtarten Topf 28 Pf.
 Rote Rüben ^{1/2 Dose} 32 Pf., ^{1/2 Dose} 1.20

Bismarckheringe ^{Dose} 40, ^{Heringe in Gelee} 25 Pf.
 Gewürzgurken ^{Glas} 48 Pf.

Kolonialwaren

Gemischt. Backobst ^{Pfd.} 30, 38, 48 Pf.
 Pflaumen ^{Pfund} 22, 33, 43 Pf.
 Entsteinte Pflaumen ^{Pfd.} 50 Pf.
 Kaliforn. Birnen ^{Pfd.} 60, 68, 76 Pf.
 Kaliforn. Pfirsiche ^{Pfd.} 42, 50, 60 Pf.
 Kaliforn. Aprikosen ^{Pfd.} 76, 85 Pf.
 Saure Kirschen ^{Pfd.} 40 Pf.
 Amerikan. Ringäpfel ^{Pfund} 70 Pf.

Budapester Mehl ^{Pfund} 26 Pf.
 Feinstes Kaiser-Auszugmehl ^{Pfd.} 19 Pf.
 Weizenmehl 000 ^{Pfd.} 17 Pf.
 Selbsttätiges Backmehl ^{Paket 1 Pfund} 28 Pf.
 Backpulver ^{3 kleine 1/2 Pfd., 14 Pf.}
 Vanillin-Zucker ^{Paket 3 kleine 1/2 Pfd., 14 Pf.}
 Olympia-Maispuder ^{Pfund} 15, 28, 48 Pf.

Kuchenmasse ^{Paket} 50 Pf.
 Mandeln ^{Pfd.} 1.15, 1.35
 Sultaninen ^{Pfd.} 58, 68, 82 Pf.
 Rosinen ^{Pfd.} 55 Pf.
 Korinthen ^{Pfd.} 36 Pf.
 Zitronat und Orangeat ^{Pfd.} 52 Pf.
 Paket ^{1/2 Pfund 1 Pfund 2 Pfund} 15, 28, 48 Pf.

Java-Reis ^{Pfd.} 23, 28 Pf.
 Rangoon-Reis ^{Pfd.} 15, 18 Pf.
 Bruch-Reis ^{Pfd.} 13, 14 Pf.
 Victoria-Erbisen ^{Pfd.} 16 Pf.
 Glasierte Erbsen gelb 21, gespalten 18 Pf.
 Grüne Erbsen ^{Pfd.} 18 Pf.
 Linsen ^{Pfd.} 13, 18 Pf.
 Weisse Bohnen ^{Pfd.} 15, 18 Pf.

Am nächsten Sonntag (vor Ostern) bleiben unsere Geschäftshäuser wie an allen Sonntagen geschlossen.

Ohne Anzahlung!
 Liefere an jedermann
Möbel auf Kredit
 bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemster Abzahlung
Komplette Wohnungseinrichtungen
 sowie einzelne Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Küchen, Portieren, Teppiche, Gardinen, Leib- und Bettwäsche, Steppdecken, Betten, Kronen, Kinderwagen etc. in modernster Ausführung. Ferner
Garderobe f. Herren, Damen, Kinder
 neueste Fassons, grösste Auswahl.
Wochenrate von 1 Mark an.
S. DORN, Alte Schönhauser Str. 3
 Ecke Linienstrasse.

ZOMAROM

Bouillon-Würfel
 der beste und billigste
 Nahrungsmittelfabrik „Zomaron“ München, Promenadestraße 6.
 Generalvertreter: Alfred Hirsch, Berlin W. 30, Bamberger Straße 45. Fernsprecher: Amt VI No. 5737.

DICHTE DÄCHER!
 auf Lauben, Restaurants etc. erzielt man durch **Dachpax u. Dachpaxpappen.**
Farben weiß - grau - rot - grün leuchtend, garantiert wetterbeständig, streichfertig, sofort trocknend, billiger als Oelfarbe.
 Prospekte, Muster gratis. **Dachpax-Gesellschaft, Berlin S. 61, Planufer 38.** ^{Telephon IV. 1936.}

Möbel
 liefert auf **Teilzahlung** bequeme bei kleinster Anzahlung in bester Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Leineweber

Köllnischer Fischmarkt 4, 5, 6 gegenüber der Breite Straße

Für jede Körperform passend!

Anzüge - Ulster - Paletots

21 25 28 32 36 39 42 48 54 60 68 Mark

Für Knaben und Jünglinge:

8 10 12 15 18 21 25 28 32 36 40 Mark

Meine Fabrikate, in eigenen Betriebswerkstätten gediegen verarbeitet, sind preiswert und unübertroffen in Sitz und Haltbarkeit.

Moderner Schnitt - Grosse Auswahl - Vorzügliche Passform.
 Sonntag, den 9. April, von 8-10 und 12-6 Uhr geöffnet.



Derfflingerhaus

Derfflingerhaus

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Am Sonntag, den 9. April, 12 Uhr mittags, findet in Kellers Festsaal (Zuh. Freyer) Kopenstr. 29 eine außerordentliche Generalversammlung statt. — Als vorläufige Tagesordnung geben wir bekannt:

- 1. Endgültige Beschlussfassung über den Bezirks-Raisonds.
2. Das Montagsblatt des „Vorwärts“.
3. Partei- und Verbandsangelegenheiten.

Der Versand der Eintrittskarten an die Delegierten und Kreise ist erfolgt.

Der Kreis Nieder-Barnim stellt zu der Raisonds-Resolution des Zentralverbandes den Zusatzantrag:

„Erwerbslose weibliche Mitglieder sind vom Beitrag zum Raisonds befreit.“

Der Aktions-Ausschuss.

Lichtenrade. Sonnabend, den 8. April, pünktlich abends 8 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung in dem Lokale des Herrn Jantke, Hohenzollern- und Krügerstrassen-Ecke. Sonntag, den 9. April, früh 8 Uhr: Agitationstour.

Jernsdorf. Sonntag früh 7 Uhr: Flugblattverbreitung. Treffpunkt bei J. Anort. Der Vorstand.

Schenkendorf bei Königs-Busterhausen. Wegen dringender Angelegenheiten findet unsere Mitgliederversammlung schon am Sonnabend, den 8. d. M., abends 8 Uhr, bei Paetich statt. Unter anderem steht auf der Tagesordnung: Bericht der Gemeindevertreter über den Gemeindevetat. Wahl von zwei Delegierten zur Verbandsversammlung.

Erfter-Woltersdorf. Sonnabend, den 8. d. M.: Generalversammlung in Woltersdorf bei Stadtschat. Die Mitglieder von Erfter treffen sich zum Abmarsch 8 1/2 Uhr im Lokal Degebrodt. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Im Laubland

hat die „Saison“ trotz der wieder eingetretenen kalten Witterung begonnen. Die emsige Hand des Kolonisten hat dem einziehenden Frühling die Wege geebnet. Garke und Besen sorgten für Sauberkeit auf den Pfaden; Hammer und Nagel brachten ins Lot, was Sturm und Wintergewalt zerzaust und verbogen hatten; Farbe und Pinsel machten schließlich das unansehnlich Gewordene wieder ansehnlich. Mag auch der April in seiner Launenhaftigkeit winterliche Rückschläge bringen, viel Schaden kann er nicht.

Nunmehr ist alles bereit. Die Arbeit des Umgrabens ist beendet; die Spaten haben Ruhe. Die abgegrenzten Beete sind mit der Aussaat versehen; nur die Seglinge harren noch der Verpflanzung. Das Grau des sorgsam geharkten Sandes gibt den Farbenton. Das Grün will sich erst spärlich zeigen; bloß das Lattenwerk der Lauben täuscht die liebe Sommerfarbe vor, die bald das ganze Kolonistenland mit ihren satten, kräftigen Tönen erfüllen wird.

In den Johannisbeer- und Stachelbeersträuchern, die bereits die ersten, zartgrünen Blättchen anzusehen begonnen haben, jubelt schon lange lautes Leben. Drosseln, Stare und Finken haben dort ihre Nester untergebracht. Nun schwirrt es ohne Ermüden um die grünbetupften Flederzungen. Und laßt und zwitschert und stözt und findet mit jauchendem Gesang kein Ende. Da sind die Fäden mit den drachenschwanzartig eingebundenen Papierschnitzeln, die über den Beeten im Aprilwinde schwingen, nicht unangebracht. Denn das Vogelvolk ist led, nascht an den jungen, das Erdreich lockenden Trieben der Aussaat, holt die Saatkörnchen heraus und treibt allerlei Unfug. Am unerschämtesten freilich sind die Spagen. Die lassen sich nicht so leicht einschüchtern und kennen den Rummel mit den flatternden Papierschnitzeln.

Aber alles das ergänzt einander zum Frühlingssbild im Laubland: blättertanzendes Heidegesträuch, Vogelgeflatter und Schutzmahrgeln für die Saatbeete, das frischgegrünte Lattenwerk und ein jubelndes Gezwitzchen, das kaum enden will, selbst wenn die Sonne gefunten. An der Peripherie der Großstadtstümpfe breitet sich hier und da diese large Erholungsstätte proletarischer Existenz. Die freie Natur ist ihnen so fern, so unerreichbar weit gerückt, daß sie sich mit dem bescheidenen Fleckchen Pachterbe im Laubland begnügen müssen. Während der rasch dahineisenden Sommermonate blühen ihnen hier bescheidene Freuden — Genüsse, wie sie sich gerade noch der Großstadtarbeiter leisten kann.

Die Strafe dient dem — Spiel.

Frägt mal unsere Jugend, sie wird mit unerschütterlicher Bestimmtheit erklären, daß es ihr historisch verbürgtes Recht ist, auf der Strafe ihrem Spiele zu huldigen. Leider stimmt es, wenngleich man im Interesse der Großstadtjugend bedauern muß, daß ihr vielfach kein anderer Spielplatz zur Verfügung steht, als die Strafe. Wo kein öffentlicher Platz oder Park in der Nähe ist, müssen die Kinder schon mit der Strafe vorlieb nehmen. Ein schwacher Trost ist es noch, wenn dieselbe keine rege Verkehrsader darstellt, wo tausend Gefahren die Kleinen in ihrem selbstvergessenen Lummeln umlauern.

In diesen Tagen, wo der Frühling mit sonnigem Stuf die Hümmlein weckt und über die Kronen der Bäume und Sträucher einen zartgrünen Schleier weht, hält es die kleine Welt nicht mehr in der engen Stube. Hinaus, ins Freie, treibt es Jungen und Mädels und sei es auch nur auf die Strafe, mit ihrem nuchternen, kahlen Pflaster. Und da jede Jahreszeit ihre bestimmten Spiele hat, so sind jetzt auch die Frühlingsspiele an der Reihe. Das ist ungeführtes, aber darum auch unverrückbares Gesetz.

Da tanzt, von hartnäckigen Weisheitsheben getroffen, der „Triefel“, dessen Haupt mit bunten Papierstücken besetzt ist, woraus beim Tanzen hübsche Farbeneffekte erzielt werden. Bei diesem Spiel ist die weibliche Gleichberechtigung schon längst durchgeführt und blond- oder schwarzzöpfige Mädels „triefeln“ mit derselben Ausdauer wie die Vertreter des „starken“ Geschlechts. Eine Hauptrolle nimmt jedoch unter den Spielen das „Murmeln“ ein. „Das müßt ein schlechter Junge sein, dem niemals fiel das Murmeln ein, das Murmeln.“

Wehr Ernst und Hingebung können die Spieler in Monte Carlo auch nicht aufwenden, als unsere Jugend, wenn sie „murmelt“. Gewöhnlich endet das Spiel erst dann, wenn die Hofentasche eines Glücklichen eine starke Wölbung, die der anderen aber eine gähnende Leere aufweist. Ja, was dem einen seine Ulf ist, ist dem andern seine Nachtigall.

Gerne gespielt wird auch „Himmel und Hölle“, wobei der Spieler, der gerade am „drastiken“ ist, auf einem Beine balancierend, versucht, ein Stückchen Glas oder dergleichen mit der Fußspitze in die mit Kreide vorgezeichneten Räume zu stoßen ohne mit den Spielregeln in Konflikt zu kommen. Daß Ball und Reifen auch heute noch beliebt sind, davon kann man sich jederzeit überzeugen. Die Jugend ist ziemlich konserverhaft und wenn sie die neu auftauchenden Spiele eine Weile ausprobiert hat, kehrt sie doch gewöhnlich wieder in alter Treue zu ihren früheren Unterhaltungen zurück. So ist auch das wirklich teuflische „Diabolo“ bald wieder verschwunden und offen gestanden, — wir Erwachsenen meinen ihm keine Träne nach, besonders diejenigen von uns, die nervös sind (und wer ist es nicht?) oder die Brillen tragen. Zwei Gläser — a 80 Pf. — zertrümmerte mir so ein verflüchtiges Ding, ein Glück, daß die Augen heil blieben. Nein, mit solchen Spielen verschone man die Jugend, um so mehr gönne man ihr die harmlosen Unterhaltungen, mit denen sie sich den Frühling des Lebens verschönern mag, der ohnedies nur als Zubal verfliegt und nichts zurückläßt als die Erinnerungen an ein paar heitere, sorgenfreie Stunden.

Aprilmetter. Der April, der kaum begonnen hat, scheint sich in diesem Jahre als ein besonders netterischer Vursche einführen zu wollen. Herrliche am Sonntag schönes warmes Frühlingssmetter, daß es jeden hinaus ins Freie zog, so wendete sich an den nächsten Tagen das Wetter fortgesetzt. Am Montag, Dienstag und Mittwoch herrschte eine Kälte, wie wir sie in diesem Monat lange nicht gehabt haben. Und kaum herrschte lachender Sonnenschein, als auch schon wie im Handumdrehen ein Schneestreiben begann, wie es in den eigentlichen Wintermonaten nicht besser da war. Dieser plötzliche Wechsel des Wetters läßt auf die Osterjahren in der Pflanzbranche einen großen Einfluß aus.

Ambulatorische Behandlung von Lupuskranken im Virchow-Krankenhaus.

Auf Antrag der Deputation für die städtischen Krankenanstalten und die öffentliche Gesundheitspflege hat der Magistrat die versuchsweise Einführung der ambulatorischen Behandlung von Lupuskranken in dem Finsenlaboratorium des Rudolf-Virchow-Krankenhauses auf ein Jahr genehmigt. Für zahlende Kranke (Selbstzahler und Krankenkassenmitglieder) werden wie bei der röntgenologische Untersuchung und Behandlung für eine Untersuchung 10 M. und für Behandlung, d. h. für jede Sitzung 5 M. berechnet.

Der städtische Schweineschlachthof wird jetzt von 3 Uhr, der Rinderchlachthof von 4 Uhr morgens ab geöffnet sein.

Die Deckung des städtischen Schlachthofes, die bereits einmal beschlossen und von der Direktion ab 1. April angeordnet war, wurde durch die ablehnende Haltung der Marxhallerdeputation gegenüber den Wünschen der hiesigen Fleischermeister wieder in Frage gestellt. Nunmehr hat das Kuratorium des städtischen Vieh- und Schlachthofes in seiner Sitzung vom 6. d. Mts. beschlossen: die Eröffnung des Schweine-Schlachthofes um 8 Uhr und des Rinder-Schlachthofes um 4 Uhr morgens für die Sommermonate durchzuführen. Das Kuratorium sprach die Hoffnung aus, daß sich bei beiderseitigen guten Willen auch die Schwierigkeiten zwischen Engros-Fleischermeistern und Marxhallen beseitigen lassen.

Einem Antrage des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter (Ordnungsverwaltung Berlin): Lieferung von Schürzen für die Heu- und Strohhinderinnen, sowie Handschuhen und Seitenschuttlern für die Spinnerinnen wurde insofern Rechnung getragen, als die Schürzleder künftig von der Verwaltung geliefert werden; für den starken Verbrauch von Schürzen für die Binderinnen und Handschuhen für die Spinnerinnen soll ein kleiner Zuschlag zu den Allord-Läden gewährt werden.

Der dritte Wunsch des Verbandes auf Schaffung besserer Aufenthaltsräume für die Kanalarbeiter wurde dem Stadtdv. Feuerstein und Hoffmann zur Prüfung und Berichterstattung für die nächste Sitzung überwiesen.

Was ist eine Postanstalt? Man schreibt uns: Der deutsche Postverwaltung hängt der Post auch immer noch hinten. Erhalte ich da unlängst mit einem Auslandsbrief einen sogenannten internationalen Rückporto-Schein, für den der Absender des Briefes 25 Centimes gleich 20 deutsche Reichspfennige eingezahlt hat. Der Schein war vorwärtsmäßig mit dem Stempel des betreffenden ausländischen Postamtes versehen. Ich gehe also nach meiner nächstgelegenen Postanstalt, welche zufällig eine sogenannte „Postanstalt“ ist, und bitte mich für den Schein zwei 10 Pfennigmarken aus. Der Schalterbeamte dreht den Schein hin und her, schüttelt den Kopf und meint endlich: „Ja, so was haben wir hier noch nicht gehabt!“ Ich mache nunmehr höflich darauf aufmerksam, daß nach der Postordnung, die ich unmittelbar vorher eingesehen hatte, ein solcher Schein bei allen deutschen Postanstalten gegen den entsprechenden Markenwert und sogar nach Wahl der Markensorte eingelöst werden kann. Darauf der pflichttreue Beamte: „An allen Postanstalten? Ja, das mag schon stimmen, aber das hier bei uns ist keine Postanstalt. Sie werden wohl nach dem nächsten Postamt gehen müssen.“ Wieder sehr höflich protestierte ich. Ein zweiter Beamter gab mir recht, und so erhielt ich endlich meine beiden Zehnpfennigmarken.

Wemerkenswert ist dabei, was manche Schalterbeamte unter dem Begriff „Postanstalt“ verstehen. Nach der zweifellos richtigen Ansicht des Publikums und doch wohl auch nach dem Sinne der deutschen Postordnung sind Postanstalten alle diejenigen postalischen Stellen, an denen öffentlicher Schalterverkehr vorgeht. Daß der Briefmarkenverkehr überall gleichartig funktionieren muß, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Als schadenersparnis ist die Stadt Berlin beurteilt worden in einer gegen sie angestrengten Klage, die sich auf die Roaditer Vorgänge bezieht. Bekanntlich hatten Polizeibeamte ein Droschkenautomobil, in denen vier englische Journalisten saßen, so mit dem Äbel demoliert, daß es aus dem Verkehr gezogen werden mußte. Der Besitzer verlangte von der Stadt Berlin Schadenersatz, der aber abgelehnt wurde. Er klagte. Das Landgericht I erkannte auf Grund des Lumnultgesetzes vom 11. März 1880 die Schadenersatzpflicht der Stadt Berlin an und kam zu einer Verurteilung.

Bei der Ausbesserung des Fahrplans tödlich verunglückt ist gestern morgen 7 1/2 Uhr der 20 Jahre alte Knabe Georg Reinde aus der Vorpoststr. 15, in der Beleuchtungsfabrik von Max Kraus u. Co. in der Wöckstr. 7. Der Stuhl, der im zweiten Stock stand, setzte sich plötzlich in Bewegung, während sich Reinde mit dem Kopf hinauslehnte. Dieser wurde zwischen Stuhlwand und die Schachtwand gequetscht. Nach kurzer Zeit erschien die Feuerwehr und besetzte den Verunglückten. Er war aber schon tot. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach Aufnahme des Befundes nach dem Schauhaufe gebracht. Wie das Unglück entstanden ist, ließ sich noch nicht feststellen.

Ein Automobil gestohlen. Am Mittwochmittag hielt vor dem Landgerichtsgebäude, Neue Friedrichstraße, ein Automobil. Es blieb eine Zeitlang unbeaufsichtigt und wurde währenddessen von unbekannter Hand gestohlen. Es handelt sich um einen den Adlerwerken gehörigen Wagen.

Eine nackte Leiche wurde gestern am Reichstagsufer in der Nähe des Schlütersteigs aus der Spree gelandet. Um die Hüften war ein blutiger Verband gelegt. Es ergab sich, daß es sich um den Buchdrucker Adolf Beher aus der Kirchbachstraße 20 handelt, der in der Nacht aus der Universitätsklinik entwichen und ins Wasser gegangen war. Er war erst vor kurzem operiert worden. Es war ihm bekannt, daß er an Krebs leide und auf Heilung nicht mehr zu rechnen hatte. Aus diesen Gründen hat er sich entschlossen, seinem Leben ein schnelles Ende zu bereiten. In der Nacht kletterte er aus einem Fenster und stürzte sich ins Wasser.

Ein Furtivitätsdieb wurde gestern in der Wilhelmstraße auf freier Lat ertappt und festgenommen. Hiesige Antiquitätenhandlungen wurden in der letzten Zeit wiederholt bestohlen, stets von einem Kunden, der sich längere Zeit im Laden aufhielt und sich vieles vorlegen ließ. Gestern erschien ein Mann in der Wilhelmstraße bei einem Händler und fragte nach allerhand Sachen, die der Geschäftsmann gar nicht besaß. Diefem fiel bald auf, daß der Mantel des Kunden stark aufgedunsen war. Er schöpfe um so mehr Mißtrauen, als der Mann viel fragte und nichts kaufte, und sagte ihm auf den Kopf zu, daß er ein Dieb sei. Der Kunde tat sehr empört und erklärte sich bereit, sich sofort unterfuchen zu lassen. Zugleich aber verschwand die Wauschung des Mantels und hinter dem Kunden lag plötzlich ein antiker silberner Korb. Der Ladeninhaber hatte recht gehabt. Ehe er noch aus seinem Wohnraum nach dem Geschäft gekommen war, hatte sich der Dieb schon gleich beim Betreten des Ladens den Korb angeeignet und unter den Mantel gesteckt. Der ertappte wurde der Kriminalpolizei übergeben und entpuppte sich als ein Landwirt Georg Prinz aus Schweden, der wegen ähnlicher Diebstähle in Stockholm schon wiederholt vorbestraft ist. Prinz ist aller Wahrscheinlichkeit nach der Dieb, der auch die anderen Händler bestohlen hat. Er wohnte zuletzt in Berlin in der Anhaltstraße.

Reiche Beute machten Einbrecher in der Nacht zum Mittwoch bei dem Uhren- und Goldwarenhändler Paul Josephson, der in der Münzstr. 28 sein Geschäft betreibt und in der Dragonerstraße wohnt. Sie erschoben die Tür, öffneten einen verschlossenen Schrank mit einem Radschlüssel und erbeuteten daraus und aus dem Laden für 4000 M. neue und zur Ausbesserung gegebene Uhren, goldene Armbänder und Broschen und silberne Tüffel. Der Bestohlene ist gegen Einbruch versichert.

Der Gesangverein „Liberté“ hält am Sonntag, den 9. April, im Konzertsaal von Kellers Neuer Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97, ein Frühjahrskonzert ab unter Mitwirkung von Herrn Kestenberg (Klavier), Konzertfängerin v. Holstein und Rezitator Fritz Richard. Anfang des Konzerts um 7 Uhr.

Wer sind die Toten? Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 4. d. Mts. wurde vor Engelufer 8 aus dem Luisenstädtischen Kanal die Leiche einer circa 22 Jahre alten Frau gelandet, die etwa 1,55 Meter groß und unterseht ist. Sie hat blondes Haar, gute, aber ungepflegte Zähne, stahlgraue Augen, oboales volles Gesicht, dicke Nase und Lippen, anliegende Ohren, auffallend dicke Oberlippen und war bekleidet mit grau und schwarz gestreiftem Jackett, roter Baumwollbluse mit schwarzer Einfassung und acht kleinen Metallknöpfen besetzt, weißem Spachtelragen, weißer Unterhülle mit blauen Bändchen durchzogen, gelbem Hemd, schwarzer Rock mit Karbunkelzier, weichen Unterrod, weißleinenen Unterhosen, schwarzen Baumwollenen Strümpfen mit roten Strumpfbändern, schwarzen neuen Schuhschuhen und langen braunen Handschuhen. Vielleicht gehört ihr auch ein schwarzer Samtbus mit weichen Flügeln und schwarzem Bande, der am Bethanienufer gefunden wurde. Die Leiche, die nur ganz kurze Zeit im Wasser gelegen hat, befindet sich im Schauhaufe. Etwaige Reliquoszenten wollen sich dorthin wenden oder im Polizeipräsidium Zimmer 330 zu 1808 IV. 55. 11. Mitteilung machen.

Am 8. April d. J. hat sich im Klosterraum des Anhalter Bahnhofs ein unbekannter, anscheinend dem Arbeiterstande angehörender Mann vergiftet. Er ist etwa 25—30 Jahre alt, hat blondes Haar, Anflug von Schmirrbart und war bekleidet mit einem neuen blauen Kammeranzug und Gummimantel. Es fanden sich bei ihm mehrere Rechnungen der Firma Kienast u. Co., Zürich. Die Leiche befindet sich im Schauhaufe. Nachrichten über die Persönlichkeit des Toten werden von jedem Polizeirevier und bei der Kriminalpolizei, Alexanderstr. 3, VI, 3 Tr., Zimmer 405 entgegen genommen.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Die kommunalen Sozialisten Rixdorfs im Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung sind durch die zahllosen grandiosen Reinfälle der letzten Zeit offenbar ganz um ihre Ruhe gekommen. Die Herren des Magistratskollegiums insbesondere scheinen endlich zu merken, wie sie sich zwischen zwei Stühle gesetzt haben. Auf der einen Seite hat man durch die nutzlosen Versuche, mit Wählerschraub und Eingemeindungsproblem mehr als neun Zehntel der Bürgererschaft rechtslos zu machen, die Arbeiterchaft in der ungläublichsten Weise brüskiert — andererseits kann man ohne deren Vertreter im Rathaus, bei allem guten Willen dazu, keine vernünftige Rechnung in der Kommunalpolitik mehr aufmachen. Die Magistratspartei par excellence der Neuen Bürgerlichen gibt da auch nur einen schwachen Trost ab. Was Wunder, wenn so die schlechte Stimmung chronisch geworden ist, um so mehr, als ja obenein ein Wehheit der verwünschten Sozis als Damoclesschwert droht. Wie verärgert die kommunalen Aulissen — politiker sind, beties am Dienstag die Krankenhausdebatte in der Stadtverordnetenversammlung. Nachdem der Plan, den Erweiterungsbau des Krankenhauses hinter dem Steuerplan zu beraten, an dem Widerstand der Sozialdemokratie gescheitert war, hing die Sache schon vielversprechend an, indem Stadtverordneter Winter als Referent des Rechnungsausschusses die Stellung desselben völlig falsch wiedergab; erst später brachte er wohl oder übel eine Richtigkeitstellung. Hierauf sprach Stadtverordneter Dr. Silberstein (Soz.) eindringlich und sachlich gegen den ablehnenden Beschluß des Rechnungsausschusses, der geradezu als ein Novum für Rixdorf zu bezeichnen ist. 100 Patienten müssen durchschnittlich pro Monat im Krankenhaus wegen Platzmangel abgewiesen werden, so daß mit Recht von einer Not gesprochen werden muß. Es gibt deshalb nichts Notwendigeres als den Weiterbau, der schleunigst in Angriff genommen werden muß. Der Stadtverordnete Weiß, dem seine Wähler bekanntlich attestiert haben, daß er nicht ernst zu nehmen ist, machte diesem Urteil in einer längeren Rede Ehre. Erwähnt sei daraus nur das Eingeständnis, daß viele der ins Krankenhaus eingelieferten unbemittelten Kranken auch an Unterernährung leiden. Natürlich gönnt er diesen nicht kräftige Krankenhausloft, sondern will sie — damit das Krankenhaus nicht weiter gebaut werden braucht — mit der wesentlich billigeren Kost im Sickenhaufe abspesen. Die Haltung des Magistrats, der den Erweiterungsbau aus dem Etat entfernt hat, verschlechte Bürgermeister Dr. Weinreich zu rechtfertigen. Er mußte

gehen, daß Abweisungen von Patienten in großer Zahl Ursache und die vorhandenen Betten für Rigdorf nicht ausreichend sind. Dann aber kam es schwarz in schwarz; die Unterhaltung großer moderner Krankenhäuser werde immer teurer; der neue Erweiterungsbau würde nach seiner Fertigstellung 210 000 M. laufende Ausgaben verursachen; das wären 10 Proz. der gesamten Einkommensteuer usw. usf. Nachdem auf diese Ausführungen Stadtverordneter W u h l h (Soz.), ebenfalls absolut sachlich, replizierte und betont hatte, daß die Mittel eben beschafft werden müssen, wo es sich um die Erfüllung einer der vornehmsten sozialen Pflichten handelt, beantragte Stadtverordneter H e y d e, die Dedungsfrage zunächst zu diskutieren. Das war das Signal für den Oberbürgermeister Kaiser, seinem Zorn die Zügel schießen zu lassen, den man ihm nach der verlorenen Wahl zu Recht allerdings nachempfinden kann. Natürlich mußte auch er eingestehen, daß der Bau durchaus notwendig ist. Aber dann kam eine Attacke gegen die bösen Sozialdemokraten. Der Magistrat treibe eine rationelle Finanzwirtschaft, und die erbische Dedung für beabsichtigte Ausgaben. Nach dieser funkelneulernen Entdeckung kam es dann mit schwerem Gemurmel und erhobener Stimme aus dem Munde des Stadtoberhauptes: „Neuern Sie (zu den Sozialdemokraten) sich doch endlich über die Dedungsfrage; ich brauche darauf. Der betreffende Herr, welcher so warm für den Krankenhausbau eintritt, kann ja mal Kammerer der Stadt werden!“ Das letztere sollte wohl endlich die äußerste Linke niederschmettern; jedoch — das schallende Gelächter, was bei dieser Bezeichnung ausbrach, wird den Sprecher wohl eines Besseren belehrt haben. Genosse W u h l h holte schließlich etwas unsanft den Herrn Oberbürgermeister von dem hohen Hof herunter und bedauerte ihm, daß ein sozialdemokratischer Kammerer gewiß kein Unglück für Rigdorf wäre. (Ohorus rechts.) Im übrigen — so sagte Redner — imponieren uns solche Angriffe gar nicht. Oberbürgermeister und Magistrat reden von rationaler Finanzwirtschaft, wo eben erst in der Treptower Eingemeindungsgeschichte kruppellose finanzielle Bedenken unbeachtet blieben. 10, 15 Jahre sollten Treptow 100 Proz. Einkommensteuerausschlag privilegiert werden, was einschließlich der anderen Zugeständnisse Millionen den Rigdorfer Steuerzahlern gekostet hätte, mit deren Geld auf diese Weise geradezu Schindluder getrieben werden sollte, um einer kleinen Interessengruppe zu dienen. (Lärmende Unterbrechungen.) Die ewigen Finanzlamitäten werden in Rigdorf wie in Berlin eingedämmt werden, wenn mit dem Unfug gedrohen wird, um jeden Preis an den 100 Proz. Einkommensteuerausschlag festzuhalten. Mit dieser Ansicht sind wir in Groß-Berlin in guter Gesellschaft. Wenn der gute Wille da ist, dann wird der Skandal ein Ende nehmen, daß eine Gemeinde der anderen gegenüber denkt: „Hannemann, geh Du voran!“ Einer muß endlich den Anfang machen; die anderen werden und müssen folgen. Auf diese Ausführungen wußte der Oberbürgermeister nichts Besseres zu sagen, als daß der Redner in sehr schwacher Position sich befinden müsse, wenn er die Treptower Sache heranziehe. Wer dabei von weggeworfenen Millionen spricht, hat von den gepflogenen Verhandlungen keine Ahnung. Sowohl durch energische Juristen, als auch von dem Angegriffenen und von den Stadtverordneten K l o t z und Dr. S i l b e r s t e i n wurde dem Oberbürgermeister energisch auseinandergesetzt, daß er gar kein Recht hat, so zu sprechen, da die beliebte unverantwortliche Geheimniskammerlei jede sachliche Würdigung der Treptower Eingemeindung in der sozialdemokratischen Fraktion unmöglich gemacht habe. Diese Rechtschwächung der dritten Wahlperiode sei unerhört. Wo die schwache Position in diesem Kampf tatsächlich zu finden war, zeigte die Antwort des Oberbürgermeisters, mit der er vollends in die Sackgasse geriet. Hatte er vorher gesagt, daß unsere Genossen von der Treptower Angelegenheit keine Ahnung hätten, so rief er jetzt auf das Verlangen nach endlicher Aufklärung entgegengesetzt aus: „Das scheint nicht nötig; denn Sie (zu den Sozialdemokraten) sind offenbar besser informiert als ich!“ Von stürmischen Juxrufen und Gelächter der Sozialdemokraten apostrophiert, nahm das Stadtoberhaupt seinen Platz wieder ein, ohne selbst wohl von seinem Debüt fonderlich entzückt zu sein. Wie stolz war man auch in die Arena getreten und wie läglig wurde der Rückzug aus der Schlacht angetreten, um ja nicht über die verteilte unangenehme Frage der Verschärfung Rigdorfs an Treptow Rede und Antwort stehen zu müssen. Nichtsdestoweniger wird die Abrechnung nicht ausbleiben; unzweifelhaft wird sie bei den nächsten Kommunalwahlen von den Wählern besorgt werden.

Zu der Affäre des Wagnerschen Ehepaares, über dessen Verschwinden wir berichteten, wird gemeldet, daß das Ehepaar in hochgradiger Nervosität in Berlin umhergeirrt ist und sich nun wieder angeordnet hat. Ein Lieferant der Firma erkannte vorgestern abend in einer Wirtschaft in der Dresdener Straße das Ehepaar und benachrichtigte sofort den Vater des Wagner, der seinen Sohn und die Familienmitglieder in die Wohnung zurückbrachte. Die Verbindlichkeiten sollen nicht so groß sein, daß sie nicht ohne besondere Schwierigkeiten gedeckt werden könnten. Eine dem Ehepaar nahestehende Person erklärte, daß Wagner zu Anfang dieses Jahres seine beiden Pferde gegen Unfall versichert habe. Da er die Prämie nicht bezahlen konnte, waren ihm kurz vor dem 1. April beide Pferde gepfändet worden, so daß W. nicht in der Lage war, die Expeditionsgeschäfte auszuführen. Es sollen noch 3000 M. Außenstände vorhanden sein.

Charlottenburg.
Eitenverein für freie Erziehung. Sonntag, den 9. d. M., findet unter Leitung des Herrn Dr. v. Erdberg eine Besichtigung des Kaiser-Friedrich-Museums statt. Treffpunkt pünktlich 9 1/2 Uhr, Strahenbahnhaltestelle am Wilhelmplatz. — Montag, den 10. d. M., abends 8 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3: Mitgliederversammlung.
Der Vorstand.

Friedrichshagen.
Ein verwegener Einbruch ist in der gestrigen Nacht in der hiesigen Gadenstraße verübt worden. Die Eindreher, die sich mit Revolvern bewaffnet hatten, waren in die Kontorräume eingedrungen und hatten den Geldschrank erbrochen, aus dem sie bereits eine Kasse mit 200 M. entnommen hatten. Sie waren dabei, weitere Kassen des Geldschrankes zu öffnen, als durch das Geräusch aufmerksam gemacht, der Wächter hinzulief. Einer der überfallenen Diebe sprang auf ihn zu, setzte ihm den Revolver auf die Brust und rief ihm zu, wenn er nicht fortläuf, schicke er ihn über den Dausen. Der Wächter sprang beiseite und in diesem Augenblick stolzen die Eindreher durch das Fenster in der Richtung der Landstraße auf Köpenick zu. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, die Diebe zu ermitteln.

Mariendorf.
Stadtrat. Beim Kapitel „Schulverwaltung“ fordert Genosse Weber eine Umfrage in der Volksschule zur Feststellung der Zahl solcher Schulkinder, die ohne Frühstück die Schule besuchen müssen, um beim Nachweis der Bedürftigkeit solcher in der Schule unentgeltlich zu veranlassen. Die Vertretung stimmte dem Antrage der vorläufigen Umfrage zu. — Beim Titel „Beiträge für die Kreisliste“ wurde lebhafteste Klage geführt, daß in den Kreiskrankenhäusern wiederholt Kranke wegen Mangel an Betten abgewiesen wurden. Eine Besonderebesichtigung hierüber wurde angefragt. — Der Plan über das in der Friedensstraße zu errichtende Feuerwehrgelände soll wieder umgeworfen werden, da die Mehrheit der

bürgerlichen Vertreter das Gebäude in der Ringstraße als Mittelpunkt für beide Ortsteile errichten will. Die beim Kreisaustrich eingereichte Zeichnung soll deswegen umgehend zurückerlangt werden. Zwei von unseren Genossen gestellte Anträge brachten zum Schluß noch eine lebhafteste Debatte. Der erste Antrag verlangt die Ueberlassung der Turnhalle zur Benutzung des Arbeiterturnvereins. Genosse Weber wies nach, daß auch andere Gemeinden jetzt Arbeiterturnvereine die städtischen Turnhallen überlassen. Der Gemeindevorsteher stempelte die Arbeiterturnvereine wieder zu sozialdemokratischen; er könne als Vertreter des bestehenden Staates die Halle nicht zu dem Zweck hergeben. Alle Einwendungen konnten ihn nicht zur besseren Einsicht belehren. — Der zweite Antrag betraf die Schulfeste, wobei von unseren Genossen verlangt wurde, dieselben nicht mehr in Lokalen, die insbesondere für die Arbeiter gesperrt sind, zu veranstalten, sondern in der Aula des neuen Gymnasiums abzuhalten. Es wurde erwidert, daß hierüber nicht die Gemeindevorstellung, sondern die Schulbehörde, der man es „gern“ unterbreiten wolle, zu bestimmen habe. In dem Hauptvoranschlag für 1911 sind für die Restverwaltung 40 000 M. an Einnahmen eingelegt. Der Etat der Gemeindevorstellung verzeichnet an Einnahmen 17 370 M. und an Ausgaben 180 621 M. Die Amtsverwaltung erfordert eine Ausgabe von 48 927 M. Für die Verwaltung der Liegenschaften sind an Einnahmen 8620 M., an Ausgaben 8784 M. vorgesehen. Bei der „Kapital- und Schulverwaltung“ betragen die Einnahmen 26 425 M., die Ausgaben 24 128 M. Die Armenverwaltung bringt eine Einnahme von 23 100 M. und fordert die Ausgabe von 49 650 M. Für die Schulverwaltung sind an Einnahmen 23 548 M. und eine Ausgabe von 225 850 M. vorgesehen. In der Straßenverwaltung stehen 65 670 M. Einnahmen 100 351 M. Ausgaben gegenüber. Die Steuerverwaltung bringt 789 503 M. Einnahme und fordert 140 246 M. Ausgabe. Das Feuerlöschwesen verlangt bei 18 M. Einnahme 4400 M. Ausgabe. Die Kanalisationsverwaltung weist in Einnahme und Ausgabe die Summe von 62 114 M. auf. Für „Insgesamt“ sind 2826 M. Einnahme und 5082 M. Ausgabe vorgesehen. Somit balanciert der Etat mit 1 112 103 M.

Rablow.
Bei der vor einigen Tagen hier stattgefundenen Gemeindevorsteherwahl in der III. Klasse wurde unser Genosse Hermann Kurth mit 28 von 29 abgegebenen Stimmen gewählt. Es zieht somit der zweite Sozialdemokrat in die Gemeindevorstellung ein.

Weißensee.
Der eingeführte Nachdienst der Ärzte hat sich nach Erklärungen des Gemeindevorsteher sehr gut bewährt. Es wurde in der letzten Gemeindevorsteherwahl dabei beschlossen, den Vertrag mit den Ärzten auf ein weiteres Vierteljahr zu verlängern. Der Wirtschaftsbetrieb des Schloßrestaurant geht vom 1. April auf die Inhaber der Brauerei Gabriel u. Richter über, auf deren Antezug anher den baulichen Änderungen das gesamte Schloßgrundstück mit elektrischem Licht beleuchtet werden soll. Die Kosten dieser Anlagen werden zu zwei Dritteln von der Gemeinde übernommen. Ein neuer Vertrag mit der Großen Berliner ist gegen die Stimmen unserer Genossen zustande gekommen. Danach verpflichtet sich die Große Berliner, innerhalb kurzer Zeit nach erfolgter Genehmigung der Polizeibehörde eine Linie (Q E) nach Moabit zu verlegen. Ferner eine Verbindung über Köpenick, Friedensstraße, Straußberger Platz, Andreasstraße nach dem Köpenicker Bahnhof und später nach Rigdorf zu schaffen. Dann sollen noch einige Linien bis zur Rembrandtstraße eventuell durch die Lichtenberger Straße nach dem Schloß verlegt werden. Dafür leistet die Gemeinde die Verlängerung der Monopolen bis zum Jahre 1940, sofern letzteres mit Berlin geschieht. Außerdem wird zur Erbauung eines neuen Bahnhofes ein acht Morgen großes Gelände unentgeltlich kostenfrei zur Verfügung gestellt. Der Bahnhof soll 200 Wagen aufnehmen können, wovon mindestens 100 Wagen sofort in Betrieb genommen werden.

Pantow.
Zum Zusammenbruch des Hinrichsen'schen Unternehmens wird noch gemeldet, daß es noch nicht gelungen ist, den Aufsicht des Gläubigers und seiner Familie zu entzünden. Der von einer Anzahl Gläubiger beantragte Konkurs ist mangels Masse vom Amtsgericht Pantow abgelehnt worden. Eine Prüfung der Werte der vorhandenen Aktiven und der vorberechtigten Forderungen hat ergeben, daß mindestens 30 000 M. hätten vorhanden sein müssen, um neben den laufenden Ausgaben die Kosten des Verfahrens zu decken. Die Miet- und Gehälter allein betragen bereits monatlich 25 000 M. Es hat sich ergeben, daß dem Hinrichsen schon seit etwa zehn Jahren von vorstehenden Geschäftsteilen sein Kredit meist gewährt wurde und daß es ihm nur möglich gewesen ist, sich über Wasser zu halten, indem er Privatleuten, denen er hohen Gewinn versprach, Anteilscheine an seinen Unternehmungen verkaufte. Besitzer von solchen Anteilen sind sogenannte „kleine Leute“ aus Pantow und dem Norden der Stadt, die ihre geringen Ersparnisse in das Geschäft steckten und auch bis in die letzte Zeit hinein Zinsen bis zu 15 Prozent erhielten. Die vorhandenen Maschinen sowie das übrige Material ist von Hinrichsen bereits seit Jahren verschiedenen Gläubigern als Sicherheit verpfändet worden, so daß es nicht zur Masse gerechnet werden kann. Auch die Gebäude sind überlastet. Eine Strafanzeige gegen den Gläubiger ist bisher bei den Behörden nicht eingegangen.

Vernau.
In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde gegen die Stimmen unserer Genossen dem Professor Pfeffer als Direktor der höheren Knabenschule 5000 M. als Entschädigung bewilligt, mit der Pflanzgabe auf Verzichtleistung seiner Konzeption zugunsten der Stadt. Der Etat, welcher in Einnahme und Ausgabe mit 362 000 M., also einem Mehr von 20 000 M. balanciert, wurde gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. Neben einem Vortrag von 55 000 M. sind als hauptsächlichste Einnahmen die Titel der Fortsetzung mit 71 480 M., des Wasserwerkes mit 12 000 M., der direkten Steuern mit 73 240,50 M. eingelegt. Da an den Kreis 24 Proz. Kreissteuern zu entrichten sind, belaufen sich die Gemeindesteuern auf 103 370 M. Mit 180 000 M. soll die Grundsteuer 5141,50 M., die Gebäudesteuer 88 986,24 M., die Gewerbesteuer 17 821,40 M. bringen. An indirekten Steuern sollen 23 516,00 M. aufgebracht werden. Für die Krankenhausverwaltung sollen 26 000 M. einkommen.

Die Ausgaben belaufen sich für die Schulverwaltung auf 70 550,50 M. Hier wurde auf Antrag des Genossen Krüger ein Betrag von 200 M. für Entsendung armer Kinder in die Ferienkolonie eingelegt. Für die Krankenhausverwaltung sollen 34 355 M., für öffentliche Armenpflege 23 920 M., für Renten 23 231 M., für das Wasserwerk 24 300 M., für die Fortsetzung 23 402 M., für Gehälter der städtischen Beamten usw. 89 480 M. ausgegeben werden. In nächstöffentlicher Sitzung wurde über die Erhöhung der Beamten- und Lehrgelöhner beraten, jedoch von einer solchen für dieses Jahr Abstand genommen. Dagegen sollen in diesem Jahre Verhandlungen stattfinden über die Erhebung einer Gehaltskala für diejenigen Beamten, für die eine solche bisher noch nicht bestand.

Jugendveranstaltungen.
Säden (2. Kreis). Freitag, den 7. April, abends 7 1/2 Uhr, bei Rabe, Adolphstr. 29: Versammlung der Jugend des Säden, zu der auch die älteren Genossen und Genossinnen eingeladen sind. Genosse W h g. Eichhorn spricht über die letzten 40 Jahre deutscher Geschichte.
Friedrichshagen. Die Feste der „Arbeiterjugend“ veranstalten am Sonntag, den 8. April, eine Partei nach Weisensender Restaurant Fremds „Zugarten.“ Abfahrt von Friedrichshagen um 8.04 Uhr.

Arbeiter-Handwerk „Die Naturfreunde“. Wanderausflug am Sonntag, den 9. April: L. Stranberg-Budow. Abfahrt Schief. Bahnhof 6.30 Uhr vorm. II. Reichow-Konow. Abfahrt Steinf. Fernbahnhof

6 Uhr vorm. III. Gaudau-Regel. Abfahrt Leichter Hauptbahnhof 1.40 Uhr vorm. Galle willkommen.
Arbeiter-Handwerk „Deris“. Wanderausflug am Sonntag, den 9. April, nach Buch, Radow, Birkwerder. Abfahrt 7.34 Uhr Steinf. Fernbahnhof. Wandergenossen des 4. Kreises treffen sich Sonntag abend im „Gewerkschaftshaus“.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frauen und die Nachwahl in Berlin IV.
Die Forderung des Frauenwahlrechts ist überall, wo sie am 19. März gestellt wurde, mit Nachdruck vertreten worden. Ganz besonders stark waren in 4. Berliner Wahlkreis die Versammlungen besucht. Ein Zeichen dafür, daß in diesem von großen Arbeitermassen bewohnten Kreise auch die Aufklärungsarbeit an den Frauen nicht spurlos vorübergegangen ist. Allen diesen Frauen wird es jedoch klar sein, daß die Eroberung der politischen Gleichberechtigung noch manchen harten Kampf zeitigen muß. Natürlich dürfen die Genossinnen nun nicht untätig wieder die Hände in den Schoß legen. Neben der speziellen Frauenforderung gilt es auch, andere dringende Aufgaben nicht zu vernachlässigen. Am 10. April findet die Nachwahl zum Reichstage für unseren verstorbenen Genossen Singer statt und bis zu diesem Tage, wie auch am Wahltag selbst, haben auch die Genossinnen die Pflicht, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für unseren Kandidaten, Genossen B ü c h n e r, einzutreten. Gewiß ist der 4. Kreis sicherer Bestand der Sozialdemokratie; aber uns kommt es nicht allein auf die Verhinderung des Mandats an, als vielmehr auf eine bedeutende Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmenzahl. Die Stimmenzahl zu erhöhen, können und müssen auch die Genossinnen mit aller Macht anstreben.

Auch haben die Frauen ihren Stolz daran zu setzen, daß sie als vollgiltige Mitglieder der Partei angesehen werden. Sie können das am besten erreichen, wenn sie sich an allen Wahlarbeiten, am Tage der Wahl sowohl als auch bei der Vorbereitung für diese nach Möglichkeit beteiligen. Es gibt fast keine Arbeit dieser Art, die nicht auch von Frauen verrichtet werden könnte. Durch die Mitarbeit der Frauen wird wiederum ein Zeichen von der politischen Reife derselben abgelegt werden können. Es ist ja nicht das erstemal, daß durch die tätige Mitarbeit der Frauen vielen Segnern der Frauenbewegung ein Licht aufgesteckt wurde. Wenn dann am 10. April die Wahl unseres Genossen gefeiert ist, dann haben die tätig gewesenen Genossinnen doppelte Freude an dem wieder erfolgten Siege.

Gegen den Ausschluß der Mädchen von der obligatorischen Fortbildungsschule

proklamierte eine Versammlung, die einberufen war von den verbündeten Frauenvereinen von Groß-Berlin, dem Kaufmännischen Verband für weibliche Angestellte und dem Verband für handwerkliche und sachgewerbliche Ausbildung der Frau. Als Referenten fungierten Professor Ernst Franke, der Herausgeber der „Sozialen Praxis“, Fräulein Elisabeth Aders, Gertraud Günther und Agnes Herrmann, als Vertreterin des Kaufmännischen Verbandes für weibliche Angestellte. 65 Frauen- und Lehrerinnenvereine aus allen Teilen Preußens hatten Sympathieausdrücke gesandt. An der Diskussion beteiligte sich u. a. auch Herr Oberbürgermeister Cuno (Hagen). Schließlich wurde fast einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die zu Berlin zu einer gemeinsamen Kundgebung des Verbändes für handwerkliche und sachgewerbliche Ausbildung der Frau, des Kaufmännischen Verbandes für weibliche Angestellte und der Verbündeten Frauenvereine von Groß-Berlin sammelten Männer und Frauen erkennen die soziale Bedeutung des dem Abgeordnetenhaus vorliegenden Gesetzentwurfes betreffend Fortbildungsschulen voll an, bedauern aber — so mehr, daß die gesetzliche Verpflichtung der Gemeinden zur Einrichtung obligatorischer Fortbildungsschulen nur für die männliche Jugend Geltung haben soll.“

Da der Ausschluß der gewerblich und kaufmännisch tätigen weiblichen Jugend von dem Gegen des Fortbildungsschulzwanges eine materielle und geistige Benachteiligung der Frau gegenüber dem Manne und zugleich eine Schädigung der Volkswirtschaft und der nationalen Kultur bedeutet, so fordert die Versammlung die Ausdehnung des Fortbildungsschulzwanges in demselben Umfang wie für die männliche auf die gewerblich und kaufmännisch tätige weibliche Jugend durch Landesgesetz. In Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern wäre die Pflichtfortbildungsschule für Mädchen sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes einzuführen, kleineren Gemeinden könnten Uebergangsstufen bewilligt werden.

Die Versammlung fordert ferner, daß die Pflichtfortbildungsschulen für Mädchen in demselben Umfang wie die für Knaben einen sachlichen Charakter tragen und daß im Interesse einer gesunden Entwicklung des Fortbildungsschulwesens und zur Förderung von Handel und Gewerbe das preussische Fortbildungsschulwesen auch weiterhin dem Handelsminister unterstellt bleibt.

Die Versammlung lehnt die Einführung des Religionsunterrichtes in die Fortbildungsschulen ab.

In die Schulvorstände der Fortbildungsschulen sind auch sachmäßig geschulte Frauen aufzunehmen.“

Wir bedauern, daß die Veranlasser für die gewiß recht interessante Veranstaltung kein anderes Lokal zu finden wußten als das „Architektenhaus“, aus dem die Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen durch den Willen der Besitzer systematisch ferngehalten werden. Bei dem großen Interesse, das ein Thema wie das gewählte doch ganz besonders für die arbeitende Bevölkerung hat, wäre es doppelt Aufgabe der Versammlungseinberufer gewesen, einen Saal zu wählen, in dem die Arbeiterschaft Zutritt hat, um so mehr, als eine Forderung wie die aufgestellte nur an Relief gewinnen kann, wenn sie von denen mitgestellt wird, die als Nachbeteiligte in Frage kommen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist kosten los 27. Heft des 29. Jahrgangs erhalten. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Uchhorn'sche Politik — Fleischsteuer und Kleinrenten. Von R. Kahlke. — Die Tarifpolitik der Arbeitgeberverbände und die Aufgaben der Gewerkschaften. Von Wilhelm Krenner (Frankfurt a. M.). — Der industrielle Großbetrieb. Von Fritz Kummer. — Literarische Rundschau. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Witzernungsübersicht vom 6. April 1911.

Stationen	Genossinnen	Genossen	Witzernungs	Stationen	Genossinnen	Genossen	Witzernungs
Stommeln	767 M	4 halb bb.	0	Caparanta	759 M	1 wessent	3
Damburg	769 M	2 wessent	1	Petersburg	765 M	1 heiler	15
Berlin	767 M	2 wessent	2	Schloß	768 M	8 wessent	1
Kraus a. R.	769 M	5 bededt	1	Abereca	776 M	5 bededt	1
Rindsen	756 M	6 bededt	3	Caris	761 M	4 Schure	1
Wien	760 M	2 Schure	3				

Witzernungsprognose für Freitag, den 7. April 1911.
Ein wenig wärmer, vielach heiter, aber noch veränderlich bei etwas schwächeren nordöstlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterdienst.

Jeder Handwerker, jeder Arbeiter
 kauft seine Kleidung in dem größten Spezialgeschäft von
Kohnen & Jöring, Arbeitskleidung für jeden Beruf.
 Hauptgeschäft: Alexanderstr. 28. Filialen: Rosenthaler Str. 53, Ecke Weinmeisterstraße;
 Sandberger Allee 148, am Friedrichshain; Rixdorf: Bergstr. 66, am Ringbahnhof.

Birkenwerder - Paradiesgarten.
 Empfehlung mein Lokal allen werthen
 Vereinen zu Herrenpartien.
 Leitungsdirektor Karl Zengbusch.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garant. Teilz. wöchentl. 1 M. Plomben
 1,50 M. Fast vollk. schmerzlos Zahnziehen. Um-
 arbeitung schlecht sitzender Gebisse Reparaturen sofort.
Zahn-Arzt Wolf, Potsdamer Str. 55, (Hochbahnstr. Billowstr.) 8-7.

35 Sie sparen Geld! 35
Möbel direkt zu Engrospreisen
 in der Möbelfabrik
H. Walter Inh. Willi Maab, Brunnenstr. 35
 kein Laden Tel.: A. 111, 5157
 kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude - nur
 eigenes Fabrikat. - Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Verhütung der Syphilis durch
Ehrlich-Hata 606.
 Aufklärungsbuch über Vorsichts-
 maßregeln u. Erkennung d. Lust-
 suchts von Dr. Zikel. Für
 M. 1,- franco d. d. Medizin. Verlag
 E. Schwalzer & Co., Berlin NW. 87a.
Stoffe
 für Anzüge, Paletots, Kostüme etc.
 leicht einzuwaschen, heißt Geld sparen!
 Tuchlager Koch & Seeland G.m.b.H.
 Gertraudenstr. 20-21 Tel. 2-1518

Theater und Vergnügungen

Freitag, 7. April
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Sauer-
 lade.
Königl. Schauspielhaus. Flach-
 mann als Erzieher.
Deutsches Haus. I. Teil.
Neues Schauspielhaus. Faust,
 I. Teil.
Neues Operetten. Der ledige Galte.
 Anfang 8 Uhr.
Neues königl. Operntheater.
 Der Stummhaller.
Kammertheater. Die Königin.
 Kessing. Glaube und Heimat.
 Kleines. Der Redigebild.
Verliner. Summestudenten.
Neues. Die lustigen Nibelungen.
Neues. Wein erlauchtler Ahnherr.
Romische Oper. Hoffmanns Ge-
 schichten.
Ensembletheater. Die grüne Reine.
Trianon. Hippolyte's Abenteuer.
Reißens. Fernand's Ehekontrakt.
Pharis. Polnische Wirtschaft.
Schiller O. (Wolke - Theater.)
 Egmont.
Sch. Charlottenburg. Gabriello
 der Fischer.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
 Eine Ehe.
Volksoper. Undine. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
 Kauten. Aus erster Ehe.
Modernes. Coletta, eine am-
 hässliche Frau.
Neue. Wilhelm Tell.
Herrnsfeld. Scheidungs-Souper.
 Bar-Schwester.
Holles Caprice. Soll und Haben.
 (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Metropol. Hurra - Wir leben
 noch!
Volg. Der Weinstadter.
Königs. Zwei Wappen.
Apoll. Spezialitäten.
Vollge. Spezialitäten.
Non. Seneca oder: Die Grabes-
 brand.
Reichshallen. Stettiner Säng.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Kaiser-Panorama. Im Banne
 des Befehls. Neapel. Selva. Lava-
 scher. u. s. w. Französische Riviera.
Walhalla. Bravo! Das Capri! (An-
 fang 8 1/2 Uhr.)
Intimes. Nacharbeit. Niederbräu.
 (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Wedding. Lustspiele.
Urania. Taubenstraße 48/49.
 Abends 8 Uhr: Von Abbazia bis Corfu.
Residenz-Theater.
 Direction: Richard Alexander.
 Anfang 8 Uhr.
Fernand's Ehekontrakt.
 Schwank in 3 Akten von Georges
 Feytaud. In deutscher Bearbeitung
 von Benno Jacobson.
 Sonntag, 9. April, nachm. 3 Uhr:
Pariser Menu.
 Morgen und folgende Tage:
Fernand's Ehekontrakt.
Lustspielhaus.
 Abends 8 Uhr:
Die grüne Reine.
Berliner Volksoper
 Belle-Alliancestraße 7/8. - 1/9 Uhr:
Undine.
Luisen-Theater.
 Heute zum 25. Male:
Aus erster Ehe.
 Schauspiel in 3 Akten v. Ernst Müllersfeldt
 nach einer Erzählung von D. Couvris
 Wahl.
 Sonnabend: Aus erster Ehe.
 Sonntag 3 Uhr: Die Räuber.
 8 Uhr: Aus erster Ehe.
Metropol-Theater.
 Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Hurra!
Wir leben noch!
 Große Kundgebungsdramme in 7 Akten
 v. H. Freund. Musik v. H. Holländer.
 In Szene gesetzt von Dir. H. Schulz.
Apoll Theater
 Heute:
 Die gesamten großen Spezialitäten.
 9 1/2 Uhr:
Heinrich Prang
 in dem Schwank
Ein Gemütsmensch.
WINTERGARTEN
Neues Programm!
Der
sprechende
Hund
 und weitere
12 Attraktionen 12
 U. a.:
Roda Roda.
 Rauchen gestattet.
Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Lina Loos
 mit neuem Repertoire.
Patty Frank Truppe
 Weltmeister d. Mikroskopie
 und das
 große April-Varieté-Programm.
Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Sonntag, den 9. April 1911:
Maria Stuart.
 Rossenerstr. 6 1/2, Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Nach der Vorstellung:
Tanz.
ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Wilhelm Tell.
 Sonnabend: Der Stummhaller.
 Sonntag 3 Uhr: Am Rande d.
 Adrungs. 8 Uhr: Mutterlegen.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater
 Taubenstraße 48/49.
 Abends 8 Uhr:
Von Abbazia bis Corfu.
Residenz-Theater.
 Direction: Richard Alexander.
 Anfang 8 Uhr.
Fernand's Ehekontrakt.
 Schauspiel in 3 Akten von Georges
 Feytaud. In deutscher Bearbeitung
 von Benno Jacobson.
 Sonntag, 9. April, nachm. 3 Uhr:
Pariser Menu.
 Morgen und folgende Tage:
Fernand's Ehekontrakt.
Lustspielhaus.
 Abends 8 Uhr:
Die grüne Reine.
Berliner Volksoper
 Belle-Alliancestraße 7/8. - 1/9 Uhr:
Undine.
Luisen-Theater.
 Heute zum 25. Male:
Aus erster Ehe.
 Schauspiel in 3 Akten v. Ernst Müllersfeldt
 nach einer Erzählung von D. Couvris
 Wahl.
 Sonnabend: Aus erster Ehe.
 Sonntag 3 Uhr: Die Räuber.
 8 Uhr: Aus erster Ehe.
Metropol-Theater.
 Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Hurra!
Wir leben noch!
 Große Kundgebungsdramme in 7 Akten
 v. H. Freund. Musik v. H. Holländer.
 In Szene gesetzt von Dir. H. Schulz.
Apoll Theater
 Heute:
 Die gesamten großen Spezialitäten.
 9 1/2 Uhr:
Heinrich Prang
 in dem Schwank
Ein Gemütsmensch.
WINTERGARTEN
Neues Programm!
Der
sprechende
Hund
 und weitere
12 Attraktionen 12
 U. a.:
Roda Roda.
 Rauchen gestattet.
Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Lina Loos
 mit neuem Repertoire.
Patty Frank Truppe
 Weltmeister d. Mikroskopie
 und das
 große April-Varieté-Programm.
Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Sonntag, den 9. April 1911:
Maria Stuart.
 Rossenerstr. 6 1/2, Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Nach der Vorstellung:
Tanz.
ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Wilhelm Tell.
 Sonnabend: Der Stummhaller.
 Sonntag 3 Uhr: Am Rande d.
 Adrungs. 8 Uhr: Mutterlegen.

Jugendausschuß
 für Groß-Berlin.
 Sonntag, den 9. April 1911,
 abends 7 Uhr,
 in den „Union-Festsälen“,
 Greifswalder Straße 221-223,
 am Königstor. 289/20*
Frühlingsfeier.
 Mitwirkende: Max Grunwald (Festred.),
 Eduard v. Winterstein (Rezitation),
 Kammermusik-Vereinigung für Blasinstrumente
 unter Leitung von Gustav Bumeke
 (Herr Schleimer: Flöte. Herren Baum und Hering:
 Oboe. Herren Fassungs und Ewald: Klarinette.
 Herren Kurz und Lange: Fagott. Herren Friess
 und Kersten: Waldhorn). Männerchor: Gesangs-
 verein Norden (M. d. A.-S.-B.) Dir.: Georg Diesbach.
 Eintritt frei. Garderobe 10 Pf.
 Alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen
 sind zu dieser Feier freundlichst eingeladen.

Gesangverein Liberté.
 M. d. D. A.-S.-B. Chorleiter Herr P. A. Joseph. M. d. D. A.-S.-B.
 Sonntag, den 9. April (Palmsonntag) im großen Konzertsaal
 von Kellers Neuer Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97:
Frühjahrs-Konzert.
 Mitwirkende:
 Konzertsängerin Frau Emmy v. Holstein (Sopran).
 Herr Fritz Richard vom Deutschen Theater (Rezitation).
 Herr Leo Kestenberg (Klavier).
 Beginn des Konzerts präzise 7 Uhr.
 Einlaß 6 Uhr. □ Eintritt 50 Pf.
 Programm und Liedertext gratis!
 Rauchen ist nicht gestattet!
 Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt!

Thilosche Chöre 300 Sänger
 Männer-Chor Ost :: Sängers-Chor Wedding
 Männer-Gesangsverein „Namentlos“
 Mitglied des Deutschen Arbeit-Sängerb. Gau Berlin
 Chorleiter: Emil Thilo.
Großes Konzert
 am Sonntag, den 9. April 1911 (Palmsonntag)
 in der Brauerei Friedrichshain, Am Königstor
 (größter Konzertsaal Berlins) 60/12
 unter Mitwirkung des Solisten Herrn Prof. Bernhard
 Dessau, Konzertmeister der königlichen Oper (Violine)
 und des königl. Kammerängers Herrn Fr. Kalweit
 (Tenor), sowie des „Neuen Tonkünstler-Orchesters“.
 Dirig.: Kapellmeister Fr. Hofffelder, 50 Musiker.
 An der Kasse 75 Pf., Vorverkauf-Billett 60 Pf.
 Anfang pünktlich 5 Uhr. Rauchen verboten.
 Kinder unter 10 Jahren haben keinen Eintritt.

Herrnsfeld
 Theater
 Die drei sensationellen Novitäten:
Das Scheidungs-Souper
Ein Verlobungsgeschäft
Die Bar-Schwester
 Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.
Trianon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Hippolyte's Abenteuer.

„CLOU“
 BERLINER KONZERTHAUS
 Mauorstr. 62. Zimmerstr. 90-91
 Heute!
 und folgende Tage:
C. M. Ziehrer
 Gastspiel des k. k. Hofball-Musikdirektors
 mit seiner aus 65 Wiener Künstlern bestehenden Kapelle.
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.

„Prachtsäle des Ostens“
 Entaber: Oskar Czanz. Frankfurter Allee 131-132.
 Sonntag, den 9. April er., abends 8 1/2 Uhr, im Theateraal:
Gastspiel des neuen Wiener Operetten-Ensembles
Polnische Wirtschaft.
 Operettenposse in 3 Akten von Franz und Csekonowski. Musik von N.
 Gilbert. Gesangstexte von H. Schönfeld. 37022
 Repertoiretheater des Berliner Thalia-Theaters. Preise der
 Plätze im Vorverkauf bei jeder u. 20 Pf., Berlin O., Frank. Allee 184,
 Gustav Deyer, Poststr. 14 und in den Prachtsälen des Ostens,
 Sperrst. 1, 25. I. Platz 1,-, II. Platz 75 Pf. An der Abendkasse Sperrst. 1,50,
 I. Pl. 1,25, II. Pl. 1,-. Galerie und Stehplatz an der Abendkasse 50 Pf.

Potsdamer Sport-Palast Potsdamer
 Str. 72/72a **Sport-Palast** Str. 72/72a
Größter Eispalast der Welt.
 Allabendlich:
 Glänzende sportliche Vorführungen und die Ausstattungs-Feierte
„Eisfest an der Nawa.“
 Eintritt bis 5 Uhr 50 Pf.
 Nach 5 Uhr M. 1,-, reservierter Platz M. 2,-

Zirkus Busch.
 Freitag, 7. April, abds. 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Bon-Bon
 Der sprechende Ueberhund!
 (Parodie).
Mons. Cariot
 Hindostanische Jongleurkünste
 Herr Georg Burkhardt - Footitt,
 Schulreiter. Herr Ernst Schu-
 mann, Meistredressuren.
 3 Gabe. Fratellini, urk. Clowns.
Die Fredians.
 Um 9 1/4 Uhr zum 110. Male:
„Armin.“
 Gr. Volks-Manege-Schaustück

Zirkus A. Schumann.
 Freitag, den 7. April 1911,
 abends 7 1/2 Uhr:
Automobil-
Ueberholungs-
rennen in d. Luft
 Die größte Attraktion der
 Jetztzeit
 aufgeführt von La belle Georgina
 und ihrem Partner. 9 1/2 Uhr:
D. gr. Coup d. Schmutzler
 Vorher: Das gr. Programm.
 Auftreten sämtlicher neuen
 Spezialitäten.

Folies Caprice.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Soll
 und
Haben.
 Ein lediger Chemann.

Passage-Panoptikum.
Hede
Kosch
 Das Mädchen aus der Steinzeit!
 Das Urbild der Menschwerdung!
Lebend zu sehen!
 Täglich von 11-1 u. von 3-10 Uhr.

Casino-Theater
 Postfänger Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Zwei Wappen.
 Schwank in 4 Akten v. Oskar Blumen-
 thal und Gustav Radefburg.
 Vorher: erstklassiger bunter Teil.
 Sonntag 8 1/2 Uhr: Familie Klankert.

Voigt-Theater
 Gesundbrunnen, Badstraße 58.
 Freitag, den 7. April:
Der Meincidbaner.
 Volksspiel mit Gesang in 3 Akten
 (7 Bildern) von Ludwig Angenwieser.
 Kassenöffnung 7, Anfang 8 Uhr.

Noacks Theater.
 Direction: Robert Dill.
 Berlin N., Grunnenstraße 16.
 Zum letztenmal:
Lenore
 oder: Die Grabesbrand.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkaufsstellen gültig.
 Sonnabend: Großer Lustspiel.
 abend.

Walhalla-Theater.
 Rosenthaler Str. Weinbergstr. 20
 Abends 8 1/2 Uhr:
Bravo! Da Capo!
 April-Einlagen.
 Sonntagsnachm. 3 1/2 Uhr:
Unsere Don Juans.
 Kleine Preise.

Brauerei Friedrichshain
 Am Königstor.
 Größter Konzertsaal Berlins.
 Heute, Freitag:
Operetten- u. Walzerabend von
Johann Strauß
 aus Wien
 mit seiner vollständigen Kapelle.
 Anfang 8 Uhr.
 Entree 50 Pf. Refer. Pl. 75 Pf.
 Für den Inhalt der Interate
 übernimmt die Redaktion dem
 Publikum gegenüber keinerlei
 Verantwortung.

Reichshallen-Theater.
 Stettiner Säng.
 Britton als
Mieze
im Hosenrock
 Anfang
 wochentags
 8 Uhr
 Sonntags
 7 Uhr.

Wahlbezirke und Wahllokale des 4. Wahlkreises

für die

am 10. April zu vollziehende Ersatzwahl eines Abgeordneten zum Reichstage.

Stadtblz. 63. Wahlbez. 1. Adalbertstr. 18-23 u. 67-85, Behnemannstr. von Adalbertstraße bis Mariannenstr. (10 bis Ende), Mariannenplatz 1-6, Mariannenstr. 1, Raunynstr. 32-33 u. 59-60, Waldemarstraße 23 u. 47-71 (3371).

Wahllokal: Adalbertstr. 21 bei Wolffschläger, part.

Stadtblz. 84. Wahlbez. 2. Raunynstr. 20-31 u. 61-73 (3096).

Wahllokal: Hermanns Festhalle, Raunynstr. 27.

Stadtblz. 3. Mariannenstr. 2-7 u. 47-50, Raunynstr. 16-19 u. 73-90 (3097).

Wahllokal: 7. Realschule, Mariannenstr. 47, Turnhalle.

Stadtblz. 85. Wahlbez. 4. Heinrichplatz, Mariannenstr. 7a-11 u. 43-46, Dranienstr. 2-25a u. 184-206, Stalher Str. 121 (3070).

Wahllokal: Luisenstädt. Kasino, Dranienstr. 180, Tunnel.

Stadtblz. 86 und Teile von 81. Wahlbez. 5. Adalbertstr. 1-12 u. 91-100, Dresdener Str. 1-5, Dranienstr. 176-183 (1849).

Wahllokal: Luisenstädt. Kasino, Dranienstr. 180, part.

Stadtblz. 6. Adalbertstr. 13-17 u. 86-90, Dranienstr. 24-30 und vom Stadtblz. 81: Dranienstr. 31-41 u. 166-173 (1741).

Wahllokal: Dranienstr. 173 bei Widiß, Saal links.

Stadtblz. 88 und Teile von 87. Wahlbez. 7. Kottbuser Str. 1-7, 10, 11 u. 16-28, Reichenberger Str. 15-25 u. 166-171 und vom Stadtblz. 87: Bräuer Str. 25, Kottbuser Str. 12 u. 13 (3099).

Wahllokal: Kottbuser Str. 19 bei Dubiel.

Stadtblz. 89. Wahlbez. 8. Hochbahnhof Kottbuser Tor, Rantensfelstraße 44, Mariannenstr. 12 u. 42, Dranienstr. 206 u. 207, Reichenberger Straße 173-178, Stalher Str. 14-35 u. 108-126 (erkl. 121 (3449)).

Wahllokal: Schumanns Festhalle, Stalher Str. 126.

Stadtblz. 90. Wahlbez. 9. Kottbuser Str. 14 u. 15, Kottbuser Ufer 45, Mariannenstr. 13-37, Reichenberger Str. 26-30 u. 166 (1866).

Wahllokal: Theater-Restaurant, Kaufg. links, Reichenberger Str. 34.

Stadtblz. 10. Mariannenstr. 38-41, Reichenberger Str. 31-38 u. 153-164 (1916).

Wahllokal: Theater-Restaurant, Kaufg. rechts, Reichenberger Str. 34.

Stadtblz. 91. Wahlbez. 11. Rantensfelstr. 43-56 u. 73-89, Reichenberger Str. 39-42 u. 149-152 (1829).

Wahllokal: Rantensfelstr. 37 bei Panneke.

Stadtblz. 12. Reichenberger Str. 43-52 u. 139-148 (1939).

Wahllokal: 50./68. Gemeindefschule, Reichenberger Str. 44/45, Turnhalle.

Stadtblz. 92. Wahlbez. 13. Kottbuser Ufer 31-44a, Rantensfelstraße 57-72 (3099).

Wahllokal: Kottbuser Ufer 32 bei Huber.

Stadtblz. 93. Wahlbez. 14. Kottbuser Ufer 29 u. 30, Kaufher Str. 16 bis 38, Reichenberger Str. 53-54 u. 137-138 (1875).

Wahllokal: Kaufher Str. 37 bei Jorch.

Stadtblz. 15. Kaufher Str. 7-15 u. 39-46 (1850).

Wahllokal: Reichenberger Str. 138 bei Karra.

Stadtblz. 94. Wahlbez. 16. Kaufher Str. 1-6 u. 47-52, Rantensfelstraße 84, Stalher Str. 36-40 u. 46-46a, Wiener Str. 1-15 u. 63-69 (2115).

Wahllokal: Reumanns Festhalle, Kaufher Str. 8.

Stadtblz. 95. Wahlbez. 17. Hochbahnhof „Dranienstraße“, Rantensfelstraße 34-43 und 85-98, Raunynstr. 1 und 91, Dranienstr. 1, Stalher Str. 41-45 und 97-107 (2627).

Wahllokal: Ruds Festhalle, Rantensfelstr. 95.

Stadtblz. 96. Wahlbez. 18. Kaufher Platz 1-6 und 14-18, Rantensfelstraße 32-33 und 99-100, Bäckerstr. 27, Stalher Str. 96, Waldemarstraße 2-8 und 71-78 (1672).

Wahllokal: Restaurant Süd-Ost, Waldemarstr. 75.

Stadtblz. 97. Wahlbez. 19. Mariannenplatz 6a-9a, Mariannenstr. 51 bis 13, Raunynstr. 2-15, Waldemarstr. 62-63a (2297).

Wahllokal: Raunynstr. 6 bei Wollenberg.

Stadtblz. 20. Mariannenplatz 9b-17, Ruskauer Str. 30, Waldemarstraße 10-22 und 64-70 (2435).

Wahllokal: Waldemarstr. 22 bei Seiffert.

Stadtblz. 98. Wahlbez. 21. Rantensfelstr. 20-23, 29-31 und 101-111, Ruskauer Str. 16 und 41 (2298).

Wahllokal: Rantensfelstr. 107 bei Lorenz.

Stadtblz. 22. Rantensfelstr. 24 und 25, Ruskauer Str. 17-23 und 31 bis 40 (2296).

Wahllokal: Ruskauer Str. 33 bei Scholz.

Stadtblz. 99. Wahlbez. 23. Köpenicker Str. 91-99 und 143-158, Mariannenplatz 27-28, Mariannenstr. Brangelstr. 134-137 (2507).

Wahllokal: Waldhaus Immergrün, Köpenicker Str. 158.

Stadtblz. 24. Rantensfelstr. 17, Mariannenplatz 18-26, Ruskauer Str. 29, Brangelstr. 1-15 und 122-133 (2531).

Wahllokal: 80. Gem.-Schule Brangelstr. 128, Turnhalle.

Stadtblz. 100. Wahlbez. 25. Köpenicker Str. 18-20a und 159-164, Rantensfelstr. 1-6 und 121-130 (2059).

Wahllokal: Restaurant Zum lieben Paul, Köpenicker Str. 161.

Stadtblz. 26. Rantensfelstr. 7-16, 18-19 und 112-120, Brangelstr. 16-18 u. 121 (1967).

Wahllokal: Romas Festhalle, Rantensfelstr. 9.

Stadtblz. 101. Wahlbez. 27. Brommstraße, Westseite von Köpenicker Straße bis zur Spree, Eisenbahnstr. 24 und 25, Köpenicker Str. 16-17 und 165-172, Bäckerstr. 1-6 und 45-51 (1961).

Wahllokal: Bäckerstr. 50 bei Wollert.

Stadtblz. 28. Bäckerstr. 7-15 und 38-54 (2053).

Wahllokal: Bäckerstr. 10 bei Ringel.

Stadtblz. 102. Wahlbez. 29. Ruskauer Str. 12-15 und 42-47, Bäckerstr. 16-26 und 28-37, Waldemarstr. 1, Brangelstr. 19-22 und 113-120 (2770).

Wahllokal: Brangelstr. 21 bei Weiser.

Stadtblz. 103. Wahlbez. 30. Eisenbahnstr. 1-14 und 36b-48, Kaufher Platz 12-13, Ruskauer Str. 9-11 und 48-49, Brangelstr. 23-24 und 111-112 (1927).

Wahllokal: Eisenbahnstr. 9 bei Sech.

Stadtblz. 31. Eisenbahnstr. 15-23 u. 26-36a (1998).

Wahllokal: Eisenbahnstr. 29 bei Rofler.

Stadtblz. 104. Wahlbez. 32. Kaufherplatz 7-11, Ruskauer Str. 1-5 und 50-55, Stalher Str. 84-95a, Brangelstr. 25-39 u. 100-110, Jungboffstr. 11-23 (3018).

Wahllokal: Brangelstr. 105 bei Kurth.

Stadtblz. 105. Wahlbez. 33. Boverstraße, Brommstraße Ostseite von Köpenicker Straße bis zur Spree, Gröbenstr. 5-9, Köpenicker Str. 1-15, Oberbaumstr. 7, Pfluelstraße (2425).

Wahllokal: 114./122. Gem.-Schule, Köpenicker Str. 2, Turnhalle.

Stadtblz. 34. Köpenicker Str. 157-195, Stalher Str. 73-83, Brangelstraße 97-99, Kaserne des I. Bataillons des III. Garde-Regiments u. 3. (2296).

Wahllokal: Kasino-Restaurant, Köpenicker Str. 1.

Stadtblz. 35. Köpenicker Str. 173-186, Jungboffstr. 1-10 und 24-29, Kaserne des 2. und 3. Bataillons des III. Garde-Regiments u. 3. (2602).

Wahllokal: Restaurant Hohenzollern, Köpenicker Str. 174.

Stadtblz. 106. Wahlbez. 36. Faldensteinstr. 1-7 und 30-49, Gröbenstr. 1-4, Oberbaumstr. 1-6 und 8-12, Schleißische Str. 1-9 und 39-46, Brangelstr. 85 (3180).

Wahllokal: Gröbenstr. 1 bei Peter.

Stadtblz. 37. Faldensteinstr. 8-11 und 35-38, Oppelner Str. 8-9 und 38-39, Sorauer Str. 1 und 31, Brangelstr. 43-54, 81-84 und 86 bis 89 (2727).

Wahllokal: 54. Gem.-Schule, Schleißische Str. 4, Kula.

Stadtblz. 38. Hochbahnhof „Am Schleißischen Tor“, Oppelner Str. 1-7 und 40-49, Stalher Str. 63-72, Brangelstr. 40-41 und 90-96 (2612).

Wahllokal: Hochbahnrestaurant, Schleißisches Tor.

Stadtblz. 107A. Wahlbez. 39. Cuvyrstr. 17-18 u. 40-41, Brangelstraße 55-66 und 68-80 (2623).

Wahllokal: Brangelstr. 61 bei Schlegel.

Stadtblz. 40. Cuvyrstr. 30-33, Göllicher Str. 31-40, Göllicherufer 7 bis 16 und 27-31, Hedmannufer 10, Platz H, Brangelstr. 66a und 67 (2080).

Wahllokal: 170./251. Gem.-Schule, Göllicherufer 15, Turnhalle.

Stadtblz. 41. Cuvyrstr. 19-29 und 34-39, Göllicher Str. 41-44 (2791).

Wahllokal: Restaurant „Sängerheim“, Göllicher Str. 44.

Stadtblz. 107B. Wahlbez. 42. Cuvyrstr. 1-7 und 50-52, Schleißische Straße 10-15 und 26-35 (2495).

Wahllokal: Haase-Kaufhaus, Schleißische Str. 28.

Stadtblz. 43. Cuvyrstr. 8-16 und 42-49, Göllicherufer 1, Schleißische Straße 16-22 (2963).

Wahllokal: Schleißische Str. 16 bei Merimann.

Stadtblz. 44. Cuvyrstr. Göllicherufer 2-6 und 32-38, Hedmannufer 1-9, Lohmühlenstr. 1-6, Schleißische Str. 23-25a, Vor dem Schleißischen Tor, Schleusenstr. (2642).

Wahllokal: Restaurant „Zur Klause“, Göllicherufer 34.

Stadtblz. 108A. Wahlbez. 45. Göllicher Str. 59-61, Sorauer Str. 2 bis 16, 18-20 (3133).

Wahllokal: Sorauer Str. 22 bei Seiler.

Stadtblz. 46. Oppelner Str. 10-22 und 25-37 (2674).

Wahllokal: Oppelner Str. 13 bei Feidler.

Stadtblz. 108B. Wahlbez. 47. Faldensteinstr. 12-20 u. 28-34 (1945).

Wahllokal: 177./191. Gem.-Schule, Göllicher Str. 51, Turnhalle.

Stadtblz. 48. Faldensteinstr. 21-27, Göllicher Str. 45-58, Oppelner Str. 23 und 24, Sorauer Str. 17 (1976).

Wahllokal: Göllicher Str. 52 bei Stefan.

Stadtblz. 109. Wahlbez. 49. Göllicher Str. 6-37, Lobbener Str. 30, Stalher Str. 47-61 (2996).

Wahllokal: Göllicher Str. 70 bei Berner.

Stadtblz. 50. Göllicher Str. 62, Lobbener Str. 1-29, Stalher Str. 62, Brangelstr. 39 (3029).

Wahllokal: Lobbener Str. 1 bei Pfeiff.

Stadtblz. 110. Wahlbez. 51. Glogauer Str. 1 u. 34, Göllicher Ufer 17 bis 20, Regnitzer Str. 43, Raiborstr. 1 und 21, Wiener Str. 36-39 und 41-58 (3018).

Wahllokal: Wiener Str. 41 bei Ewald.

Stadtblz. 52. Göllicher Eisenbahnhof, Göllicher Eisenbahnhofsgebäude, Göllicher Str. 1-28, Stalher Str. 46b, Spreemühlplatz, Wendenstraße, Wiener Str. 16-21, 24-33, 33b-35 u. 59-62 (2770).

Wahllokal: Wiener Str. 20 bei Grünig.

Stadtblz. 111. Wahlbez. 53. Grünauer Str. 1-13 u. 31-41, Reichenberger Str. 127-139, Wiener Str. 23 u. 23 (2455).

Wahllokal: Grünauer Str. bei Ciepiel.

Stadtblz. 54. Grünauer Str. 14-30, Kottbuser Ufer 18-29, Reichenberger Str. 55-63a u. 133-136 (2551).

Wahllokal: Grünauer Str. 16 bei Jahre.

Stadtblz. 112A. Wahlbez. 55. Forsterstr. 1-9 und 49-55, Wiener Straße 33a (2120).

Wahllokal: Reichenberger Str. 115a bei Friß.

Stadtblz. 56. Forster Str. 10-10a u. 47-48, Regnitzer Str. 12, Reichenberger Str. 111-126 (2187).

Wahllokal: Reichenberger Str. 119 bei Wolffsch.

Stadtblz. 112B. Wahlbez. 57. Forster Str. 11-16 und 44-46, Regnitzer Str. 13 u. 14, Reichenberger Str. 64-76 (1957).

Wahllokal: Reichenberger Str. 75/76 bei Kernchen.

Stadtblz. 58. Forster Str. 17-13, Kottbuser Ufer 12-17a (1789).

Wahllokal: Forster Str. 22 bei Rauber.

Stadtblz. 113A. Wahlbez. 59. Kottbuser Ufer 5-11, Regnitzer Str. 15 bis 33, Reichenberger Str. 77-85 (2522).

Wahllokal: Reichenberger Str. 81 bei Dirjeland.

Stadtblz. 60. Regnitzer Str. 1-11 u. 34-42, Reichenberger Str. 105 bis 110, Wiener Str. 40 (2687).

Wahllokal: Reichenberger Str. 107 bei Rätzsch.

Stadtblz. 113B. Wahlbez. 61. Glogauer Str. 2-33, Kottbuser Ufer 3 bis 4a, Reichenberger Str. 86-90 u. 98a-104 (2963).

Wahllokal: Glogauer Str. 23 bei Fijcher.

Stadtblz. 62. Göllicher Ufer 21-26, Kottbuser Ufer 1-2, Raiborstr. 2 bis 20, Reichenberger Str. 91-98 (3190).

Wahllokal: Reichenberger Str. 96a bei Sauerbaum.

Stadtblz. 145. Wahlbez. 63. Alexanderstr. 8-17 und 20a-36a, Blumenstr. 1 und 84, Dirschstr. 1-15, Holzmarktstr. 73, Kaiserstr. 26, Regnitzer Str. 12 und 12a, Schiedlerstr. 1-3 und 12-13, Stadtbahndogen 72 bis 76, Voltarkstraße von der Stadtbahn bis zur Alexanderstraße, Wallnertheaterstr. 26-27 (2840).

Wahllokal: Englischer Garten, Alexanderstr. 27a.

Stadtblz. 146. Wahlbez. 64. Blankenfeldestr. 1 und 15, Blumenstr. 75, Große Frankfurter Str. 70, Regnitzer Str. 1-11 und 13-19, Schillingstr. 1 bis 20 und 23-39 (2341).

Wahllokal: Braunschweiger Hof, Schillingstr. 36.

Stadtblz. 65. Kleine Frankfurter Str. 1-9 und 20-25, Kaiserstr. 1 bis 24 und 27-48, Schillingstr. 21-22 (2523).

Wahllokal: 69. Gemeindefschule, Kleine Frankfurter Str. 6, Turnhalle.

Stadtblz. 147. Wahlbez. 66. Blumenstr. 2-14a, 69-74 und 76-83, Grüner Weg 1 und 2, Pfandstraße, Rantensfelstr. 9-11, Wallnertheaterstraße 13-25 und 28-34 (3036).

Wahllokal: Pfandstraße 10, Blumenstr. 10.

Stadtblz. 67. Blumenstr. 15-26 und 59-68, Grüner Weg 3-18a u. 114-123, Rantensfelstr. 12-15, Rantensfelstr. 45-46 (3183).

Wahllokal: Fällale der 12. Gemeindefschule, Blumenstr. 63a, Turnhalle.

Stadtblz. 148. Wahlbez. 68. Alexanderstr. 19 und 20, Holzmarktstr. 1 bis 18 und 59-72, An der Jannowibrücke, Bahnhof Jannowibrücke, An der Wilschbrücke (Westseite), Stadtbahndogen 45-71 und vom Stadtblz. 3: Alexanderstr. 18 (1953).

Wahllokal: Königsstädt-Kasino, Holzmarktstr. 72.

Stadtblz. 69. Holzmarktstr. 52-58, Rantensfelstr. 54, Raupackstraße, Wallnertheaterstr. 1-12 und 35-45 (2186).

Wahllokal: Wallnertheaterstr. 34 bei Jang.

Stadtblz. 149. Wahlbez. 70. Andreasstr. 68, Langestr. 19-27 und 82 bis 92 (2197).

Wahllokal: Langestr. 84 bei Bachmann.

Stadtblz. 71. Holzmarktstr. 19-24 und 43-51, Krautstr. 29, Langestraße 1-16 und 104-110, An der Wilschbrücke (Ostseite), Stadtbahndogen 28-44 (2516).

Wahllokal: Koerner's Gefellshaus, Langestr. 108.

Stadtblz. 72. Krautstr. 23-28 und 30a-31a, Langestr. 11-18 und 93 bis 103 (2423).

Wahllokal: Langestr. 9 bei Scheer.

Stadtblz. 150. Wahlbez. 73. Grüner Weg 14-22 und 102-113, Krautstraße 11-12, Rantensfelstr. 10-14, Kleine Rantensfelstr. 19-30 (1829).

Wahllokal: Grüner Weg 22 bei Thie m.

Stadtblz. 74. Krautstr. 16-16a, Rantensfelstr. 1-9 und 47-53, Kleine Rantensfelstr. 1-18 (1817).

Wahllokal: 155./156. Gemeindefschule, Rantensfelstr. 49, Turnhalle.

Stadtblz. 151. Wahlbez. 75. Blumenstr. 33 und 56-58, Krautstr. 4 bis 5, Rantensfelstr. 15-28 und 31-44 (2800).

Wahllokal: Rantensfelstr. 18.

Stadtblz. 76. Blumenstr. 27-31 und 33-34 und 51a-55, Krautstraße 1a-3a, 6-10, 47-52, 54a-55a (2783).

Wahllokal: 12./64. Gem.-Schule, Krautstr. 49, Turnhalle.

Stadtblz. 152. Wahlbez. 77. Blankenfeldestr. 2-14, Gr. Frankfurter Str. 74-83, Rantensfelstr. 1-8 und 16-25 (3174).

Wahllokal: Königsstädt-Kasino, Gr. Frankfurter Str. 78.

Stadtblz. 78. Gr. Frankfurter Str. 49-69, 71-73 und 84-89, Rantensfelstraße 30, Rantensfelstr. 10-34 (3392).

Wahllokal: Frankfurter Hof, Gr. Frankfurter Str. 47.

Stadtblz. 153. Wahlbez. 79. Andreasstr. 45 und 46, Blumenstr. 42, Gr. Frankfurter Str. 90-127, Koppenstr. 35 und 53, Krautstr. 1, Rantensfelstraße 29 (1770).

Wahllokal: Zur Frankfurter Hütte, Krautstr. 1.

Stadtblz. 154. Wahlbez. 80. Elisabethstr. 1 und 65-66, Wallfadenstraße 1 und 12/13, Rantensfelstr. 31a-37, Weberstr. 20-35 und 38-49 (2489).

Wahllokal: Boebers Festhalle, Weberstr. 17, n. Saal.

Stadtblz. 81. Weberstr. 3-19 und 50-63 (2528).

Wahllokal: Weberstr. 46 bei Jurl.

Stadtblz. 155. Wahlbez. 82. Richtenberger Str. 10-11, Wallfadenstraße 2-11, 14-29 und 88-102, Strausberger Str. 9-10 und 31-35 (3276).

Wahllokal: Wallfadenstr. 20 bei Trunf.

Stadtblz. 156. Wahlbez. 83. Gr. Frankfurter Str. 32-48, Fürstentwälder Str. 2-23, Strausberger Str. 11-33, Weberstr. 1/2 und 61-66 (3046).

Wahllokal: Gr. Frankfurter Str. 41/42 bei Rißel.

Stadtblz. 157. Wahlbez. 84. Friedenstr. 36-44 und 96-102, Landberger Weg, Strausberger Str. 15 und 49-52 (2163).

Wahllokal: 135./137. Gem.-Schule, Friedenstr. 37, Turnhalle.

Stadtblz. 85. Strausberger Str. 2-8 und 38-48 (2083).

Wahllokal: Fortuna-Säle, Strausberger Str. 3, n. Saal.

Stadtblz. 158. Wahlbez. 86. Friedrichsberger Str. 4-14 und 18-24 (1739).

Wahllokal: Friedrichsberger Str. 11 bei Rastler.

Stadtblz. 87. Friedenstr. 45-49 und 89-95, Friedrichsberger Str. 1 bis 3 und 25-27 (1804).

Wahllokal: Friedrichsberger Str. 24 bei Ruzhynski.

Stadtblz. 159. Wahlbez. 88. Friedrichsberger Str. 15-17, Fürstentwälder Str. 1 und 24, Wallfadenstr. 30-34 und 68-87 (2405).

Wahllokal: Schauspiel-Theater, Gr. Frankfurter Str. 28, n. Saal.

Stadtblz. 89. Gr. Frankfurter Str. 19-31, Koppenstr. 36-40 u. 50-52, Weberstraße, Wallfadenstr. 35-38 u. 66-67 (2422).

Wahllokal: Gr. Frankfurter Str. 30 bei Siegel, n. Saal part.

Stadtblz. 160. Wahlbez. 90. Diestelmeyerstraße, Friedenstr. 50-58 u. 83-88, Anstatter Str. 12, Löwstr. 16 u. 17, Putzendorferstraße, Richtigstr. 1-12 und 15-34, Hornborger Str. 63 (3403).

Wahllokal: Richtigstr. 24 bei Dostke.

Stadtblz. 91. Friedenstr. 50-73, Koppenstr. 41-49, Wallfadenstr. 39 bis 50 und 53-65 (3461).

Wahllokal: Richtigstr. 15 bei Ball.

Stadtblz. 161. Wahlbez. 92. Gr. Frankfurter Str. 1-8, Friedenstraße 74-82, Fruchtstr. 39-48, Wallfadenstr. 51 und 62 (1781).

Wahllokal: Fruchtstr. 49/50 bei Rann.

Stadtblz. 93. Gr. Frankfurter Str. 9-18 und 128-146, Fruchtstraße 49-50 (1936).

Wahllokal: Gr. Frankfurter Str. 16 bei Merimann.

Stadtblz. 162. Wahlbez. 94. Andreasstr. 23-44 und 47-59, Blumenstraße 31a-41 und 43-51, Grüner Weg 89-99, Krautstr. 63-64 (3441).

Wahllokal: Andreasstr. 56 bei Siehstüdt.

Stadtblz. 163. Wahlbez. 95. Al. Andreasstr. 1-7 und 17-21, Krautstraße 17-22 und 35-41 (2136).

Wahllokal: 88. Gem.-Schule, Krautstr. 63, Turnhalle.

Stadtblz. 96. Andreasplatz, Andreasstr. 60, Al. Andreasstr. 8-16, Grüner Weg 23-31 und 91-101, Krautstr. 13-15a und 42-46 (2083).

Wahllokal: Grüner Weg 29 bei Zimmermann, Saal rechts.

Stadtblz. 164. Wahlbez. 97. Andreasstr. 14-17 und 61-67, Langestraße 29-35 und 74-81 (2329).

Wahllokal: Langestr. 30 bei Rosowitnik.

Stadtblz. 98. Andreasstr. 18-28, Grüner Weg 32-44 und 75-83 (2352).

Wahllokal: Andreas-Festhalle, Andreasstr. 21.

Stadtblz. 165. Wahlbez. 99. Dresdener Str. 1-8 und 24-33, Holzmarktstraße 25-34 und 35-42, Krautstr. 30, An der Schillingbrücke (Westseite), Stadtbahndogen 5-27 (2167).

Wahllokal: Andreasstr. 9 bei Balle.

Stadtblz. 100. Andreasstr. 1-13 und 69-79, Dresdener Str. 9-14 und 18-23, Holzmarktstr. 34a, Lange Str. 28, Stralauer Platz 24, Stadtbahndogen 1-4 (2076).

Wahllokal: Restaurant „Zur Andreasburg“, Andreasstr. 3.

Stadtblz. 166. Wahlbez. 101. Dresdener Str. 15 und 16, Fruchtstraße 83-88, Koppenstr. 1-3a und 96-101, An der Schillingbrücke (Westseite), Am Schleißischen Bahnhof, Stralauer Platz 1-23 und 29-35 (2698).

Wahllokal: Fruchtstr. 2a bei Reinhardt.

Stadtblz. 102. Brommstraße von Spree bis Rantensfelstraße, Fruchtstraße 1-8 und 83-84, Rantensfelstr. 41-50 (2591).

Wahllokal: Rantensfelstr. 49 bei Prozagil.

Stadtblz. 103. Rantensfelstr. 2-40 und 50a-80, Rummelsburger Platz (2426).

Wahllokal: 138./158. Gem.-Schule, Rantensfelstr. 50, Turnhalle.

Stadtblz. 167A. Wahlbez. 104. Beymestr. 1-15, Caprivistr. 12-25, Holzerstr. 1-4 und 27-30, Rudolfsstr. 42-15, Stralauer Allee 34-36 (3157).

Wahllokal: 230./255. Gem.-Schule, Raglerstr. 3, Turnhalle.

Stadtblz. 167B. Wahlbez. 105. Ehrenbergstraße, Hochbahnhofs Stralauer Tor und Warthauer Brücke, Rantensfelstr. 1, Raglerstraße, Am Oberbaum 1-3, Kottbuser Str. 3-26, Rudolfsstr. 1-11 und 16 bis Ende, Stralauer Allee 1-4 und 37 bis Ende, Gelände der Ost- und Schlesischen Bahn von Warthauer Straße bis Rudolfsplatz, Warthauer Platz, Warthauer Straße 34 bis 51, Am Warthauer Platz (2206).

Wahllokal: 230./255. Gem.-Schule, Raglerstr. 3, Kula.

Stadtblz. 167C. Wahlbez. 106. Caprivistr. 6-11, Edgrundstraße der Hohenlohestraße, Hohenlohestraße, Hohenlohestraße von 8 bis Ringbahn und von Ringbahn bis 16, Rudolfsplatz, Am Rudolfsplatz (3029).

Wahllokal: Rudolfsplatz 6 bei Reuschel.

Stadtblz. 107. Caprivistr. 1-5, Hohenlohestr. 1-7 und 17-20, Edgrundstraße der Schindlerstraße an der Hohenlohestraße, Stralauer Allee 5 bis 9a und 29-33 (2601).

Wahllokal: Hohenlohestr. 4 bei Burmeister.

Stadtblz. 167D. Wahlbez. 108. Hohenlohestr. 1-2, Göllicher Str. 19-24, Rantensfelstr. 32-36, Stralauer Allee 13-171 (2300).

Wahllokal: Rantensfelstr. 34.

Stadtblz. 109. Hohenlohestr. 3-6 und 31-36, Vossstr. 1-3, Göllicherstraße 12-18, Stralauer Allee 10-12a und 18-22 (2419).

Wahllokal: Feilichs Bierhaus, Göllicher Str. 17.

Stadtblz. 167E. Wahlbez. 110. Vossstr. 9-11, Rogowstr. 1-5 und 12 bis Ende, Schindlerstraße von Hohenlohestraße bis Rogowstraße ausschließlich der Edgrundstraße an der Hohenlohestraße, Stralauer Allee 22a bis 28 (2438).

Wahllokal: Stralauer Allee 25 bei Rolf.

Stadtblz. 111. Vossstr. 6-8, Göllicherstraße von Hohenlohestraße bis Vossstraße, Vossstr. 7 und 8, Rogowstr. 6 bis 11 (1074).

Wahllokal: Daniel Tombs Hütte, Göllicher Str. 1.

